

Politische Berichte



7. April 1984
Jg. 5 Nr. 7

G 7756 D Preis:
2,50



Verfahren gegen RAF-Gefangene: Total-Isolation und Rechtlosigkeit sollen zum Normalzustand werden Seite 8



Tarfbewegung: Urabstimmung! - schon, aber worüber? Seite 10



Italien: Demonstration in Rom - der Kampf gegen das Lohnkürzungsdekret geht weiter Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

AKTUELLES AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

EG: "Den Besten soll Europa gehören!"	4
Europäische Presse: Legendenbildung ..	4
Verelendung irischer Milchbauern	6
Mikroelektronik: Bundesregierung verabschiedet "Bericht Informationstechnik"	7
Wahlen: Die GRÜNEN stehen als Partei fest!	7
Verfahren gegen RAF-Gefangene: Total-Isolation und Rechtlosigkeit sollen zum Normalzustand werden....	8
Erfolge der Grußaktion politische Gefangene	9
Asylverfahrensgesetz: Aufhebung des Asylrechts verlängert	9
Tariffbewegung: Urabstimmung! — schon, aber worüber?	10
Vorruhestandsgesetz: Entlassung älterer Arbeiter für Kapitalisten jetzt noch lukrativer	10
Britischer Bergarbeiterstreik: Gegen Lohnsenkungen und Zechenschließungen	11
Thatchers Gewerkschaftsgesetze	12
SPEZIALBERICHTE	
HRG-Novellierung: Das Bildungsministerium bereitet vor: Mehr Leistung, weniger Ansprüche, mehr Wettbewerb, weniger Kontrolle	13
Die "Hochbegabtenförderung": Mäzenatentum, der Weg zur "Leistungselite"	14
"Sinkende Studierneigung?", kein Wunder nach Abschaffung des BAföG....	16
Bundesregierung wünscht für Bur-schenschaften "bedeutende Rolle im Leben unseres Volkes"	17
REPORTAGEN UND BERICHTE REGIONAL	
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	18
Drucktarifrunde in Hamburg: Kleinbetriebe brauchen mehr Unterstützung von der IG Druck	19
Lehrer: "Flexibler Unterrichtseinsatz"	19
Landjugend: Aktionen gegen die EG-Beschlüsse — Nichts gegen die Quotenregelung?	20
Kommunalwahl Augsburg: CSU-Spaltung war kalkuliert	21
Kommunales: Grün-Alternative Liste Essen ohne DKP	21
Konkursrecht: Die Banken verlangen nach Erleichterungen bei Betriebsübernahme	22
Vorstand der IG Metall zum Sanierungsverfahren	22

Reitet für Geißler: Trickpaffe an Tarifffront eingetroffen

GEGEN LOHNAUSGLEICH

Nell-Breuning, Jesuitenspezialist für Arbeiterfragen, hat die sozialdemokratischen Begründung der Forderung nach 35-Stundenwoche mit der christdemokratischen Ideologie vom Kampf zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Nichtbesitzern listig verknüpft. Arbeiter hätten so zu denken und zu sprechen:

"Wir, die wir das Glück haben, in Arbeit und Verdienst zu stehen, treten von unseren 40 Wochenstunden fünf an euch ab und geben euch damit die Gelegenheit, euren Familien Unterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen. Bisher sind wir dafür aufgekommen; über unsere Lohn- und Mehrwert- und andere Steuern, über unsere Sozialbeiträge und anderes mehr haben wir auf vielerlei Wegen und Umwegen die Mittel aufgebracht, um Euch über die arbeitslose Zeit hinwegzuhelfen. Das läßt sich viel einfacher, durchsichtiger, unbürokratisch, echt solidarisch machen: hinfort übernehmt ihr die fünf Wochenstunden mit deren Lohn. Wie wir diese uns entfallenden Löhne wieder hereinbringen, das laßt unsere Sache sein; nehmt ihr uns nur erst einmal die fünf Stunden Arbeitslast ab."

Nell-Breuning tadelt dann die Forderung nach vollem Lohnausgleich, die so laute:

"Wir sind so gnädig, Euch fünf Arbeitsstunden zu überlassen, aber

wohlverstanden — der Lohn für diese Stunden bleibt bei uns; ihr tut die Arbeit, das Geld, den Lohn dafür behalten wir" (FAZ, 30.3.).

Ab nächsten Ersten soll Nell-Breuning gelten. Mit welchem Ergebnis? Die Bruttolohnsumme bliebe gleich, verteilte sich nur auf mehr Köpfe. Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit nähme um den Betrag ab, der als Arbeitslosengel' und -hilfe ausgezahlt wird. Das sind viele Milliarden im Jahr. Nell-Breuning denkt auf der Basis der Kirchensteuer, wegen der man den Gläubigen nichts schuldig ist und die (hoffentlich) vielen Gläubigen als einsparfähiger Posten einfällt, wenn sie die daraus finanzierte Lohnsenkungshetze hören. — (maf)



Nell-Breuning

Katholikentag: Forderung

nach Verschärfung des § 218

Am 26. März stellte der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), der bayerische Kultusminister Maier, die Themenschwerpunkte des nächsten Katholikentages vor. Der Katholikentag findet vom 4.–8. Juli in München statt. Die Hauptkundgebung hat das Motto "Wähle das Leben". Maier betonte, "der Katholikentag werde die Forderung nach einer Verbesserung des staatlichen Schutzes für das ungeborene Leben bekräftigen". Das Zentralkomitee hatte schon in einer Erklärung vom November 1983 zusammengefaßt, welche Verschärfungen des Strafparagrafen 218 es anstrebt: Die durch die staatliche Kontrolle und Strafandrohung sowie so schon minimale Möglichkeit, aus sozialen Gründen abzutreiben, soll beseitigt, die Strafverfolgung ausgeweitet werden. Zum Katholikentag werden in der Mehrheit Jugendliche kommen, darunter so mancher aus der Friedensbewegung. Alle werden in der einen oder anderen Weise politisch tätig sein. Sie sollen in "geistlicher Einheit" zusammen für

das Leben und seine Erhaltung eintreten: Wer für den Frieden ist, muß der nicht auch für das Leben und seinen Schutz sein? Solcherart kirchliche Einheit hergestellt, soll der Katholikentag münden in eine Strafverfolgungskampagne, gerichtet auf die Verschärfung des § 218. — (gba)

BRD-Übungspraktiken am

Skagerak: Drei Tote

Gleich mehrere Übungspraktiken westdeutscher U-Boote sind nach der Versenkung des dänischen 20 t-Kutters "Ane Katrine" mit drei Mann Besatzung durch das 1200 t-U-Boot "Simpson" am 29.3. in der Nähe des Skageraks bekannt geworden. Erstens, daß westdeutschen U-Boote in diesem Fanggebiet mit Wassertiefen von gerade 100 bis 150 regelmäßig üben. Zweitens, daß sie dabei dänische Kutter als "Ziele" für Angriffssübungen benutzen. Drittens, daß sie dabei — wie nun die "Simpson" — auch mal mit der Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h unter den Kuttern durchtauchen. Die "Simpson", mit 25 Mann westdeutscher Besatzung und sechs chilenischen Offizieren an Bord, wurde

bei dieser verbrecherischen Aktion von dem Überwasserschiff "Pegasus II" begleitet. Die Bundesregierung fürchtet nun "Folgekosten". Erstens für ihre Rüstungsexporte. Am 7.4. findet in Kiel eine Demonstration gegen die Übergabe des U-Boots an die chilenische Militärjunta statt. Zweitens Regreßansprüche gegen die bundeseigene HDW-Werft, der die "Simpson" und die "Pegasus" noch gehören. Drittens verlangen die dänischen Fischer, westdeutschen U-Booten sofort die Übungserlaubnis für diese Gewässer zu entziehen. Um Spuren zu verwischen, entdeckt die BRD-Presse nun "Rätsel". Z.B. "Bild am Sonntag": "Ein Rätsel ist, warum die drei Fischer nicht von Bord sprangen." – (rül)

Ravensburg: Todesschüsse auf einen Jugendlichen

In der Nacht von Samstag auf Sonntag, den 1.4.84, wurde der arbeitslose 21jährige Uwe R., der mit einer ungeladenen Schreckschußpistole bewaffnet war, von der Polizei durch einen Schuß aus fünf Metern Entfernung in die Halsschlagader getötet. Uwe R. hatte unter Einfluß

von Alkohol seine Mitbewohner bedroht, die die Polizei riefen. Er bedrohte die zwei anrückenden Polizisten ebenfalls, worauf das Haus mit acht, zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten umstellt wurde. Uwe R. sprang schließlich aus dem Fenster. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurde Uwe R. aufgefordert, stehenzubleiben und die Waffe wegzuerwerfen. Nachdem er dieser Aufforderung nicht nachgekommen sei, sondern die Waffe auf einen Polizisten gerichtet hätte, wäre ein Warnschuß abgegeben und mit einem zweiten Schuß Uwe R. tödlich getroffen worden. Im Gegensatz dazu berichtet ein Augenzeuge, daß die beiden Schüsse unmittelbar nach der Aufforderung "Hände hoch!" gefallen seien. Die Staatsanwaltschaft will keine Ermittlungen gegen den Todesschützen führen. In Ravensburg hat sich eine Initiative gegen diesen Todesschuß gebildet, die die Bevölkerung über die sich widersprechenden Aussagen über den Tathergang von Zeugen und von der Polizei informieren will. Die Eltern von Uwe R. haben Anklage gegen den Todesschützen erhoben. – (utf)

Urteile im Kölner Prozeß gegen die Dev-Sol-Konsulatsbesetzer

4 BIS 4 1/2 JAHRE HAFT

Viereinhalb Jahre Haft ohne Bewährung für die Angeklagten A. Aydin und O. Yürüz, je vier Jahre Haft für H. Dokgöz, S. Yildiz, C. Kilinc, M. Ünlü, I. Cetin, M. Mercan, A. Agirgöl und H. Kadem – insgesamt 41 Jahre Haft verkündete das Kölner Oberlandesgericht am 3.4. als Urteil im Prozeß gegen zehn Sympathisanten der türkischen revolutionären Organisation Dev Sol. Am 2.11.82 hatten die Sympathisanten von Dev Sol das türkische Generalkonsulat in Köln vorübergehend besetzt, um gegen die in der Türkei von der Militärjunta angeordnete Farce einer "Volksabstimmung" über die neue türkische Verfassung zu

protestieren. Keine Person kam zu Schaden, die Konsulatsbesetzer brachen ihre Aktion ab, nachdem sie Asylanträge einreichen durften. Bis heute sind erst zwei Asylanträge der Angeklagten positiv beschieden. Staatssekretär Spranger vom Bundesinnenministerium hatte 1982 schon wenige Tage nach der Konsulatsbesetzung eine brutale Verurteilung der Konsulatsbesetzer verlangt und angekündigt, sie würden nach der Verurteilung in die Türkei abgeschoben. Diesem Verlangen ist das Gericht jetzt nachgekommen. Trotz des hohen Urteils kündigte die Staatsanwaltschaft Revision an. Sie hatte zweimal neun Jahre und achtmal sieben Jahre verlangt. Die Angeklagten hatten durch mehrere Zeugenaussagen im Prozeß die Verbrechen der türkischen Militärjunta und der Imperialisten angegriffen und auch die schmutzige Rolle der türkischen Generalkonsulate in der BRD aufgedeckt, die in Zusammenarbeit mit westdeutschen Staatsorganen die türkischen Lohnabhängigen bedrohen, bespitzeln und einzuschüchtern versuchen. Das Gericht hatte daraufhin in seinem Urteil zwar zugestanden, die Verhältnisse in der Türkei müßten "mitberücksichtigt" werden, seine Terrorurteile aber dennoch verhängt. Die Angeklagten beharren auf ihrer Forderung nach Freispruch und haben Revision angekündigt. – (rül)



Köln, 17.3.84: Gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung

Asylpolitik: Lammers Legende von 90% Scheinasylanten 23

Türkei: Solidaritäts-Hungerstreik beendet 23

Antifaschismus: Widerstand gegen Waffe-SS-Treffen 24

NPD-Parteitag: Großdeutsche Propaganda zur Europawahl 24

Niedersachsen: "Ostpreußisches Landesmuseum": Kein Neubau! Schließung! 25

Wandtafeln aus dem Museum 25

"Deutschlandpolitische Bildungszentren" in Niedersachsen: "Über Europa nach Deutschland" 27

AUSLANDSBERICHTERSTATTUNG

Internationale Nachrichten 28

Italien: Der Kampf gegen das Lohnkürzungsdekret geht weiter 29

Aufruf der CGIL zur Demonstration in Rom 29

US-Gewerkschaften: Gesetzesänderung gegen Tarifbruch gefordert ... 30

VR Polen: Ergebnis des Zwischenparteitags der PVAP 30

Türkei: Regierung in den Kommunalwahlen gefestigt 31

Indien: 300000 Hafenarbeiter im Streik 31

Mosambik: Fehler in der Wirtschaftsentwicklung zwingen die Frelimo zu Zugeständnissen 32

Internationale Presse: Ein Sieg Südafrikas, der nur der Anfang sein soll ... 32

KULTUR UND WISSENSCHAFT – DISKUSSIONSBEITRÄGE

Hitchcocks "Fenster zum Hof": Wer sich anomal verhält, ist verdächtig – Zuschauer mit dem Voyeur auf Verbrecherjagd 34

"Positive Utopie": Alles bleibt, wie es war 34

Leiden an "Deutschland" 34

Aus dem Leben einer Kärntner Partisanin 35

Verband deutscher Schriftsteller: Vorstandswahlen machen zwei politische Lager deutlich 35

EG: Ein Bündnis der Kapitalisten gegen die Kämpfe der Arbeiter 36

Dokumente kommunistischer Parteien zu EWG und EURATOM, 1956–1963 .. 37

SOZIALSTATISTIK

Hoesch: Mit Massenentlassungen, Kurzarbeit und Intensivierung saniert . 38

Steuern gegen Null, Subventionen in Millionenhöhe 39

Titelbild: Karikatur – tis, Kunstgruppe Hamburg

„Den Besten soll Europa gehören!“ BRD wünscht mehr Konkurrenz zwecks Befestigung ihrer Vorherrschaft in der EG

„Nieder mit der britischen Regierung! Schluß mit der nationalen Engstirnigkeit! Es lebe der europäische Vermittler Kohl!“ So etwa, ergänzt um lobende Bemerkungen für Mitterand, lassen sich die westdeutschen Pressereaktionen nach dem EG-Gipfel zusammenfassen. Und: „Alle müssen Opfer bringen!“ Wofür? Für die nächsten Schritte in der „europäischen Einigung“, so, wie die BRD-Imperialisten wünschen!

Schlagartig mit dem Ende des EG-Gipfels setzte in der westdeutschen Presse diese chauvinistische Hetze ein. Kaum waren auf diese Weise die europäischen Absichten der BRD als das Wahrhafteste, Beste, auf jeden Fall „Vernünftigste“ für Europa neuerlich unterstrichen, dem zu widerstehen im besten Fall engstirnig und dumm, im schlimmsten Fall verbrecherisch bis kriegslüsternd sei, da trat der Hauptakteur des Brüsseler Gipfels, Helmut Kohl, am 28. März vor den Bundestag und zählte auf, was alles von dem von ihm im Vorjahr geschnürten „Stuttgarter Paket“ trotz des „Scheiterns“ in Brüssel vereinbart worden ist und in Kraft tritt, sobald nur die „Gesamtregelung“ unter Dach und Fach ist.

Erstens: Vereinbart ist eine Senkung der EG-Richtpreise für landwirtschaftliche Produkte. Diese Senkung fällt in den EG-Staaten unterschiedlich aus, da gleichzeitig die „Grünen Wechselkurse“ geändert werden. In allen EG-

Staaten aber bedeutet sie schwere Einkommensenkungen für die Bauern. Da gleichzeitig für alle Getreidesorten, Zucker, Raps, Sonnenblumenkerne, Baumwolle, Tomaten, Milch und getrocknete Weintrauben sogenannte „Garantiemengen“ (für die allein die EG-Preise gelten) beschlossen wurden, die teilweise deutlich unter der Produktion von 1983 liegen, werden allein in der BRD laut Kiechle die Einkommen der Bauern 1984 um durchschnittlich 22% sinken. In anderen Ländern fallen diese Einkommensenkungen noch schroffer aus. Kohl dazu im Bun-



22000 Bauern protestierten am 24.3. in Dortmund gegen die Agrarbeschlüsse der EG. Eine Grußadresse von Hoesch-Betriebsräten erhielt Beifall.

destag: „Darin liegt eine Korrektur in der gemeinsamen Agrarpolitik, die bisher nicht erreichbar erschien.“ Eine „Korrektur“, die zudem die Stellung des größten Agrarexporteurs in der EG, Frankreichs, schwächt, da die französischen Devisenerlöse aus dem Agrarexport sinken.

Zweitens ist beschlossen, die EG zum 1.1.86 um Portugal und Spanien zu „erweitern“. Hauptbetreiber dieser „Erweiterung“ sind seit Jahren die BRD-Imperialisten. Über die portugiesische Mitgliedschaft versprechen sie sich einen stärkeren Zugriff auf Portugal und auf die früheren portugiesischen Kolonien in Afrika. In Spanien ist die BRD schon jetzt größter ausländische Investor.

Drittens müssen die Mitgliedsstaaten ab 1.1.86 1,4% Mehrwertsteuer statt jetzt 1% an die EG abführen, ab 1.1.1988 sogar 1,6%. Diese höheren Abführungen sind das Signal für weitere Erhöhungen der indirekten Steuern in den EG-Staaten und damit für weitere Angriffe auf die Lohnabhängigen.

Viertens hat Frankreich erstmals und nach langem Bemühen der BRD zugestimmt, künftig in allen EG-Organen mit Mehrheit zu entscheiden und nicht, wie bislang üblich, einstimmig. Die Möglichkeiten für die BRD, auf diese Weise ihre Absichten mit jeweils zusammengebrachten Mehrheiten durchzusetzen, steigen so deutlich.

Europäische Presse: Legendenbildung

Die Mehrheit der europäischen Pressekomentatoren ist sich einig: Der EG-Gipfel soll an britischer Hartnäckigkeit „gescheitert“ sein. Die britische Zeitung „Observer“ enthüllt den Anteil Kohls am „Scheitern“. Die Bundesregierung ist gewillt, mit allen Mitteln der Mehrheitsabstimmung zum Durchbruch zu verhelfen.

Belgien, De Standaard, 23.3.84

„... Zwischen Großbritannien und den ursprünglichen Mitgliedern besteht eine fundamentale Meinungsverschiedenheit über das eigentliche Konzept von Europa.“

Die noch vorsichtigen Aussagen von Kohl und Mitterand über die Fortsetzung der Europäischen Einigung ohne Großbritannien sind auf den ersten Blick eine Bestätigung dieser Vorstellung, die früher nur im Flüsterton in den Kanzleien geäußert wurden ...“

Frankreich, L'Express, 30.3.84

„Ein neuer Sieg für die eiserne Lady? Wenn das sicher wäre! Am Ende des Europäischen Rates erschien Margret Thatcher sehr zermürbt und enttäuscht. Mehr entspannt erschienen hingegen der französische Präsident Francois Mitterand und der deutsche Kanzler Helmut Kohl. „Man muß das Gebäude Europa vollenden“, erklärte der eine. „Wir wollen Europa zu jedem Preis“, erklärte der andere. Ein kurioses Glaubenbekenntnis in der Nacht in Brüssel, eine kuriose Art, über die Schlußfolgerungen aus dem Scheitern des europäischen Gipfels zu reden. Als ob man das Vereinigte Königreich zu vergessen wünschte, als ob man einen Urlaub von Europa nehmen wollte.“

Griechenland, Athen News Agency, 21.3.84

„Papandreou erklärte, daß die Gemeinschaft, so wie sie heute ist, nicht bankrott gegangen sei, weil der Nord-Süd-Unterschied bestünde, sondern weil das ‚Direktorat‘ (Großbritannien, Westdeutschland, Frankreich) nicht fähig sei, die Probleme der EG zu lösen ... Der Premierminister sagte, daß die Führer der Gemeinschaft Griechenlands Vorschläge, die das Inte-

grierte Mittelmeerprogramm (IPM) betreffen, gebilligt hätten. Er erklärte, daß, in Übereinstimmung mit diesem Vorschlag, die Finanzierung des IPM nicht in den Ausgaben der Strukturfonds (Regional, Sozial, Landwirtschaft) enthalten sei, sondern als getrennte Ausgaben behandelt würden; dies würde die Mittelmeerländer in die Lage versetzen, den großen Abstand zu verringern, der sie von den entwickelten Ländern des Nordens trennte. Er erklärte, daß eine gesonderte Stellungnahme zum griechischen Memorandum abgegeben worden sei ... Er hob hervor, daß, obwohl die Gemeinschaft die Schlacht verloren hätte, Griechenland seine eigene Schlacht gewonnen hätte“.

Großbritannien, Observer, 25.3.84

„Der europäische Gipfel letzte Woche, ein weiterer schimpflicher Mißerfolg in der wechselvollen Geschichte der Gemeinschaft, begann mit einem Gerücht des Erfolgs.“

Und der Anführer, der die Bestandteile einer sorgfältig zusammengestellten historischen Übereinkunft auseinanderblies, war nicht – wie die europäische Presse zuversichtlich behauptete – Mrs. Thatcher.

Schließlich betonen Kohl und Genscher, daß sie noch in diesem Jahr Initiativen zwecks „Ausbau der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit“, sprich: zwecks Ausbau der EG als Kriegspakt, ergreifen werden. Allerdings erst nach den EG-Wahlen. Genscher: „Wir wollen uns das im Europa-Wahlkampf nicht zerfetzen lassen.“

Von einem „Auseinanderbrechen“ der EG kann also keine Rede sein. Im Gegenteil ist zu befürchten, daß die neuerliche „EG-Krise“ am Ende zu einer weiteren Beschleunigung der „europäischen Einigung“ und einer weiteren Befestigung der westdeutschen Vorherrschaft in der EG führen wird. Genau das ist jedenfalls unübersehbar die Absicht der Bundesregierung. Von seiten der SPD hat sie dafür volle Unterstützung. Vogel sicherte im Bundestag zu, man sei bereit, „die Bundesregierung bei der Überwindung der gegenwärtigen Krise konstruktiv zu unterstützen“. In der Europapolitik verfolge man „gemeinsame Ziele“.

Schon jetzt sind die BRD-Imperialisten dominierende Kraft in der EG. Sie beuten das größte Lohnarbeiterheer aus. Sie verfügen in fast allen Branchen über die größten und schlagkräftigsten Monopole. Die westdeutschen Monopole verfügen über die modernsten Produktionsanlagen und sind Spitzenreiter in der Schweißauspressung in der EG. Und da jede „Vertiefung der Integration“ in der EG nichts anderes bedeutet als eine weitere Entfesselung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes, bedeutet jeder solche „Fortschritt in der europäischen Einigung“ auch für die westdeutschen Imperialisten, daß sie ihre Vorherrschaft weiter ausbauen können, weitere Kon-



Mit erbittertem Widerstand wehren sich britische Bergarbeiter und französische Stahlarbeiter gegen die Rationalisierungs- und Lohnsenkungspläne ihrer Kapitalisten. Links: Streikposten der britischen Bergarbeiter vor einer Grube in Leeds. Rechts: Französische Stahlarbeiter demonstrieren in Longwy in Lothringen gegen den Plan der Stahlkapitalisten, 20000 Stahlarbeiter zu entlassen.

kurrenten aus dem Markt werfen, noch mehr Lohnabhängige ihrem Kommando unterwerfen können.

BRD, Warenexporte und Warenimporte mit der EG, in Mrd. DM

Jahr	Exporte	Importe	Saldo
1975	99,2	93,0	6,2
1976	120,0	109,0	11,0
1977	125,6	115,3	10,3
1978	133,6	122,0	11,6
1979	155,5	143,7	11,8
1980	172,0	160,2	11,8
1981	186,0	174,8	11,2
1982	205,9	181,2	24,7
1983	207,7	191,5	16,2

Quelle: Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik

Welche Erfolge die BRD-Imperialisten schon jetzt in diesem Konkurrenzkampf erzielen, verdeutlicht die Tabelle.

Auch gegenüber jedem einzelnen EG-Staat erzielen die BRD-Imperialisten seit Jahren hohe Exportüberschüsse. Mit zwei Ausnahmen: Niederlande und Irland. Über die niederländischen Häfen beziehen sie einen großen Teil ihrer Rohstoffeinfuhren, was in der Handelsbilanz als westdeutsches Defizit erscheint. In Irland haben westdeutsche Kapitalisten in den letzten Jahren in großem Umfang investiert, beuten jetzt irische Arbeiter zu niedrigsten Löhnen aus und beliefern mit den so hergestellten Produkten den westdeutschen Markt.

Noch war es Präsident Mitterand, noch Garret FitzGerald von Irland, der ärgerlich aus dem Beratungszimmer stolzierte.

Es war der Zahlmeister der Gemeinschaft, der Kanzler von Westdeutschland, Helmut Kohl. Aus Gründen, die noch erklärt werden müssen, wählte er einen schwierigen Augenblick der Debatte, um unbesonnen einen neuen Vorschlag in die Debatte zu werfen – einen, den Mrs. Thatcher unmöglich akzeptieren konnte ...

Was immer der Grund für seine Intervention war, sie war entscheidend. Er empfahl, daß Großbritannien ein feststehender Nachlaß für fünf Jahre in Höhe von 600 Mio. Pfund angeboten werden sollte – die Hälfte der Netto-Beiträge von 1200 Mio. Pfund, die Großbritannien 1983 zahlte. Er vergaß in der Verwirrung des Augenblicks, deutlich herauszustellen, daß nach dieser Fünf-Jahres-Periode ein System folgen sollte, wie das, dem Thatcher und Mitterand zugestimmt hatten, um Großbritanniens Rabatt zu berechnen. Es sah aus, als böte er einen Fünf-Jahres-Deal an und danach keine Rabatte mehr – genau das, hatte Thatcher absolut klargemacht, könnte sie nicht akzeptieren.“

Irland, The Irish Times, 21.3.84

„Mr. FitzGerald's dramatischer Auszug ... war provoziert durch die schroffe niederländische und britische Zurückweisung eines Vorschlags, den Präsident Mitterand nach Konsultationen mit Dr. FitzGerald gemacht hatte. Dieser Vorschlag würde im Kern die Steigerung der irischen Milchproduktion um 5% für 1984 gegenüber 1983 ermöglichen haben, oder ca. 1 Mio. t über dem Gesamtsatz des Basis-Jahres 1981. Diese Regelung würde nur für ein Jahr gelten und Ende des Jahres revidiert werden können.“

Italien, Messaggero, 21.3.83

„Der Bruch ist total. Die Hauptverantwortung dieses Fiaskos trägt Großbritannien. Es ist der Dickköpfigkeit von Margaret Thatcher zuzuschreiben, daß es nicht möglich war, einen Kompromiß in der leidigen Frage der Rückzahlung an Großbritannien zu finden. Jenseits der Worte gelten Taten. Und diese beweisen, daß sich in der EG eine schwere Krise aufgetan hat, die in erster Linie an dem fehlenden Vertrauen liegt, eine verzweifelte Lage zu lösen. Vor diesem Hintergrund ist nichts mehr sicher.“

Niederlande, Algemeen Dagblad, 22.3.84

„Mitterand ... hat nun eine erste Marschroute ausgegeben: ‚In allen Ministerräten müssen, wenn es nur eben möglich ist, Beschlüsse mit Stimmenmehrheit gefaßt werden.‘ Das ist die Konsequenz aus dem, was er vorher gesagt hatte: ‚Wir müssen zurück zum Europäischen Vertrag‘, der in der Tat nur in außerordentlichen Fällen ein Vetorecht kennt ... Auch Thorn findet einen Mehrheitsbeschluß am Besten. Nächste Woche schon kriegt der Europäische Ministerrat seine Chance: dann müssen die Agrarpreise festgelegt werden. Der französische Vorsitzende Rocard wird zeigen müssen, ob er den Auftrag seines höchsten Chefs wahrmachen kann ... Ob er aber direkt die verzweifelten Iren zufriedenstellen kann, ist eine unbeantwortete Frage. Irland will vorläufig die Produktion von Milch steigern. Das Land hat dringend Geld nötig. Ein Jammer, daß niemand noch mehr Milch gebrauchen kann. Die Regierungschefs weigerten sich, die Wünsche der Iren zu erfüllen, aber trösteten wohl: ‚Wenn wir das britische Problem gelöst haben, werden wir euch nicht vergessen.‘“

Selbst Großbritannien mußte 1983, trotz hoher Rohölexporten in die BRD, ein Handelsdefizit mit der BRD von 8,3 Mrd. DM hinnehmen. Nach Frankreich erzielten die BRD-Imperialisten sogar einen Exportüberschuss von 11 Mrd. DM.

Gestützt auf diese Exportüberschüsse haben die BRD-Imperialisten auch ihre Stellung als Gläubiger in der EG weiter ausgebaut. Kapitalisten und Regierungen von Frankreich, Belgien, Italien, Irland, Griechenland und Dänemark sind inzwischen Nettoschuldner bei westdeutschen Banken. Allein von 1975 bis 1983 kauften westdeutsche Kapitalisten zusätzlich für 17,8 Mrd. DM in den anderen EG-Staaten Fabriken auf oder errichteten eigene Niederlassungen.

Daß auch andere Kapitalisten in der EG sich von einer weiteren Entfaltung des Konkurrenzkampfes Vorteile versprechen, verdeutlicht eine Erklärung, die eine wichtige Gruppe großer Kapitalisten aus fast allen EG-Staaten kurz nach dem EG-Gipfel veröffentlicht hat. Am 27.3. gab ein „europäisches Aktionskomitee aus 43 Unternehmen“ in Brüssel eine Erklärung über die „Gefahren des Protektionismus für die Europäische Gemeinschaft“ heraus. Dem „Komitee“ gehören Vortrandsprecher von Bosch, BMW, Otto Wolff, Nixdorf, Horten, Hoechst und Jungheinrich an, aus den Nieder-

landen Unilever, Philips, Shell und Akzo, aus Belgien die „Societe Generale“, die größte Bank, aus Italien Pininfarina, aus Großbritannien die Midland Bank, BP, das staatliche Kohlemonopol National Coal Board usw.

Diese Kapitalisten kritisieren, daß starke Kräfte in der EG („eine bedeutende Denkrichtung“) insbesondere für die Stahlindustrie, die Textilindustrie und die Landwirtschaft das Konzept einer „Festung Europa“ verfolgen würden und die Konkurrenz in diesen Branchen mit staatlichen Schutzmaßnahmen zügeln. (Die Losung „Festung Europa“ stammt bezeichnenderweise wörtlich von den deutschen Faschisten und sollte deren Plänen einer gewaltsamen Neuordnung Europas unter deutscher imperialistischer Oberherrschaft einen „europäischen“ Anstrich geben!) Stattdessen gelte es, so das Aktionskomitee, die Konkurrenz schrankenlos toben zu lassen:

„Es besteht kein Zweifel daran, daß in der Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft ein breiter potentieller Erfolg in Bereichen der modernen Technologie angelegt ist. Es sollte alles getan werden, aus den Chancen für potentielle Erfolge auch wirkliche Erfolge zu machen.“ Daß dafür vor allem in allen EG-Staaten wütende Angriffe auf die Lohnabhängigen erforderlich sind, ist den Kapitalisten des „Aktionskomitees“ völlig klar und wird deshalb nur am Rande erwähnt. Sie verlangen sodann, daß alle

„Schranken im innergemeinschaftlichen Markt beseitigt werden, so daß die europäischen Unternehmen ... Zugang zu einem 270 Millionen Personen starken Binnenmarkt haben ... muß den Besten der Europäischen Gemeinschaft der Zugang zum gesamten gemeinsamen Markt ganz eindeutig geöffnet werden.“

„Den Besten“ soll Europa gehören! Wer sind „die Besten“? Allen voran die westdeutschen Kapitalisten. Sie wären die Hauptnutznießer einer solchen weiteren Entfesselung des Konkurrenzkampfes in der EG.

Bezahlen sollen diese Konkurrenzschlachten die Bauern mit weiterer Verelendung und noch schwererer Arbeit und die Lohnabhängigen mit weiteren Lohnsenkungen, mit weiterer Intensivierung der Arbeit, mit weiterer Ausdehnung des Arbeitstags, der Nacht- und Schichtarbeit. Nur durch entschiedene gegenseitige Unterstützung können die Bauern und die Lohnabhängigen in der EG diesem Wüten der Kapitalisten Schranken ziehen. Und nur durch den Boykott der diesjährigen EG-Wahlen können die westdeutschen Lohnabhängigen diesen „Europa“-Plänen der BRD die Legitimation bestreiten.

Quellenhinweis: „Gefahren des Protektionismus für die Europäische Gemeinschaft“, Institut der deutschen Wirtschaft (Mit-Hrsg.), Köln, 27.3.1984; Deutscher Bundestag, Protokoll vom 28.3.1984; BDI, Informationen und Meinungen, 15.3.1984; Kommission der EG, Vorschläge für die landwirtschaftlichen Preise 1984/85, Bonn; Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstat. – (rül, alk, uld)

Verelendung irischer Milchbauern

Die irische Regierung lehnte den Beschluß der Agrarminister der übrigen EG-Staaten zur Einführung einer Garantiemengenregelung bei Milch ab und machte die „Beeinträchtigung wesentlicher nationaler Interessen“ geltend. Die Regelung sieht vor, daß die EG den Molkereien – und darüber den Bauern – nur noch für die Milchmenge den Richtpreis garantiert, die in den einzelnen Mitgliedsländern die Lieferung von 1981 plus 1% nicht übersteigt. Darüber hinausgehende Mengen werden mit einer „Superabgabe“ von 75% des Richtpreises belegt. Auch wenn die EG-Agrarminister jetzt für Irland eine befristete Ausnahmeregelung beschlossen haben – den irischen Bauern wird eine Produktion der Menge von 1983 plus 4,7% ohne Abgabe zugestanden – ändert sich nichts daran, daß die Einführung dieser Quotenregelung Tausende irischer Milchbauern ruinieren wird.

In Irland arbeiten 105 000 Milchbauern – das sind die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe. Ihre Erträge sind im großen und ganzen gering, ihre Arbeit schwer: 1980 besaßen sie gerade 58 000 Melkmaschinen. Die irischen Milchbauern haben meist kleine und mittlere Höfe

(nur 5,1% besitzen mehr als 50 Milchkühe). Da sie wenig Kraftfutter verwenden, ist auch die Milchleistung je Kuh niedrig und schwankt stark je nach Jahreszeit. Eine Besserung ihrer Lage würde eine stärkere Mechanisierung und eine Verwendung von Kraftfutter erfordern. Genau diese Steigerung der Produktivität aber will die EG-Kommission mit ihrer Quotenregelung verhindern.

Seit dem EG-Beitritt hat ein größerer Teil irischer Milchbauern versucht, durch Schinderei und Überarbeit die Produktion auszuweiten. Sie erhöhten die Milchproduktion im Schnitt seit 1973 jährlich um 5,3% und allein von 1981 auf 1983 um 14%. Der jetzige Vorschlag der Agrarminister würde den größten Teil von ihnen zwingen, zu noch elenderen Bedingungen zu produzieren, viele direkt in den Ruin treiben. Nach den Angaben der irischen Regierung hätten die Milchbauern bei Inkrafttreten der Quotenregelung eine Senkung ihrer Nettoeinkommen um 13% oder rund 3 000 DM jährlich für jeden Bauern zu erwarten.

Der irische Premierminister FitzGerald klagt, daß mit der Einführung der Quotenregelung die Geschäftsgrundlage für die EG-Mitgliedschaft verletzt würde. Die irischen Milchpreise seien vor dem EG-Beitritt 1973 nur halb so hoch wie in der EG gewesen, die Milcherträge 28% niedriger als im EG-Durchschnitt. Mit dem Versprechen,

diese elende Lage der Milchbauern würde durch den Beitritt gebessert, hätten er und andere Politiker 1972 das irische Referendum für den Beitritt gewonnen. Die irische Regierung fürchtet heftigen Widerstand von Seiten der Bauern.

In erster Linie würde das britische Finanzkapital von der weiteren Verelendung und von einem Ruin zahlreicher irischer Milchbauern profitieren. Großbritannien ist traditionell Hauptabnehmer irischer Milchprodukte. Das Heer der irischen Lohnarbeiter, die den imperialistischen Monopolen – und das sind vor allem britische – zur Verfügung steht, würde weiter wachsen. Schließlich steigt die Abhängigkeit der irischen Regierung als Schuldner ausländischer Banken, wenn die Exporteinnahmen aus Milchprodukten (immerhin 10% aller Exporterlöse) fallen.

Quellenhinweis: Irische Botschaft, The Milk Superlevy Proposal and Ireland; Irish Agriculture in Figures 1983

Milchbauern in der EG (1983)

Land	Zahl der Betriebe	Kühe je Betrieb	Milch je Kuh/kg	Anteil an EG-Prod.
Irland	105 000	15,2	3 431	4,7%
GB	62 800	52,8	4 991	15,5%
NL	75 000	31,7	5 040	10,1%
DK	47 000	23,0	5 168	4,5%
BRD	452 000	12,0	4 394	21,5%
F	516 000	14,3	3 623	28,7%
I	482 000	6,2	2 705	9,5%

Mikroelektronik

Bundesregierung verabschiedet „Bericht Informationstechnik“

Die Informationstechnik sei die Schlüsselindustrie beim Ausbau der „Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt“, stellt die Bundesregierung in ihrem am 14.3.1984 verabschiedeten „Bericht Informationstechnik“ fest. Drei Mrd. DM will die Regierung zwischen 1984 und 1988 zur Förderung der Kapitalisten in diesem Bereich bereitstellen. Schwerpunkt dieses Programms ist, die Mikroelektronik vermehrt und beschleunigt in der Fertigungstechnik einzuführen, insbesondere im Maschinenbau. Die dort hergestellten Maschinen für die verarbeitende Industrie sollen in den nächsten Jahren vermehrt mit mikroelektronischen Steuerungen ausgerüstet werden.

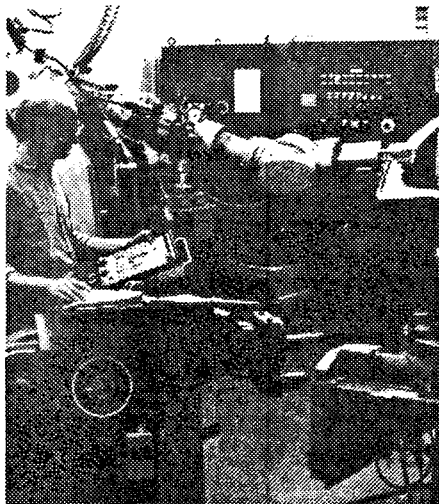
Der BDA-Vorsitzende Esser fordert kürzlich einen „Technologieschub“ für die nächsten Jahre. Die Kapitalisten werden für die in den Betrieben Beschäftigten die Arbeitsleistung weiter erhöhen und Hunderttausende auf die Straße setzen.

Die Kapitalisten rechnen damit, daß die Arbeit mit den computergesteuerten Maschinen, Anlagen und Fertigungssystemen drei- bis sechsmal so schnell wie bisher durchgeführt werden kann. Für die über 7 Mio. Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie bedeutet diese in großem Umfang beschleunigte Fertigung eine drastische Steigerung ihrer Leistung.

Drei- bis sechsmal so schnell bearbeiten die Beschäftigten die Werkstücke mit den computergesteuerten Fräs-, Dreh-, Bohr-, Räum-, Stoß-, Schleif- und anderen Bearbeitungsmaschinen. Für die Maschinenbediener und -überwacher steigt die Intensität der Arbeit auf ein Mehrfaches gegenüber der Arbeit mit den bisherigen Maschinen. Jede falsche Eingabe, jeder Fehler in der Bedienung oder Überwachung führt dazu, daß in kurzer Zeit ein großer Teil der zu bearbeitenden Werkstücke Schrott ist. Durch genaue Zeitkontrolle erzwingen die Kapitalisten, daß die Beschäftigten mit diesen Maschinen während der höchstmöglichen Zeit produzieren. Die Maschinen sollen keine Minute stillstehen. Der Prämienlohn an diesen Maschinen ist auf die Laufzeit ohne Unterbrechung berechnet. Wo sie können, setzen die Kapitalisten durch, daß der produzierte Ausschuß vom Prämienlohn abgezogen wird. Bei einem Ausfall der Maschinen müssen die Arbeiter der Instandhaltung in äußerster Verausgabung der Arbeitskraft die Maschinen reparieren. Die Kapitalisten verlangen

einen weitgehend störungsfreien Ablauf des eng gekoppelten Fertigungsprozesses und der einzelnen Bearbeitungsmaschinen.

Durch die Beschleunigung der Arbeit in der Fertigung erhöhen die Kapitalisten auch die Arbeitsleistung in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Die Arbeit im Lager und in der Bereitstellung wird vermehrt. In kürzerer Zeit können kleine Serien verschiedenartiger Werkstücke bearbeitet werden. Die Zeichner müssen mehr Zeichnungen als früher anfertigen. Mit der schnelleren Fertigung drücken die Kapitalisten auf die nachgelagerte Arbeit, die Weiterverarbeitung, die Montage und die Überprüfung. Hier sehen die Kapitalisten noch „Produktivitätsreserven“. In der Montage wollen sie in den nächsten Jahren sehr viel mehr



Programmierung eines Fertigungsroboters, bisher haben die Kapitalisten 4800 installiert.

Montageroboter einsetzen. Über diese automatisierten Montagebereiche drängen die Kapitalisten auf Verdichtung der Arbeit in den nichtautomatisierten Montageabschnitten. Erfreut berichten die Kapitalisten, daß sie einen zunehmenden Teil der Beschäftigten in Teilzeitarbeit haben drücken können. Das ermöglicht ihnen besser, die Arbeitskräfte je nach wechselndem Arbeitsanfall in den verschiedenen Arbeitsbereichen einzusetzen.

Die Bundesregierung hält die Lage der westdeutschen Kapitalisten im Bereich der Informationstechnik für günstig. Die BRD sei in Europa das einzige Land, in dem die Kapitalisten auf eine eigene Basis in der Halbleitertechnologie zurückgreifen könnten. Der weitere Ausbau der technologischen Basis und

die forcierte Entwicklung der Fertigungsmaschinen sollen gegenüber der Konkurrenz der anderen europäischen Kapitalisten einen wichtigen Vorsprung sichern. Wenn die westdeutschen Kapitalisten sich in der Schlüsseltechnik für die Produktivitätsentwicklung einen Vorsprung verschafft haben, ist die Konkurrenz darauf angewiesen, diese Maschinen zu kaufen, will sie im Konkurrenzkampf nicht weiter zurückfallen. So können die westdeutschen Kapitalisten ihre Konkurrenten in der EG in einem entscheidenden Bereich in die Abhängigkeit bringen. Diese wären bei der Produktion auf die Fertigungstechnik der westdeutschen Kapitalisten, auf die damit verbundenen Anlagen und auf die Ersatzteile dafür angewiesen. Ohne die Maschinerie aus der BRD kann die EG-Konkurrenz dann nicht mehr produzieren lassen.

Bis 1988 wollen die westdeutschen Kapitalisten hier einen entscheidenden Schritt weitergekommen sein. Das Regierungsprogramm soll für die notwendige Beschleunigung sorgen. Die SPD will nicht abseits stehen. Sie hat sich im Bundestag gegenüber der Regierung bereiterklärt, für die „deutschen Zukunftsindustrien“ an „dieser nationalen Kraftanstrengung mitzuarbeiten“.

Quellenhinweis: Regierungsbericht Informationstechnik, 14.3.1984; Pressemitteilung des Bundesministers für Forschung und Technologie, 27.3.84; Bundestagsprotokoll 10/83, 10.11.83 – (gba)

Wahlen

Die GRÜNEN stehen als Partei fest!

Das Landtagswahlergebnis in Baden-Württemberg wird, zusammen mit dem bayerischen Kommunalwahlergebnis, noch für längere Zeit Stoff zur Diskussion liefern. Wir hoffen, daß die linke Diskussion nicht nach einigen Pflichtstellungen stecken bleibt. An Gesichtspunkten fällt uns auf:

Die Verluste der Unionsparteien gehen vor allem auf eine Demobilisierung ihrer Anhänger zurück und nicht etwa auf eine breite Tendenz zur Änderung der politischen Ansicht. Insofern kann von einem Umschwung nicht die Rede sein. Die Umfrageergebnisse, die der Regierungskoalition für Bundestagswahlen eine nach wie vor solide Basis zusprechen, deuten auf so etwas hin.

Die F.D.P. in Baden-Württemberg hat einen Wählerkern bilden können, der über kleinbürgerliche Demokratie- oder auch bloß Ehrbegriffe erhaben ist. Es wird sich herausstellen, ob die F.D.P. zu einem Sammelbecken der sog. Leistungselite werden kann, und wenn sie das kann, ob das 5% bringt. Das Zukunftsvertrauen der Liberalen

ist wahrscheinlich nicht geheuchelt, sie rechnen sich rechts neben den Unionsparteien einen ausreichenden Spielraum aus. Obgleich ein Überleben der F.D.P. fraglich bleibt, ist ihr doch in Baden-Württemberg eine gewisse Sammlung ihrer Anhänger um's Elite-Fähnlein gelungen.

Die GRÜNEN sind durch die Wahlen zu einer führenden Oppositionskraft geworden. Sie haben als einzige Partei vermocht, Wähler zu gewinnen, die vorher nicht ihre Wähler waren und grünen oder alternativen Ansichten noch nicht nahe standen. Interessant ist auch, daß die Mobilisierungsmöglichkeiten der SPD sehr stark von der konkreten Möglichkeit abhängen, eine Mehrheit aus SPD und GRÜNEN zu bilden, während die GRÜNEN auch dann gut abschneiden, wenn dafür keine Aussicht da ist.

Die SPD in Baden-Württemberg hatte z.B. weder die Aussicht noch das Ziel, zusammen mit den GRÜNEN eine Landtagsmehrheit zu bilden. Sie verkündete lauthals, die Ziele Lothar Späths zu teilen, bloß hätte man Kritik an Rücksichtslosigkeiten gegen Wald und Leute. Die SPD vermied sehr sorgfältig eine eindeutige Stellungnahme auf Seiten von Volks- und Arbeiterbewegungen wie wegen der Raketenstationierung oder wegen der bürgerlichen Hetze gegen die 35-Stunden-Woche.

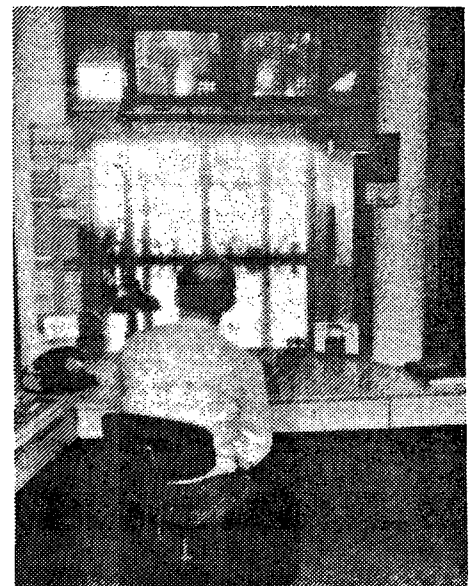
Die DKP konnte, erstmals bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg,

in allen Wahlkreisen antreten und gewann auf diesem Wege 2000 Wähler dazu. Im Gesamtergebnis Stuttgart und auch im Gesamtergebnis Mannheim traten jedoch weitere Verluste auf. Ein wahlrechtlicher Zufall ermöglicht außerdem, die Situation zu betrachten, die für die DKP entsteht, wenn die GRÜNEN nicht kandidieren. In drei Wahlkreisen traten die GRÜNEN auf Grund von Formalfehlern nicht an. Von den dadurch schätzungsweise 8% unbehauster Wähler ging etwa 0,1% zur DKP, rund 5% zur SPD, ein Teil wird weg geblieben sein. Die eigentlich seit Aufkommen der GRÜNEN andauernden Stimmverluste der DKP bei Parlamentswahlen sind anscheinend unumkehrbar. Da auch andere Organisationen, wie die KPD (Rote Fahne, erinnere ich als KPD A.O.), der frühere KBW, die KPD, der BWK, demnächst mit einiger Verspätung vielleicht auch die MLPD, das Phänomen aus eigener Erfahrung kennen, sollten sich alle Betroffenen mit der Frage befassen, ob nicht ein Neuanfang sozialistischer Politik in der BRD fällig ist. Die Voraussetzung für einen solchen Neuanfang wäre unserer Meinung nach die Einsicht, daß mit taktischem Fummeln an den GRÜNEN nichts zu gewinnen ist, daß nicht eine Alternative zu den GRÜNEN, sondern einen ihnen gegenüber selbständige, aber zum Bündnis bereite sozialistische Arbeiterpartei zu bilden ist. - (maf)

in Stammheim bzw. Düsseldorf 24 Stunden in der Zelle im isolierten Sondertrakt, Besuch praktisch nur noch von Verwandten unter Bewachung von jeweils mehreren LKA-Beamten - jeder andere Besuch ist bisher spätestens beim 3. Mal ausgeschlossen worden und hat selbst ein „Info-System“-Verfahren bekommen; Vorenthaltung jeglicher Information über Befreiungskämpfe und Lage der Gefangenen durch Herausreißen entsprechender Artikel aus den Zeitungen usw.

In einer Preseerklärung der vier Vertrauensverteidiger von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar heißt es:

„Kennzeichnend für die Bedingungen dieses Verfahrens ist, daß Bundesanwaltschaft und Senat sich keiner Mühe unterziehen, auf sachliche und rechtliche Argumente der Verteidigung noch näher einzugehen, sondern offen und unumwunden agieren ... Sämtliche am ersten Tag gestellten und ausführlich begründeten Anträge der An-



Wachdienst im Hochsicherheitstrakt in Stammheim: Ständige Überwachung mit Monitoren.

Verfahren gegen RAF-Gefangene

Total-Isolation und Rechtlosigkeit sollen zum Normalzustand werden

Zielstrebig betreiben Bundesanwaltschaft und Justiz über die derzeit in Düsseldorf und Stuttgart-Stammheim laufenden Verfahren gegen die RAF-Gefangenen Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Adelheid Schulz und Rolf-Clemens Wagner die Perfektionierung der seit 13 Jahren betriebenen Isolationshaft und Beseitigung jeglicher Rechte für politische Gefangene. Nachdem Rolf-Clemens Wagner und Adelheid Schulz erneut gegen die Praxis des 5. Senats des OLG Düsseldorf protestiert haben, durch Postierung eines Justizbeamten zwischen ihnen im Prozeß jede Kommunikation zu verhindern, hat der Senat sie bis Ende Juli wegen „ordnungswidrigen Benehmens“ von der Verhandlung ausgeschlossen.

Durch einen auf Wagner bezogenen Beschluß des Ermittlungsrichters Gollwitzer beim BGH wurde jetzt, entgegen der bisherigen Rechtsprechung der meisten Obergerichte, festgelegt, daß Trennscheibe für Verteidigergespräche und Verteidigerpostkontrolle auch für

solche Gefangene gelten, die keinen Haftbefehl wegen „dringenden Tatverdachts“ einer Straftat nach § 129 a StGB (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) haben. Das von der Bundesanwaltschaft im letzten Sommer gegen praktisch alle RAF-Gefangenen eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Verdachts eines „Informationssystems“ zur angeblichen Aufrechterhaltung der RAF - gemeint ist die Diskussion um die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen - dient als Aufhänger wegen „einfachen Verdachts“ des § 129a StGB für alle Gefangenen. In Zelle wurde für die dortigen RAF-Gefangenen bereits die Trennscheibe eingeführt. Jetzt will der Bundesrat eine Regelung im Strafvollzugsgesetz einführen, nach der auf Anordnung des Anstaltsleiters in Zukunft bei jedem Strafgefangenen die Trennscheibe möglich sein soll.

Die Haftbedingungen der vier Angeklagten in Stammheim und Düsseldorf sind inzwischen: seit 1 ½ Jahren, bei Wagner seit 4 Jahren, Isolationshaft;

geklagten und ihrer Vertrauensverteidiger wurden abgelehnt; sie zielten u.a. auf die Aufhebung der in einem in früheren Verfahren noch nicht dagewesenen Umfang praktizierten, die Angeklagten physisch und psychisch zugrunderichtenden Isolationshaft ... Die Bundesanwaltschaft wollte diese Anträge gleich alle als unzulässig zurückgewiesen haben. In ihrer Begründung heißt es u.a.: „Im übrigen muß es wie Hohn anmuten und als Zynismus angesehen werden, wenn hier über Haftbedingungen lamentiert wird und von Tyrannenmord die Rede ist, in einem Verfahren, dessen zugelassene Angeklagte brutalste Straftaten der Angeklagten zum Gegenstand hat.“

Mit anderen Worten will die BAW festgeschrieben wissen, daß bei derarti-

Erfolge der Grußaktion politische Gefangene

Inzwischen liegen uns erste genauere Ergebnisse der Grußaktion Politische Gefangene vor. Rund 140 Organisationen und Initiativen hatten sich bereit erklärt, Informationspakete an etwa 130 politische Gefangene, die der westdeutsche Staatsapparat eingesperrt hält, zu schicken und so den Staatsapparat daran zu hindern, diese Häftlinge mit einer vollständigen Informationssperre zu belegen. Aus einer Aufstellung über die Pakete, die von den in Köln an der Grußaktion beteiligten Organisationen verschickt wurden, geht hervor:

Von 84 Info-Paketen war bis zum 20.3. der Verbleib bekannt. 23 der politischen Häftlinge erhielten die Informationsmaterialien vollständig, bei zehn Gefangenen behielten die Anstaltsleitungen die Pakete teilweise ein, bei 15 weiteren vollständig. 26 Pakete schickte der Justizapparat zurück, meist mit Bemerkungen wie „Annahme behördlicherseits verweigert, nicht genehmigte Sendung“, zehn weitere kamen zurück, weil die Gefangenen inzwischen verlegt oder entlassen sind.

Die Reaktionen des Justizapparates deuten darauf hin, daß die Gruß-

aktion Politische Gefangene das Vorhaben des Staatsapparates durchaus wirksam stört, der die politischen Häftlinge aus der RAF und Anti-imperialistischem Widerstand von jeder Öffentlichkeit isolieren will. So stellte die Bundesanwaltschaft bei allen Häftlingen, die wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ angeklagt sind, Anträge auf Einbehalten der Info-Pakete. Die Oberlandesgerichte folgen der Bundesanwaltschaft weitgehend, so das OLG Frankfurt gegen Barbara Krobs:



Aktion von Angehörigen der Gefangenen aus der RAF

„Der vorgesehenen Empfängerin wird die Unterstützung einer dieser Vereinigungen – der RAF – zur Last gelegt. Bei Kenntnisnahme der vorstehend bezeichneten Druckschriften würde sie mithin im Gefühl ihrer Zugehörigkeit zu dieser Szene trotz ihrer Inhaftierung bestärkt werden ... Postsendung ist ersichtlich Teil einer zur Zeit laufenden Kampagne, mit der nach abgegebenen Erklärungen ... die sogenannte ‚Isolation‘ der Gefangenen aus dem Bereich des Terrorismus durchbrochen werden soll. Eine solche Aktion ist besonders geeignet, im Zuge einer Vielzahl von Postsendungen, insbesondere Ablichtungen, versteckte Nachrichten zu übermitteln.“

Nicht nur die Reaktion des Staatsapparates lassen es uns berechtigt erscheinen, von einem, wenn auch kleinen, Erfolg der Grußaktion Politische Gefangene zu sprechen. Über 40 politische Gefangene haben an die Absender der Informationspakete aus Köln geschrieben, nur zwei von ihnen halten die Grußaktion für nutzlos. Viele betonen, wie wichtig ihnen die politischen Verbindungen sind, um die vom Staatsapparat erzwungene und in der letzten Zeit verschärfte Isolation zu durchbrechen, mehrere wünschen ausdrücklich eine Fortsetzung der Aktion.

gen Vorwürfen, wie sie sie angeklagt hat, die Angeklagten sich weder auf die politischen Zusammenhänge, noch andere Haftbedingungen als die bestehende Isolationshaft beanspruchen dürfen ... In der bezeichnenderweise nicht öffentlich verkündeten, eine Änderung der Haftbedingungen ablehnenden Verfügung des Vorsitzenden Dr. Knospe heißt es, es sei „nicht zu erkennen, daß es zu einer Entspannung der *Sicherheitslage* in einer Weise gekommen wäre, die eine Lockerung der Haftbedingungen erlaubt.“ Damit wird ganz offensichtlich genau der Begriff von Sicherheit und Rechtfertigung angewendet, den die Verteidigung als die das Vorgehen gegen die RAF-Gefangenen kennzeichnende politische Kategorie nachgewiesen hat: Der Begriff der „inneren Sicherheit“ gegenüber „Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“, der alles rechtfertigt, solange diese Feinde nicht ihre politische Identität aufgeben haben und solange nicht alle Positionen des grundsätzlichen Kampfes gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD ausgemerzt sind ... Besonders offenkundig ist inzwischen auch geworden, wie mit der Institution der sog. „Sicherungsverteidiger“ allein der Zweck verfolgt wird, das Verfahren auch dann zum gewünschten Ende

zu bringen, wenn tatsächlich Verteidigung gar nicht mehr vorhanden ist.“

Nachdem der Senat die „Sicherungsverteidigerin“ Riediger, bei der er einen Verteidigerausschlußgrund wegen Zwangsverteidigung in einem früheren § 129a-Verfahren übersehen hatte, während der Verhandlung entpflichten mußte – die Entpflichtungsanträge der übrigen drei Zwangsverteidiger lehnte er ab –, wurde zunächst der Antrag, an ihrer Stelle einen benannten Vertrauensanwalt beizuordnen, zurückgewiesen. „Am 13.2.84 erschien dann auf einmal der Rechtsanwalt Zoll aus Stuttgart als neu vom Vorsitzenden anstelle von Frau Riediger bestellter ‚Sicherungsverteidiger‘. Auf die Frage, ob er von seinem Anspruch auf Verfahrensaussetzung zur Verteidigervorbereitung gem. § 145 Abs. 3 StPO angesichts der derzeitigen Aktenumfangs von ca. 60000 Blatt Gebrauch machen werde, verneinte Herr Zoll. Auf die weitere Frage, warum er dies nicht täte, sagte er: ‚Dazu gebe ich keine Erklärung ab‘. ... Da „das Verhalten des RA Zoll nur aus entsprechenden Bemühungen des Vorsitzenden erklärlich schien, wurde nähere dienstliche Äußerung des Vorsitzenden verlangt, wie die Bestellung dieses Rechtsanwaltes zustande gekommen sei. Der Vorsitzende weigerte sich, eine

nähere Stellungnahme abzugeben ... Dennoch lehnten die drei mit Ablehnungsgesuch gegen den Vorsitzenden befaßten Richter dieses mit der Behauptung ab, es könne „schlechterdings nicht der Argwohn gerechtfertigt sein, dem abgelehnten Richter fehle das Bemühen, eine wirksame Verteidigung zu gewährleisten.““

Quellenhinweise: Presseerklärung der Vertrauensverteidiger vom 1.3.84; Beschluß des BGH vom 9.3.84 (1 BGs 109/83); Beschlüsse und Verfügungen aus dem Verfahren gegen Mohnhaupt/Klar – (mis, alk)

Asylverfahrensgesetz Aufhebung des Asylrechts verlängert

Am 14. März hat sich das Bundeskabinett auf einen Gesetzentwurf zur Verlängerung des Asylverfahrensgesetzes bis 1988 geeinigt. Der Bundesrat beschloß zwei Tage später einstimmig einen Gesetzentwurf, der dasselbe beabsichtigt.

Wichtigster Bestandteil des Asylverfahrensgesetzes ist eine Regelung, die dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge erlaubt, Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ abzulehnen. Wann ein Asylantrag „offensichtlich unbegründet“

ist, liegt völlig im Ermessen der Behörde. Um zu verdecken, daß damit das Asylrecht aufgehoben wird, hatte 1982 die damalige sozial-liberale Bundesregierung diese Regelung bis Juli 1984 befristet und behauptet, wirkliche Asylanträge würden davon nicht betroffen, sondern nur solche, die wegen wirtschaftlicher Vorteile um Asyl ersuchten. In Wirklichkeit konnte die Bundesregierung mit Hilfe dieses Gesetzes vor allem ausländische Revolutionäre und Gegner reaktionärer Regimes aus der BRD abschieben. So wurden zum Beispiel nur 3% der Asylbewerber aus der Türkei anerkannt.

Von insgesamt 42712 Asylanträgen in der Zeit vom 1. August 1982 bis 29. Februar 1984 wurden nur 19,2% anerkannt. 13,5% wurden als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt und 67,3% in einem Asylverfahren abgelehnt. 16176 Flüchtlinge haben durch die Praxis der Ausländerbehörden eingeschüchtert, „freiwillig“ ihre Anträge zurückgezogen und sind ausgewandert.



Asylanten vor der Westberliner Ausländerbehörde

Innenminister Zimmermann wollte ursprünglich das Gesetz unbefristet verlängern, nach Bedenken der FDP und der SPD-regierten Bundesländer einigten sich CDU/CSU, FDP und SPD auf eine Verlängerung um weitere vier Jahre. Trotzdem wird durch diese Verlängerung die Aufhebung des Asylrechts zum Normalzustand.

Auf Drängen der FDP beschloß die Bundesregierung zusätzlich, das ein Jahr dauernde Arbeitsverbot für Asylbewerber aus osteuropäischen Ländern aufzuheben. Damit will sie Reaktionäre und Konterrevolutionäre dort ermuntern und ihnen zeigen, daß sie zur Not leicht übersiedeln können. Das zwei Jahre dauernde Arbeitsverbot für alle anderen Asylanten soll beibehalten bleiben.

Quellenhinweis: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes, Bundesinnenministerium; Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Asylverfahren, Bundestagsdrucksache 10/1164; Bundestagsdrucksache 10/1159 - (dlm)

Tariffbewegung

Urabstimmung! – schon, aber worüber?

Der Bundestag beschloß inzwischen das Gesetz über die befristete Einführung einer Vorruhestandsregelung. Die IG Bau, Steine, Erden hat mit 3,3% und Tariffrente ab 1985 abgeschlossen. Der IG Druck legten die Kapitalisten ein Ultimatum vor, in dem sie eine Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis 1988 verlangten. Darüber scheiterte die Schlichtung, die IG Druck steht jetzt vor Urabstimmung und Streik. Die IG Metall hat bei den Metallkapitalisten um ein Spitzengespräch nachgesucht. Die Presse bemerkt hämisch, daß dies von den Kapitalisten schon im Dezember angeboten worden sei. Unklar ist, ob die IG Metall bereit ist, auf Grundlage des Kapitalistenangebotes vom vorigen Dezember (siehe auch Politische Berichte Nr. 26/83) zu verhandeln, oder auf welcher Grundlage verhandelt werden soll. In der Druckindustrie und in der Metallindustrie finden Warnstreiks statt.

In diesen Tagen tritt der Hauptvorstand der IG Metall zusammen und berät über weitere Schritte der IG Metall. Die Kapitalisten veröffentlichen fast täglich Umfrageergebnisse, wonach die Mehrheit der Arbeitnehmer, die Mehrheit der Beschäftigten in der Metallindustrie, die Mehrheit der DGB-Mitglieder und die Mehrheit der IG Metall-

Mitglieder gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche, mindestens aber gegen einen Streik wegen der 35-Stunden-Woche wären. Bedeuten solche Umfrageergebnisse, daß die IG Druck oder die IG Metall bei einer Urabstimmung die für Kampfmaßnahmen erforderlichen 75% verfehlen müßten? Was würde in einem solchen Fall folgen?

Die Kapitalisten würden ihr Angebot vom letzten Jahr realisieren. Sie würden beim Lohn um 3% herum abschließen, wobei sie versuchen würden, die Laufzeit zu verlängern und für die verstrichenen Monate gar nichts zu zahlen. Sie würden versuchen, den Flexibilisierungsvertrag unter Dach und Fach zu bringen und der IG Metall ein Einverständnis zur Ausdehnung der Arbeitswoche aufs Wochenende abzuhandeln. Sie würden bei der Vorruhestandsregelung sich erkenntlich zeigen, wenn die IG Metall die 40-Stunden-Woche bis Anno Tobak festschreiben würde.

Sie würden versuchen, die Betriebe mit den schwächsten Abstimmungsergebnissen auszukundschaften und die regelmäßige Arbeit an Samstag und Sonntag für immer mehr Betriebe einzuführen. Da es Betriebe gibt bzw. Arbeiten, die schon so intensiv sind, daß

Vorruhestandsgesetz: Entlassung älterer Arbeiter für Kapitalisten jetzt noch lukrativer

Am 29. März hat der Bundestag dem Gesetzentwurf zur „Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand“ mit den Stimmen der Regierungsparteien verabschiedet, womit nach noch ausstehender Zustimmung des Bundesrates das sogenannte Vorruhestandsgesetz wohl zum 1. Mai in Kraft treten kann.

Das Gesetz hieße besser „Gesetz zur Erleichterung der Beseitigung älterer und verschlissener Arbeitskraft“ mit dem Kostenvermerk: für die Kapitalisten keine. Blüm gestattet den Kapitalisten, damit ihre jeweils 58jährigen oder älteren Beschäftigten zu entlassen, sofern:

a) sie sich deren Zustimmung verschaffen, entweder aufgrund eines Tarifvertrages oder aber einer individuellen Vereinbarung. Damit können die Kapitalisten den tarifvertraglichen Kündigungsschutz, den ältere und längere Zeit beschäftigte Arbeiter

in einer ganzen Reihe von Branchen haben, unterhöheln.

b) Das Unternehmen dem so Entlassenen mindestens 65% des bisherigen Bruttolohns (plus den Anteil zur Sozialversicherung) weiterzahlt, wobei 35% dieser Summe von der Bundesanstalt für Arbeit dem Kapitalisten ersetzt werden. Die Zahlung erlischt, sobald der ehemalige Beschäftigte Anspruch auf eine Altersrente hat, d.h. spätestens mit dem 65. Lebensjahr, meist aber schon mit dem 62. bei Bezug der vorgezogenen Altersrente.

Das mag als eine doch recht beachtliche Abfindungssumme erscheinen – bei 3000 DM Bruttolohn hätte ein Unternehmen für einen in den Vorruhestand geschickten Beschäftigten während vier Jahren über 70000 DM aufzubringen. Dennoch hielt sich das Murren der Kapitalistenverbände über diese „zusätzliche Kostenbelastung“ in Grenzen, nachdem der Gesetzgeber zu-

niemand sie Tag um Tag, Woche um Woche acht bzw. vierzig Stunden lang verrichten kann, wird die Teilzeitarbeit gezielt eingesetzt werden, verbunden allerdings mit der Verpflichtung, über eine gewisse Zeit hin – wegen Auftrags erledigung usw. – auch einmal 40 und mehr Stunden zu arbeiten.

Eine verlorene Urabstimmung würde auch politische Folgen haben. Im wesentlichen würden die Blümschen Sammelgesetze so ausgebaut und verabschiedet werden, daß die Tarifhoheit unterlaufen wäre. Die Kapitalisten wären dann berechtigt, sich das je schwächste Glied vorzunehmen und die Fessel des Tarifvertrages an dieser Stelle zu brechen, d.h. sie könnten einen verzweifelte Menschen eben zu $\frac{2}{3}$ Tarif einstellen usw.

In den Gewerkschaften, besonders der IG Metall, würde eine verlorene Urabstimmung einige Funktionärskarrieren knicken. Das ist kein Grund für Schadenfreude, denn praktisch gesehen würden SPD-Gewerkschaftsaufsichtsbeamte durch CDU/CSU-Gewerkschaftsaufsichtsbeamte ersetzt bzw. ergänzt.

Schon jetzt weiß man aus x-erlei Ausschlußverfahren, wie unangenehm sich so ein Christenspitzel im Ortsvorstand oder bei der Bezirksleitung auswirken kann. Er kann auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse das Ausschlußwerk in Gang bringen, auch wenn das sonst kein Mensch will. Im übrigen würden Mitgliederverluste eintreten. Man würde zur Jagd auf Linke,

Alternative und Kommunisten blasen. Die Repräsentanten der großen Volksparteien in der IG Metall würden auch gegen eine geringe Gefahr von Radikalisierung herzhafte und gemeinsam vorgehen.



SEL-Arbeiterinnen in Stuttgart-Zuffenhausen gegen die „Flexibilisierungspläne der Kapitalisten“

Da derartige Folgen eines verfehlten Urabstimmungszieles von vielen vermutet werden, bedeuten die angeblich 55% gegen Streik keineswegs, daß die IG Metall bei einer Urabstimmung weniger als 80% der Mitgliederstimmen für Streik kriegen würden.

Anlaß zu Befürchtungen gibt aber, daß nach wie vor völlig unklar ist, über

gesichert hatte, keinen Kapitalisten zur vorzeitigen Pensionierung auch nur eines Beschäftigten zwingen zu wollen. Also müssen eine Reihe Kapitalien eine Verjüngung ihrer Belegschaften für äußerst lohnend halten. Sie können dann neue Maßstäbe der Arbeitsintensität durchsetzen und die Lohnsumme spürbar senken, wenn sie auch nur fünf Prozent der Belegschaft durch jüngere und dann auch billigere Arbeitskraft ersetzen können.

Somit ist auch die letzte Bedingung für die Verschickung eines Arbeiters in den Vorruhestand für den Kapitalisten eine Last, die er leicht ertragen kann:

c) Er ist verpflichtet, einen beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen einzustellen. Für die nötigen Ausnahmen hat Blüm gesorgt: Mit der Behauptung, er habe einen „über seinen Bedarf“ ausgebildeten Jugendlichen weiterbeschäftigt, oder – bei weniger als 20 Beschäftigten – zusätzlich einen Lehrling ausgebildet, kann der Unternehmer die Neueinstellung umgehen.

Für den Arbeiter, vielleicht froh, früher der Schinderei zu entkommen,

bedeutet diese Regelung eine Lohn- und Rentensenkung. Das Vorruhestandsgeld in Höhe von 65% vom Bruttolohn unterliegt Steuer- und Versicherungsabzügen; die spätere Rente wird bezogen auf das Vorruhestandsgeld berechnet. Beschäftigte mit durchschnittlichem Lohn und durchschnittlicher Versicherungszeit haben eine Rentenkürzung von ca. 40 DM monatlich zu erwarten.

Auf eine weitreichende Absicht sei noch hingewiesen. Das Gesetz ist auf vier Jahre befristet. Die Begründung lautet lapidar: „mit Rücksicht auf die demographische Entwicklung“. Somit hat Blüm klargestellt, daß er keinesfalls eine allgemeine Senkung des gesetzlichen Rentenalters einleiten will. Vielmehr will er mit der Begründung, die Altersgrenze bis zu der ein Arbeiter seine Arbeitskraft anzubieten hat, hänge ausschließlich am Verwertungsbedürfnis des Kapitals, eine Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters einleiten.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache, 10/965; Bundestags-Protokoll, 10/61

welche Frage die Urabstimmung abgehalten werden soll. Bei einer Urabstimmung ist das Kampfziel anzugeben, d.h. gegenüber den Kapitalisten die Forderung zu nennen, die sie erfüllen müßten, wollten sie den Streik vermeiden, wollten sie den Lohnausgleich in der Frage erwähnt? Wie hoch wird die Lohnforderung angesetzt? Wird ein Mindestbetrag genannt? Wird die Urabstimmung bundesweit durchgezogen?

Die IGM wird – vermutlich – eine Urabstimmung aus den oben genannten Gründen auch dann nicht verlieren, wenn die Antwort auf all diese Fragen unbefriedigend ausfällt. Sie, die IG Metall, wird aber dann in die Lage kommen, eine Urabstimmung gewonnen zu haben, einen Streik aber nicht durchhalten zu können. Irgendwie muß sich das ganze ja auch lohnen.

Wer aber könnte so verwegen sein, die Einführung der Samstagsarbeit verbunden mit einem Einkommensverlust von rund 5% bis 10% auf die Kaufkraft als ein lohnendes Ergebnis aufzufassen? Ein Streik, der auf ein solches Ergebnis hinsteuert, wird abgebrochen werden müssen oder zusammenbrechen. Deswegen bemühen sich derzeit immer mehr Gewerkschafter, wenigstens die Einführung der Wochenendarbeit zu verhindern.

Leider hat sich bestätigt, daß Leute um F. Steinkühler bereit wären, für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit den Samstag dranzugeben. Am Freitag, den 30.4., zitiert „Bild“ auf Seite 1 F. Steinkühler: „Mir ist es lieber, der Papi gehört Samstags der Firma als von Montag bis Freitag dem Herrn Stingl.“ – Wenigstens dies muß vor der Urabstimmung aus der Welt.

Quellenhinweis: Handelsblatt, div. Ausgaben; Metall Nachrichten Nr. 26, Nordwürttemberg/Nordbaden; „aktiv“, Wirtschaftszeitung, Ausgabe Metall; sowie eigene Nachrichten aus den Nachrichten Druck und Metall des BWK – (maf, alk)

Britischer Bergarbeiterstreik Gegen Lohnsenkung und Zechenschließungen

Am 12. April wird der Vorstand der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM zusammentreten, um über eine einheitliche Urabstimmung über einen Streik gegen das 5,2%-Angebot der staatlichen Kohlebehörde und gegen die geplante Schließung von weiteren 20 Zechen zu beschließen.

In 121 Zechen streiken die Bergleute seit mehreren Wochen ohne landesweite Urabstimmung gegen die geplanten Stilllegungen. Die Regierung setzt 20000 Polizisten ein, um Streikposten vor 43 anderen Betrieben daran zu hin-

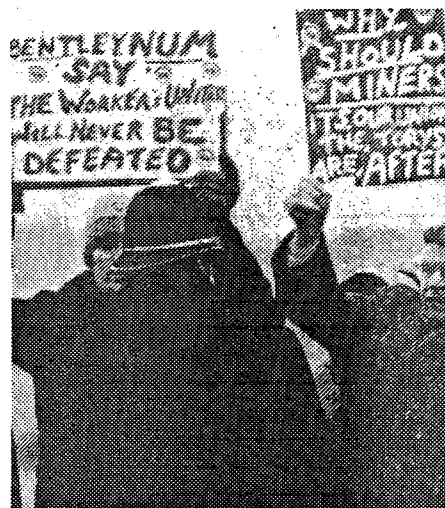
dem, die Belegschaften zum Streik aufzurufen.

Mit wilden Spekulationen über die fehlende Streikbereitschaft versuchen Regierung und Presse, dem Vorstand und vor allem dem Vorsitzenden Arthur Scargill „undemokratische Methoden“ vorzuwerfen.

Wahr ist, daß die britischen Bergarbeiter scharf gespalten sind. In großen Streiks in den Jahren 1969, 1972 und 1974 trat die Gewerkschaft erfolgreich für das Prinzip „gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ ein. 1978 gelang es der Kohlebehörde, dieses Prinzip zu zerstören: Ein gemein spaltendes „Produktivitätssystem“ wurde eingeführt.

In den modernen, mit hohen Investitionen ausgestatteten Bergwerken in den Gebieten mit dicken Flözen erhalten die Bergleute die höchsten Löhne. Während ein Arbeiter in Südwest Wales gerade auf 320 DM Prämie im Monat kommt, erhält sein Kollege aus Mittelengland 1030 DM. Damit hat die Kohlebehörde die Tarifverträge unterminiert.

Dazu kommt, daß die Kohlebehörde mit einer Verdoppelung der Abfindungen für Bergleute zwischen 50 und 55 Jahren eine große Welle von freiwilligen Kündigungen erreichte. Damit erzielte sie ein Durchschnittsalter von



Streikposten der Bergleute in Bentley: „Die Tories wollen unsere Gewerkschaft zerstören.“

38,7 Jahren, verglichen mit 44,2 Jahren vor zehn Jahren. Das ist die Basis für die verschärfte Schweißauspressung mit dem Bonussystem und wirkt auf die Zechen unterschiedlich; die „profitablen Betriebe“ sind nach den Plänen der Kohlebehörde jetzt kaum von Entlassungen betroffen, während von den „unprofitablen“ 20 ganz stillgelegt werden sollen.

Die Spaltung nimmt zu, was dazu beitrug, daß die NUM-Führung sich trotz ungünstiger Umstände für einen Streik *jetzt* aussprach. Mehrere Bezirke stimmten in Urabstimmungen gegen Streiks. Aber diese Ergebnisse schwanken; die NUM in Nottinghamshire z.B. begann am Mittwoch, Streikposten aufzustellen. Sie hatte noch vor drei Wochen mehrheitlich gegen Streik gestimmt.

Die Regierung ist äußerst unsicher, ob sie der Bergarbeitergewerkschaft die erhoffte schwere Niederlage beibringen kann. Vor allem stört sie die wachsende Unterstützung anderer Gewerkschaften. Der wichtigste Beschluß war die Entscheidung der Seeleutengewerkschaft, den Import ausländischer Kohle zu blockieren. Auch die Eisenbahner unterstützen die Bergleute direkt, andere Gewerkschaften geben Spenden. Mehrere Kohle-Züge werden nicht weiter befördert, weil die Bergleute Streikposten bei den Bahnanlagen aufstellen. Die Regierung behauptet, mit den gegenwärtigen Kohlevorräten drei Monate auszukommen. Aber schon jetzt wird Kraftwerkskohle in manchen Gegenden knapp.

Quellenhinweis: New Statesman, 23.3. und vorher. Ausgaben; Economist, 31.23; Financial Times; The Trade Union Bill, HMSO London, 1983 – (heft)

Thatchers Gewerkschaftsgesetze

Ginge es nach der britischen Regierung, wäre der Streik der britischen Bergarbeiter vollständig illegal. Nach dem geplanten dritten Gewerkschaftsgesetz der Regierung sind nämlich alle Streiks, vor denen keine Urabstimmung durchgeführt wurde, verboten. Außerdem können die Kapitalisten Schadenersatz von der betreffenden Gewerkschaft verlangen. Die anderen Vorschriften des neuen Gesetzes sind:

- Jeder Gewerkschaftsvorstand muß in geheimer allgemeiner Wahl gewählt werden;

- Zahlungen an die Labour-Partei aus dem „politischen Fonds“ der Gewerkschaften dürfen nur geleistet werden, wenn die Mitglieder alle zehn Jahre zustimmen.

Die erste dieser beiden Vorschriften wird schon heute von fast allen Gewerkschaften erfüllt. Eingeführt im Gesetz wird sie, um die tatsächliche Absicht der Knebelung der Gewerkschaften hinter dem Anschein der „Herstellung von Demokratie“ zu vernebeln.

Grundlage der Polizeieinsätze gegen die Bergarbeiter sind die Gewerkschaftsgesetze von 1980 und 1982.

Nach diesen Gesetzen sind Streikposten illegal, wenn streikende Arbeiter vor einem „fremden Betrieb“ stehen. Die streikenden Bergleute stehen vor „fremden Betrieben“ – obwohl alle Zechen der staatlichen Kohlebehörde gehören –, weil das höchste britische Gericht das Gesetz durch ein Urteil so auslegte, daß auch Tochtergesellschaften derselben Firma als „fremd“ anzusehen sind.

Wenn Arbeiter Streikposten vor einem „fremden Betrieb“ stehen, kann der Kapitalist a) die Gewerkschaft auf Schadensersatz verklagen; b) eine gerichtliche Verfügung gegen die Gewerkschaft erwirken, die ihr die Streikposten verbietet. Hält sich die Gewerkschaft nicht daran, wird sie wegen Mißachtung des Gerichts bestraft (wie z.B. die Druckarbeitergewerkschaft NGA, die mehr als 700 000 DM Strafen zahlen mußte). Bei weiterer Mißachtung folgen Geld- bzw. Gefängnisstrafen gegen Gewerkschaftsfunktionäre.

Die britische staatliche Kohlebehörde National Coal Board hat diese Vorschrift nicht einmal voll anwenden müssen. Vorsitzender Ian McGregor zog einen Antrag auf gerichtliche Verfügung zurück. Denn die Polizei griff ein, um Streikposten zu verhindern, anderen Arbeitern das „Recht auf Arbeit“ zu nehmen. Dazu hielt sie z.B. Busse mit Streikposten weit von ihrem

Ziel entfernt an und verbot die Weiterfahrt.

In der konservativen Partei gibt es Pläne für ein weiteres Antistreikgesetz, das Arbeitern und Angestellten in „lebenswichtigen Bereichen“ den Streik ganz verbietet. Mit dem erzwungenen Gewerkschaftsaustritt für die Beschäftigten des Abhörzentrums Cheltenham hat Thatcher hier den Weg bereitet. „Lebenswichtig“, das können fast alle Beschäftigten sein, Bergleute auf jeden Fall. Damit wäre das Streikrecht vollständig beseitigt.



Die Regierung setzt 20 000 Polizisten gegen die streikenden Bergleute ein.

Das Bildungsministerium bereitet vor: Mehr Leistung, weniger Ansprüche, mehr Wettbewerb, weniger Kontrolle

„Möglichst zügig“ will das Bundesbildungsministerium „das förmliche Gesetzgebungsverfahren“ für eine Novellierung des im Jahre 1975 von einer großen hochschulpolitischen Kolition verabschiedeten Hochschulrahmengesetzes (HRG) abwickeln. Geschickt hat Frau Wilms zunächst eine weitgehende Vereinheitlichung der reaktionären Kräfte in der Hochschulpolitik in Gang gesetzt. Eine Expertenkommission unter Vorsitz des ehemaligen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Knopp – von der Ministerin unter „Ausschaltung der politischen Gruppeninteressen im Hochschulbereich“ mit glücklicher Hand durch bekanntermaßen reaktionäre Professoren und Ministeriale besetzt – durfte im Januar dieses Jahres das Ergebnis ihrer einjährigen Bemühungen in einem Bericht der Öffentlichkeit präsentieren, der in fast einhundert Vorschlägen zur Gesetzesänderung die unmittelbaren Ziele einer Gesetzesnovellierung niederlegte. Diese wurden von den einschlägigen Verbänden wie Bund Freiheit der Wissenschaft oder Hochschulverband, aber auch vom Wissenschaftsminister in NRW – im Unterschied zur SPD-Bundestagsfraktion – mit Genugtuung oder zumindest wohlwollend zur Kenntnis genommen und sodann erst von der Ministerin selbst großzügig „übernommen“.

Die interessierten Kräfte der Reaktion haben diesen Bezugspunkt bereitwillig aufgegriffen, um ihren weitergehenden Vorstellungen und Zielen öffentliches Gewicht zu verleihen, auf daß der vorgegebene Rahmen auch definitiv reaktionär ausgestaltet werde. Nach den „16 Thesen für eine Hochschulpolitik der 90er Jahre“ aus dem Bildungsministerium selbst und der maßgeblich von der FDP ins Leben gesetzten Diskussion über Privathochschulen und Eliten, zu der sie nunmehr „acht Grundsätze zur Begabten- und Eliteförderung“ vorgelegt hat, hat sich der BDI mit „zehn Thesen zur Hochschulpolitik – Zukunft der Hochschule“ zu Wort gemeldet, die sich neben dem wenig später vorgelegten „Thesenpapier“ des Wirtschaftsrates der CDU über „Wege einer neuen Wirtschaftspolitik“ direkt noch moderat ausnehmen. Dort wird unter dem Motto „marktwirtschaftliche Politik“ einer generellen Einführung von Studiengeldern und der Privatisierung bestehender Hochschulen – wie auch immer – das Wort geredet. Diese Theseninflation erscheint der Reaktion ge-

eignet auszuloten, welche Zumutungen sich auf dem Sektor Hochschulpolitik im weiteren als machbar erweisen könnten. Und mit der SPD läßt sich da wohl einiges machen, zumal sich ihre Bundestagsfraktion gegenüber den Novellierungsplänen und dieser Diskussion gerade mal zu einem „überflüssig“ durchringen konnte.

Die „Ordnungsprinzipien der Differenzierung und des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen“ leiten nach eigenen Worten das Vorgehen des Ministeriums. Daher wird an einer Neudefinition der *Aufgaben der Hochschule* gestrickt, die den Fachhochschulen wissenschaftliche Aufgabenstellungen abstreift und für die wissenschaftlichen Hochschulen die „wissenschaftliche Grundausbildung“ als Aufgabenstellung an die Stelle der „Vorbereitung auf ein berufliches Tätigkeitsfeld“ treten läßt. Letzteres war

cher solle studiert werden“, meint hierzu der BDI.

Den Möglichkeiten der Hochschulen, ihre Ausbildungsverpflichtungen gegenüber der Masse der Studenten locker zu handhaben, wird hingegen Tür und Tor geöffnet. Ausdrücklich soll nämlich vorgesehen werden, daß die Hochschulen den „Befähigten“ „Steilkurse“ anbieten können, zu denen sie nach Maßgabe der Hochschulen zugelassen werden können. Interne Zulassungsbeschränkungen, deren Wirkung bisher weitgehend auf die Regelung der Abfolge des Lehrveranstaltungsbesuchs begrenzt war, erhalten den Charakter einer Quotierung des Studienerfolges. Personal und Mittel, die bisher der – mangelhaften – Sicherstellung eines Lehrangebotes für alle Studenten dienten, werden zwangsläufig umgewidmet. Was als „Förderung“ daherkommt, ist Unter-



Kritisch oder entschieden ablehnend gegenüber den Plänen zur HRG-Novellierung äußerten sich: die Fraktion der GRÜNEN im Bundestag, der Bund demokratischer Wissenschaftler, die GEW, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Jungsozialisten-Hochschulgruppen und die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS). – Bild: Demonstration der VDS am 4.12.82 in Bonn.

bisher keine Sicherheit, eine meßbare Ausbildung zu erfahren, die geplante Neuerung verpflichtet dann endgültig die Hochschulen zu gar nichts und den Studierenden dazu, sich schleifen zu lassen, wie nicht nur die Wortwahl nahelegt, sondern auch der Umstand, daß mit der obligatorischen Einführung von *Zwischenprüfungen* in allen Fächern per Gesetz den Studenten eine „echte Hilfe“ (Knopp) geboten werden soll, ihre Unfähigkeit frühzeitig zu realisieren. Differenzierung hin oder her, dem Mißverständnis, irgendwelche Prüfungen könnten vereinfacht werden, ist vorgebeugt. „Nicht weniger, sondern schneller und erfolgrei-

drückung der großen Masse. Ihr ist mangels „Befähigung“ auch gleich noch die Berechtigung zu einer Kritik an den Umständen ihrer Ausbildung verwehrt, weil ja ein Mindeststandard der Ausbildung eines jeden Studenten nicht in Sicht ist.

Hervorstechendes Merkmal der förderungswürdigen „Hochbegabten“ wird das Schwänzeln sein, welches sich mit der erforderlichen Rücksichtslosigkeit gegen die Interessen der „unbegabten“ Mitstudierenden und der Bereitschaft zur bedingungslosen Hingabe an maßlos diktierte Ausbildungsaufträge zum Charakterbild eines Akademikers zusammenfügen wird, wie es hundert

Die „Hochbegabtenförderung“: Mäzenatentum, der Weg zur „Leistungselite“

Die „Hochbegabtenförderung“ als Instrument der Fabrikation einer „Leistungselite“ ist seit einigen Monaten ein Thema der bildungspolitischen Diskussion der bürgerlichen Öffentlichkeit. Es gibt Leute, die suchen in solchen Zielvorstellungen einen Gegensatz zu bzw. eine Revision der Bildungspolitik der gewesenen sozial-liberalen Koalition. Solche Suche ist irrig.

Schon 1978 erklärte der damalige Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Prof. Jochimsen: „daß sich das *Problem der Auswahl* in besonders verschärfter Form stellt, jenes Problem, das unsere Gesellschaft in dem Maß stärker bestimmt, in dem die Optionen für einen weiteren Aufstieg im Bildungs- und Beschäftigungssystem immer größeren Gruppen unserer Gesellschaft zuerkannt werden.“ (1, S.177)

Und 1981 machte der Wissenschaftsrat eine „Empfehlung zur Förderung besonders Befähigter“, worin er unter „Notwendigkeit von Elitenbildung“ feststellte: „Neben dem wichtigen Auftrag der Breitenausbildung und in enger Verbingung mit ihm darf jedoch die Aufgabe nicht vernachlässigt werden, möglichst jedes erkennbare Talent in der soviel größer gewordenen Studentenzahl zu entdecken und nach besten Kräften zu fördern.“ (2, S.71f)

Als Ziel dieser „Talententdeckung“ formulierte der Wissenschaftsrat weiter die „bewußte Bemühung um die Studenten, von denen hervorragende und für das Gemeinwesen wichtige Leistungen erwartet werden können“. Die „Hochbegabtenförderung“ bezwecke dabei „mehr als die Vermittlung intellektueller Fertigkeiten. Es geht um ein ganzes Bündel von Qualitäten, in dem die intellektuelle Begabung nur ein Element ist.“ (2, S.72) Nicht nur positive Einstellung, sondern tätiger, „streitbarer“ Einsatz für die Zwecke von kapitalistischer Wirtschaft und imperialistischem Staat sind die geforderten Eigenschaften, denen sich der besitzlose Student prostituieren muß, wenn er in den „Genuß der Förderung“ kommen will.

Die Elitenförderung ist daher nicht nur eine Sache des Geldes, sondern vor allem auch der Erziehung. Als vorbildlich auf diesem Gebiet nennt der Wissenschaftsrat die Tätigkeit der „Hochbegabtenförderungswerke“. Dies sind Stiftungen, die Studien- bzw. Promotionsstipendien an

handverlesene Studenten und Doktoren vergeben.

Die wichtigsten dieser Stiftungen werden fast ausschließlich durch den Bund und die Länder finanziert. Die Stiftungen von katholischer und evangelischer Kirche, der bürgerlichen Parteien, der Gewerkschaften und, als größte, die Studienstiftung des Deutschen Volkes erhalten ca. 90% ihrer Haushaltsmittel vom Bund und ca. 7% von den Ländern. Mit Ausnahme allgemeiner Vergaberichtlinien, die unter anderem die Höhe der Fördersätze festlegen, liegt die Verfügung über diese Mittel bei den Stiftungen. Sie bestimmen über Auswahlkriterien und Auswahl der Stipendiaten.

Für das Jahr 1984 weist der Bundeshaushalt einen Etat von 68 Mio. DM zur Finanzierung der Stiftungen aus. (3) Schon unter sozial-liberaler Regie-



Bildungsministerin Wilms bei der Verleihung des Heinz-Maier-Leibnitz-Preises zur Förderung „hochbegabten wissenschaftlichen Nachwuchses“.

rung war der Betrag stetig gestiegen. 1982 betrug er 61,4 Mio. DM und 1983 64 Mio. DM. Im Gegensatz zum BAFöG werden die Stipendien als Zuschuß gezahlt ohne Darlehensanteil. Wenn auch die Zahl der Studenten, die solche Stipendien erhalten, im Verhältnis gering ist, 1984 sind es 8000 Studenten oder knapp 1% der Studentenschaft, so sind doch die Ausgaben für diese Art Eliteförderung im Verhältnis zu den BAFöG-Zahlungen ständig erhöht worden. Im Vergleich: für 1982 wies der Bundeshaushalt 2,4 Mrd. DM für BAFöG-Zahlungen aus, 1983 waren es 2,1 Mrd. DM und 1984 1,5 Mrd. DM. (4)

Die Stipendien für Studenten werden familieneinkommenabhängig vergeben. Der Höchstbetrag liegt derzeit bei 720 DM im Monat. Weiter wird jedem Stipendiaten ein Büchergeld von 150 DM pro Monat gezahlt. Die Promotionsstipendien betragen einheitlich 800 DM im Monat. Weiter zahlen die Stiftungen Zuschüsse zu den laufenden Stipendien für Auslandssemester.

Von den Stipendiaten der Studienstiftung des Deutschen Volkes, die fast die Hälfte der Stipendien vergibt, erhielten 1982 26,2% ein Vollstipendium, 32,3% ein Teilstipendium und 41,4% nur das Büchergeld. (5, S.80)

Über das Auswahlverfahren und die Betreuung durch „Vertrauensdozenten“ unter den Hochschullehrern ist die ständige Kontrolle der Stipendiaten durch die Stiftungen gesichert. Die Studienstiftung verlangt für die Aufnahme neben einem „Gutachten über Art und Höhe der Begabung und über die Leistungen“ die „Erwähnung der wesentlichen Züge, die die Persönlichkeit des Bewerbers charakterisieren“. (5, S.232)

Die Parteienstiftungen verlangen als „wesentliche Voraussetzung für die Aufnahme in die Förderung ... die aktive Mitarbeit der Bewerber in politischen, sozialen und auch gemeinnützigen Einrichtungen“.

Während des Studiums wird von den Studenten die Teilnahme an Akademien, Ferienkursen usw. verlangt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet ihre Stipendianten z.B. zur Teilnahme an Seminaren über „Berlin- und Deutschlandpolitik“, „Das Eigentum als zentraler Begriff der Rechts- und Wirtschaftsordnung“, „Ist soziale Sicherheit noch finanzierbar?“ und ähnlichem. (6)

Besonderen Wert legen die Stiftungen darauf, daß ihre Stipendiaten ein oder zwei Semester im Ausland studieren. Schon früh sollen die Studenten für die internationale Konkurrenzfähigkeit präpariert werden.

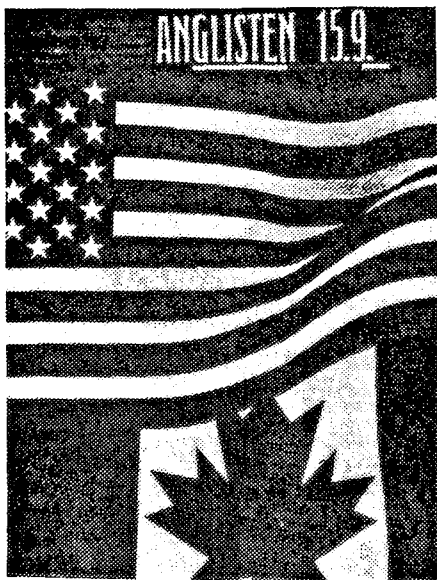
Weil die Stiftungen sich als probates Instrument erwiesen haben, gerade auch besitzlose Studenten nicht nur finanziell abhängig, sondern unter ständiger Kontrolle der Erfüllung des verlangten Studienzwecks zu halten, drehen sich die gegenwärtigen Überlegungen von Politikern und Professoren um den Ausbau des Stiftungs- und Stipendienwesens. Die F.D.P. hat durch ihr Vorstandsmitglied Rasch acht Grundsätze zur Begabten- und Elitenförderung veröffentlichen lassen. Darin wird verlangt, daß die „Hochbegabtenförderung unabhängig von sozialer Herkunft und sozialer Lage erfolgen

muß“. Die „Förderung ist im Wettbewerb innerhalb der Hochschulen wie auch der Hochschulen untereinander zu verbessern.“ (7) Dies entspricht den Zielvorstellungen des CDU-Wirtschaftsrats, der die Schaffung einer Marktverfassung im Hochschulbereich verlangt. „Die Fakultäten und Fachbereiche der Hochschulen sollen frei in der Entscheidung sein, ihre Studenten nach eigenen Kriterien auszuwählen“. (8) Und Genscher ergänzt: „für Hochbegabte aus sozial schwachen Familien sind von Staat und Wirtschaft Stipendien bereitzustellen“. (9)

Nach diesen Vorstellungen soll ein Mäzenatentum ins Kraut schießen, das es dem Staat und Kapitalisten ermöglicht, die spätere Arbeitskraft in direkter Einflußnahme schon während der Ausbildung nach ihren Interessen zu formen.

Diese Form der Elitenförderung soll ihre Wirkung aber auch gerade unter der Masse der Studenten entfalten. Vor allem durch Steigerung der Leistungsstandards und damit der allgemeinen Konkurrenz. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dazu, regelmäßig Preisaufgaben für untere und mittlere Semester auszuschreiben. „Dem befähigten Studenten wird dadurch die Chance eröffnet ... zu erfahren, was ihm häufig nicht genügend zuteil wird: öffentliche Anerkennung seiner Leistung.“ (2)

(1) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 2.3.1977; (2) Empfehlungen des Wissenschaftsrates 1981, Empfehlung zur Förderung besonders Befähigter, Mai 1981; (3) Information Bildung und Wissenschaft, 23.2.1984, S.27f.; (4) Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1984, Einzelplan 31; (5) Studienstiftung des Deutschen Volkes, Jahresbericht 1982; (6) Konrad-Adenauer-Stiftung, Jahresbericht 1979; (7) Freidemokratische Korrespondenz, 14.2.1984; (8) Handelsblatt, 16./17.3.1984, S.3; (9) Freidemokratische Korrespondenz, 27.1.1984.



Werbung für ein Auslandsstudium durch den Deutschen Akademischen Auslandsdienst

Studienreformkommissionen nicht hätten entwerfen können. Man kann es nämlich nicht entwerfen, weiß die Reaktion, man muß es schaffen. Deshalb glaubt die Kommission auch, auf die zentralen Studienreformkommissionen – Steckenpferd sozialdemokratischer Bildungsminister – verzichten zu können, die heutzutage der studiengestaltenden Tätigkeit der Hochschulen allenfalls hinderlich sein werden.

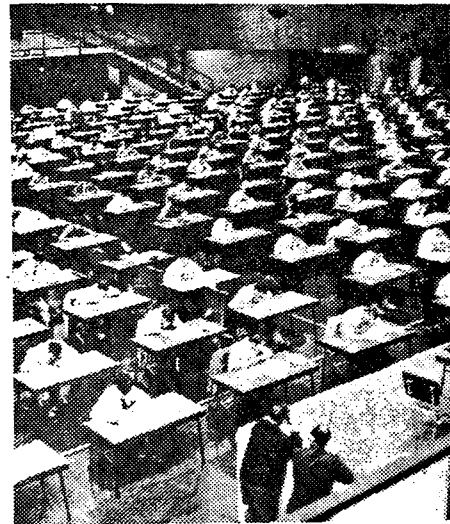
Aus dem Gesetz entfernt wird die Verpflichtung, *Gesamthochschulen* zu bilden. Gefragt sind „Hochschulen mit Profil“, nicht gefragt daher Hochschulen, in welchen differenzierende Leistung nicht hoch genug bewertet wird oder gar das Studium einer Wissenschaft ohne allgemeine Hochschulreife möglich ist. Man erinnere sich an die „Enthüllung“ der CDU im Sommer 1983, daß an NRW-Gesamthochschulen in manchen Fächern 80% der Studierenden mit der Note gut bis sehr gut abschließen. Es ist den Kapitalisten lästig, wenn sie sich über solche Dinge im einzelnen informieren lassen müssen. Das Problem findet seine allgemeine Erledigung, indem mit Sanktionen bedroht ist, wer nicht an profilierten Hochschulen, zu denen auch Privathochschulen gehören sollen, studiert oder durch Teilnahme an „Steilkursen“ seine Begabung für die Geschäfte der deutschen Wirtschaft unter Beweis gestellt hat.

Für Studenten, die die Regelstudienzeit überschreiten, erwägt die Kommission die Einführung von *Studiengebühren*, was im Freistaat Bayern vorübergehend Gesetz war, aber wieder zurückgezogen werden mußte. Hierauf hat sich das Ministerium anscheinend noch nicht festgelegt. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren steht damit noch zur Diskussion und ist von Niedersachsens Ernst Albrecht neuerlich auch als solche aufgeworfen worden. Dem RCDS ist damit zugleich sein oppositionelles Betätigungsfeld zugewiesen worden, da die Unterdrückung der ärmeren Studenten durch Darlehens- und Darlehensteilerlaßregelung bereits ausreichend gewährleistet erscheint.

Nicht Gegenstand der Gesetzesnovellierung, aber Gegenstand der um sie gruppierten Diskussion, ist eine Neuregelung der *Hochschulzulassung*. Wie bei der Zulassung der Medizinstudenten bereits teilweise eingeführt, wird erwogen, den Hochschulen oder einigen Hochschulen die Auswahl ihrer Studenten zu überlassen. Damit könnte die Unannehmlichkeit, daß der Ankauf von Studienplätze im Inland durch Reiche ein Kriminaldelikt darstellt, aus der Welt geschafft werden. Auch aus der Welt ist der Anspruch für Abiturienten auf eine weitgehend einheitlich organisierte und einheitlich bewertete Hochschulausbildung, ein

Umstand – werden die Novellierungsvorschläge Gesetz –, der durch die Zusage der „Beibehaltung der Öffnung der Hochschulen“ kaum noch zu verhüllen ist.

Die *Förderung der Forschung* ist ein zweiter Schwerpunkt der geplanten Novellierung. Die Durchsetzung von „Wettbewerbsprinzipien“ auf diesem Sektor ist keinesfalls im Sinne von wissenschaftlichem Wettstreit zu verstehen, sondern als Instrument zur Säuberung der Hochschulen von Leuten,



Der Prüfungsdruck soll durch obligatorische Zwischenprüfungen steigen.

die der Auffassung nachhängen, dort könnten Erkenntnisinteressen – gar noch aus eigenen Interessen motivierte und dem BRD-Kapital kritisch gegenüberstehende – zur Geltung gebracht werden. Etabliert wird – in der Form des Wettbewerbs um Geldmittel – der Grundsatz, daß in der Wissenschaft dann etwas geleistet werde, wenn sie einen Geldgeber findet. Forschung aus *Drittmitteln*, die von staatlichen Gesellschaften wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft, von der Bundeswehr oder direkt von großen Kapitalisten und deren Stiftungen aufgewandt werden, soll rechtlich mit der Forschung aus Mitteln der Landeshaushalte gleichgestellt werden. Etwaige Genehmigungsvorbehalte durch staatliche Stellen oder etwaige Kontrollen durch Universitätsgremien entfallen, indem ein Rechtsanspruch auf die Durchführung von Drittmittelforschung gestiftet wird. Moralische, politische oder wissenschaftliche Einwendungen gegen Forschungszwecke von Drittmittelgebern sind damit ebenso hinfällig, wie etwa die Rücksichtnahme auf das Erfordernis, die Ausbildungsverpflichtung der Hochschulen zu sichern. Kurzum: große Kapitalien, einzelne oder organisierte Bourgeois und der ihnen zugetane Professor erhalten einen Rechtsanspruch auf uneingeschränkte Benutzung der staatlichen Hochschuleinrichtungen. Süssfisant erklärt Pro-

„Sinkende Studierneigung ?“, kein Wunder nach Abschaffung des BAFöG

„Der Trend zum Hochschulstudium ist ungebrochen“ vermerkt der „Informationsdienst des Institutes der deutschen Wirtschaft“ (10/84). Bis zum Jahre 1986 wird eine weitere Steigerung der Zahl der Studienanfänger pro Jahr erwartet. 1982 kamen zu den über eine Million Studierenden etwa 200 000 Studienanfänger hinzu. 1986 sollen es nach Prognosen der Kultusministerkonferenz bereits ca. 260 000 sein. Als ein Ergebnis der Bildungsreform beenden 1983 28% eines Altersjahrgangs die schulische Ausbildung mit Abitur (21%) bzw. Fachabitur (7%), das nur zum Studium an Fachhochschulen berechtigt.

Der Anteil derjenigen, der nach dem Abitur auch ein Studium aufnimmt, sinkt dagegen sehr stark. Während nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes 1972 noch 90% der Abiturienten ein Studium aufnehmen wollten, sind es 1983 noch ganze 62%. In den bürgerlichen Statistiken wird diese Entwicklung vornehm als „sinkende Studierneigung“ bezeichnet. Ein Blick auf einige weitere Daten zeigt: es handelt sich bei dieser Erscheinung nicht etwa darum, daß Einzelne aus individueller „Neigung“ oder „Abneigung“ heraus von einem Studium Abstand nehmen. Vielmehr ist diese Tendenz sicherlich mit eine Auswirkung der Abschaffung des BAFöG. Der Vorgang der „nachlassenden Studierneigung“ ist eindeutig dort zu finden, wo kein Geld vorhanden ist.

Seit 1975 sinkt der Anteil derjenigen, die ihre Zugangsberechtigung zur Hochschule nicht durch ein gymnasiales Abitur erworben haben. 1976 waren 84% der Studienanfänger Absolventen eines Gymnasiums, 1982 sind es bereits 90%. Die klassi-

schen Möglichkeiten des „2. Bildungsweges“ zur Universität, nämlich Absolvierung eines Abendgymnasiums oder Kollegs bzw. Aufstockung der Fachhochschulreife auf die Hochschulreife durch Abschluß eines Fachhochschulstudiums, sind dagegen zunehmend weniger vertreten. Während 1976 noch 12% der Studienanfänger über diesen Weg an die Universität kamen, sind es 1982 nur noch 5%.

Gleichzeitig gibt es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Art der Zugangsberechtigung zur Hochschule. 95% der Studienanfänger aus Familien von Akademikern oder Selbstständigen haben gymnasiales Abitur. Bei Arbeiterfamilien sind es dagegen nur 76%, während die restlichen 24% die Zugangsberechtigung im wesentlichen über Einrichtungen des „2. Bildungsweges“ erwerben (vgl. untenstehende Tabelle, übernommen aus der 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, S. 43).

Weiterhin ist festzustellen, daß unter denjenigen, die nach dem Erwerb der Zugangsberechtigung zum Studium kein solches aufnehmen, der Anteil der Frauen überproportional ist. Laut „Handelsblatt“ vom 7. März 1984 hatten von den Abiturienten des Jahrgangs 1982 zwei Jahre nach dem Schulabgang 23% „eine Berufsausbildung“ gewählt (damit ist gemeint, sie haben kein Studium aufgenommen, das nach Meinung des „Handelsblattes“ offensichtlich *keine* Berufsausbildung ist). Von diesen Abiturienten war der Anteil mit 31% bei den Frauen fast doppelt so hoch wie bei den Männern mit 17%.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 7.3.84; 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

Erwerb der Hochschulreife von Studenten wissenschaftlicher Hochschulen nach sozialer Herkunftsgruppe (in %)

Art der Hochschulreife	Herkunftsgruppe					
	un- u. angelernte Arbeiter	Facharbeiter	ausführen- de Angestellte und Beamte	qual. Arbeiter und kleine Selbstständige	Uni und hoher Abschluß Uni	hohe Akademiker und große Selbstständ.
Gymnasium und ähnliches	76	80	86	89	93	95
Abendgymn.	7	7	5	4	2	1
Fachobersch.	4	5	2	2	1	—
höhere Handelsschule	3	2	1	1	1	—
andere	10	7	6	5	4	3
insgesamt %	100	100	100	100	100	100
absolut	984	1 250	1 695	6 277	4 984	3 636

aus: 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

fessor Knopp, die Drittmittelforschung ermögliche „heute mehr denn je die materielle Absicherung der verfassungsrechtlich garantierten freien Forschung“.

Unisono fordern der CDU-Wirtschaftsrat, Genscher und die CSU in diesem Zusammenhang auch eine Novellierung des *Stiftungssteuerrechts*, das den Kapitalisten den Einsatz von Mitteln für Forschungszwecke lukrativer gestaltet, der Gründung von privaten Forschungshochschulen, die im übrigen auch öffentliche Gelder beanspruchen werden, und Stiftungslehrstühlen – Professor Müller samt seinen Assistenten gehören Siemens – erst richtig Auftrieb geben wird und die Einrichtung organisierten Mäzenatentums gegenüber armen, aber strebsamen und „begabten“ Studenten wirtschaftlich macht. War es bei dem ersten „bildungspolitischen Akzent“ der damals neuen Regierung aus Unionsparteien und FDP auf Kosten der 300 000 ärmsten Studenten „dem Arbeiter“ noch unzumutbar „mit seiner Steuer die höheren Einkommen der Akademiker zu finanzieren“ – was bekanntlich nicht zu einer Steuersenkung, sondern zu einer Zinssenkung mit ganz anderen Nutznießern als Arbeitern beitrug –, so scheint im Hinblick auf die „Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen und der Wirtschaft“ jede Zumutung denkbar.

Einig sind sich Professoren, Regierung und Wirtschaft darüber, daß wissenschaftliche Forschung und Lehre von hoher Qualität am besten verbürgt ist durch absolute Rücksichtslosigkeit gegenüber den Interessen derjenigen, die mit der dabei anfallenden Arbeit als Lohnabhängige befaßt sind. In diesem Sinn hat man auch den *wissenschaftlichen Nachwuchs* in sein Herz geschlossen. Wichtigster Punkt: alle Schranken für *Zeitverträge* von Forschungspersonal müssen fallen. Soweit sich die ÖTV auf tarifvertraglichem Wege hierzu nicht breitschlagen läßt, ist eine gesetzliche Regelung in Aussicht gestellt. Die „*wissenschaftliche Hilfskraft*“, die ein Akademiker mit abgeschlossenem Hochschulstudium darstelle, soll ausdrücklich im Gesetz verankert werden: von wegen „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ und ähnlicher Flausen! X-%-Stellen, wobei X für 20, 50, 70 und in seltenen Fällen auch für 100 stehen mag, sind ja an den Hochschulen längst der Regelfall. „Normale“ Beschäftigungsverhältnisse haben ganz zu verschwinden. Der angestrebte „Personalaustausch zwischen Hochschule und Wirtschaft“ (BDI) läßt sich in unsicheren Arbeitsverhältnissen am besten entfalten.

Wichtigste Vorhaben zur Änderung der *Personalstruktur* der länger an der Hochschule Beschäftigten ist die Streichung des im HRG vorgesehenen

Hochschulassistenten, d.h. eines promovierten Wissenschaftlers, der sich selbstständig auf die Habilitation vorbereitet. An seiner Stelle ist ein „wissenschaftlicher Assistent“ neuer Art vorgesehen. Statt „neuer Art“ hätte man ihn auch „alter Art“ taufen können. Es geht nämlich darum, daß dieser Beschäftigungsgruppe schon durch ihre Stellung klargemacht wird, daß ihr Platz die Rockschröbe des beaufsichtigenden Professors sind, von dem sie zu jedem Dienst verpflichten werden können. Der wissenschaftliche Nachwuchs wird also zuallererst und vor allem dadurch gefördert, daß man ihm seinen Brotkorb höher hängt und ihm seine Abhängigkeit vom Wohlwollen seiner Geldgeber und Professoren vor Augen führt. Bayern hatte 1981 ganze neun Hochschulassistenten, was Kultusminister Maier befriedigt feststellen läßt, die Novellierungsvorschläge entstammten „weitgehend der Personalstruktur des Bayerischen Hochschullehrergesetzes“.

Von der Kommission beschworen, von der SPD begrüßt, wird die „Beibehaltung der Gruppenuniversität“, d.h. der „Mitwirkung von Studenten, wissenschaftlichen sowie nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern an der Selbstverwaltung der Hochschule“. Bei näheren Hinschen bleibt freilich wenig davon übrig. Die Kommission räumt entschieden mit der Vorstellung auf, die Mitbestimmungsgremien seien etwa zum Geltendmachen von Gruppeninteressen eingerichtet worden. Gegen solche Irrtümer hilft die Macht des Faktischen: die Professorenmehrheit wird überall ausgebaut, das für die Wahl des Rektors oder Präsidenten zuständige Gremium erhält die absolute Professorenmehrheit verschrieben und an den Instituten, wo die maßgeblichen (Vor-)Entscheidungen fallen, sind die Professoren unter sich. Es regiert der Fachverstand, Korpsgeist ist gefragt. Was die Organisationsstruktur angeht, gebietet diesmal das Ordnungsprinzip Differenzierung, daß allen Bundesländern die baden-württembergische Hochschulstruktur vorzuschreiben sei.

Allein zur einheitlichen Beseitigung der *Verfaßten Studentenschaft* konnte sich die Kommission noch nicht durchringen. Hierzu bedürfte es noch etwas Zeit. Da es aber klar ist, daß die Sympathien der Kommission bei den Zuständen in Bayern und Baden-Württemberg liegen, werden die Reste der Verfaßten Studentenschaft spätestens bei der Anpassungsgesetzgebung der Länder jeweils neu zur Disposition gestellt werden.

Quellenhinweis: Bericht der Expertenkommission zur Untersuchung der Auswirkungen des HRG; Informationen Bildung und Wissenschaft, 23.2.84; Deutsche Universitätszeitung 3/1984; Pressedienste von SPD und FDP; Handelsblatt, 16.3.84; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.8.83, 21.1., 22.2., 29.2.84; Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen und Protokolle – (mas, chf, rül, tob)

Bundesregierung wünscht für Burschenschaften „bedeutende Rolle im Leben unseres Volkes“

Seit Sommer letzten Jahres gibt die Bundesregierung einen „Spiegel der Korporationspresse“ heraus. Darin kommen seitdem auf ca. 20 Seiten regelmäßig Autoren aus Burschenschaften, schlagenden Verbindungen, Corps usw. mit ihren Artikeln zu Wort. Die Publikation bezweckt, diesen reaktionären, großdeutsch-chauvinistischen und zum Teil offen faschistischen Positionen größere Verbreitung zu verschaffen. Der „Spiegel ...“ wird, so Regierungssprecher Boenisch am 7.3.84 im Bundestag, jedem „Bürger“ auf Wunsch kostenlos zugesendet.

Welche Anschauungen propagiert dieser „Spiegel ...“? Zum Beispiel die Grundsätze des (katholischen) „Cartellverbandes“ über Mitgliedererwerbung: „Der CV wäre nicht mehr der CV, wenn er ... seine lichter gewordenen Reihen mit Anders- oder Ungläubigen, mit Frauen oder Ausländern auffüllen würde – vielleicht sogar mit protestantischen Negermädchen.“ Ebenfalls in der ersten Ausgabe des „Spiegel ...“ propagiert ein Vertreter der „Deutschen Gildenschaft“ die Rückgewinnung allen verlorenen „deutschen Lebensraumes“ als Kriegsziel: „Für einen deutschen Patrioten ist das politische Ziel die geistige und materielle Überwindung der Folgen des letzten Krieges ... Wiedervereinigung in den Grenzen des deutschen Lebensraumes vor allen gewaltsamen Vertreibungen ...“

Der gleiche Autor befürchtet in der zweiten Ausgabe des „Spiegel ...“, die Hochschulen könnten sich zu einem „Stauraum für Arbeitslose“ entwickeln, und fährt dann fort, dafür sei „seinerzeit ... der Arbeits-

dienst ... sicher besser geeignet“ gewesen.

Zusätzlich zu dieser publizistischen Förderung versuchen Regierungsvertreter, die Burschenschaften, Verbindungen usw. zu einem stärkeren Auftreten an den Hochschulen zu gewinnen. Bundestagsvizepräsident Stücklen etwa bescheinigte 1983 dem „Burschentag“, daß „dem deutschen Korporationsstudententum eine bedeutende Rolle im Leben unseres Volkes aufgegeben ist.“ Bildungsministerin Wilms tritt ebenso auf Tagungen von Korporationen auf wie ihr Staatssekretär Pfeiffer, die Kultusminister von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern. Der niedersächsische stellvertretende Ministerpräsident Hasselmann forderte Ende 1983 die Verbindungen auf, „mit mutigem, offenen Bekenntnis“ wieder in vollem Wuchs an die Öffentlichkeit zu treten.

Von 1945 bis 1950 waren alle Burschenschaften, Corps usw. wegen ihres Eintretens für die Faschisten verboten. Die neuerliche Mobilisierung dieser Verbände durch Vertreter der Bundes- und Länderregierungen verfolgt den Zweck, an den Hochschulen neuerlich eine Truppe aufzubauen, die jedem Verbrechen gegen die arbeitenden Klassen ihre „wissenschaftliche“ Rechtfertigung gibt, die die Kriegszüge des BRD-Imperialismus und deren Vorbereitung bedingungslos unterstützt und die den Widerstand an den Hochschulen gegen die Politik der BRD-Imperialisten unterdrücken helfen.

Quellenhinweis: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Spiegel der Korporationspresse, Nr. 1/83 und 1/84



Burschenschaften im „vaterländischen Einsatz“. Links: Langemark-Feier der Berliner Burschenschaften 1930. Rechts: Verabschiedung vom Dozenten 1933

Für Streikrecht und 135 DM Festbetrag

In Fürth demonstrierten am 24.3. 250 Zivilbeschäftigte der US-Armee für Streikrecht und ihre Tarifforderung. Die ÖTV fordert für die insgesamt 62720 Beschäftigten einen Festbetrag von 135 DM und die 35-Stunden-Woche. Die US-Armee hatte durch eine Notdienstverpflichtung das Streikrecht beseitigt und Ende 1983 fast alle Bestimmungen des Manteltarifvertrags gekündigt. Die ÖTV befürchtet, daß Teile der Beschäftigten zukünftig als „quasimilitärische Bedienstete“ behandelt werden sollen. Die Bundesregierung hatte in einem Abkommen dafür die Grundlage gelegt.

Schiffsbesatzungen gesetzlich gekürzt

Hamburg. Im März hat der Bundesrat der neuen Schiffsbesatzungsverordnung (SBV) zugestimmt. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften, Reederkapitalisten und Regierung konnten die Kapitalisten ihre Vorstellungen durchsetzen. Die Schiffsbesatzungen werden reduziert, um die Wettbe-

Oberaula/Hessen. Unter Polizeischutz tagten in der Gemeindehalle über 450 Mitglieder der ehemaligen SS-Totenkopf-Division (KZ-Wachen und Mordtruppen hinter der Front). DGB, JUSOS, JUDOS, GRÜNE, DKP u.a. hatten zu einer Demonstration (Bild) aufgerufen. 5000 forderten u.a. Auflösung der faschistischen Traditionsverbände. Empört zeigten sich die SSler der Presse gegenüber: Sie seien niemals Faschisten gewesen, ihr 2. Vorsitzender sei sogar Besitzer der Goldenen Medaille der Stadt Mühlheim „für besondere Verdienste“.

werbsfähigkeit der deutschen Reeder zu erhalten. War im Gesetzentwurf ein paritätisch besetzter Ausschuß vorgesehen, der bei Streitfragen über die Besetzung des Schiffes entscheidet, so hat dieser Ausschuß jetzt nur noch beratende Funktion. Die ÖTV hat vorgeschlagen, die Schiffe mit Mannschaftsdienstgraden nach der UVV-Bemannung und mit nautischen und technischen Offizieren nach der Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung zu besetzen. Die beschlossene Gesetzesvorlage lehnt die ÖTV ab.



Stadtrat: Klage gegen ÖTV zurücknehmen

Bielefeld. Auf Antrag der Bunten Liste beschloß der Stadtrat am 29.3. mit 32 Stimmen von Bunten und SPD gegen 28 Stimmen von CDU und FDP eine Initiative der Stadt Bielefeld zur Rücknahme der Klage der kommunalen Arbeitgeberverbände gegen die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Ebenso beschloß der Rat, die Arbeitskämpfrichtlinien von 1983 nicht anzuwenden. H. Boldt (Bunte Liste) erklärte u.a. daß die öffentlichen Dienstherrn mit der Klage beim Arbeitsgericht Stuttgart erreichen wollten, daß Warnstreiks generell für rechtswidrig erklärt würden. Warnstreiks zur Unterstützung von Tarifverhandlungen seien nach einhelliger Rechtsauffassung zulässig. Die Dienstherrn unternahmen den Versuch, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer und damit die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften einzuschränken.

Urteil im Schwarzwaldhofprozeß

Freiburg. Am 13. Verhandlungstag fällte das Schöffengericht Freiburg sein Urteil im Schwarzwaldhofprozeß: Zwei der Angeklagten wurden wegen Parolensprühens aus einer Demonstration am 17.10. 1980 heraus, die u.a. den Erhalt des damals besetzten Schwarzwaldhofs forderte, zu je sechs Monaten auf Bewährung und 500 Mark Geldbuße verurteilt, im Übrigen aber von dem wesentlich schwerwiegenderen Vorwurf der Anstiftung und Beteiligung an der „Scherbenacht“ am 5.3. 1981 freige-

sprochen. Der dritte Angeklagte wurde in vollem Umfang freigesprochen. Eingestiegen war die Landesregierung am 5.3. 1981 mit der Räumung des Schwarzwaldhofs, der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen krimineller Vereinigung und Haftbefehlen gegen die Angeklagten. Nach Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen krimineller Vereinigung wurde Anklage wegen mehrfachen schweren Landfriedensbruchs erhoben, und der Staatsanwalt forderte in seinem Plädoyer für die beiden Verurteilten je 1 ½ Jahre ohne Bewährung. Ein übles Gesinnungsurteil ist der Spruch gleichwohl: Er stützt sich auf die Aussagen eines Verfassungsschutzspitzels und wurde hinsichtlich der Höhe mit der rechtsfeindlichen Haltung begründet.

Veranstaltung für zwei politische Gefangene

München. Am 17.3.84 fand zum Thema „Nötigung und Gewalt“ eine Benefiz-Veranstaltung für Hans Sautmann und Cornelia Koepsell statt. Sie sind wegen Beteiligung an einem studentischen Streik in bayerischen Gefängnissen inhaftiert. Verschiedene Laiengruppen aus München zeigten Kabarett, Satire und spielten Rock-Musik. Die Veranstaltung hatte rund 100 Teilnehmer, fast alle unterstützten mit ihrer Unterschrift die für die beiden gestellten Gnadengesuche. Knapp 600 DM wurden auf ihr Rechtshilfekonto überwiesen. – Der Ortsvorstand und Frauenarbeitskreis der IG Druck sowie die Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der HBV setzten sich für die Entlassung der beiden ein.



Mit einem landesweiten Generalstreik protestierten am 3.4. mehrere hunderttausend belgische Lohnabhängige gegen die „Haushaltssanierungspläne“ der Regierung Martens. Diese Pläne sehen u.a. vor: 6% neuerliche Lohnsenkung bis 1986 durch gesetzliche Begrenzung der in Tarifverträgen festgelegten Inflationsanpassung der Löhne, 6% Senkung der Renten, des Arbeitslosen- und Krankengeldes. Senkung der Arbeitslosenhilfe nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit von bisher umgerechnet 756 DM für zwei Personen auf künftig 525 DM im Monat, gewaltsame Abschiebung aller ausländischen Lohnabhängigen, wenn diese drei Jahre arbeitslos sind, Erhöhung der „Eigenbeteiligung“ bei längeren Krankenhausaufenthalten von bisher umgerechnet 9 DM am Tag auf bis zu 42 DM. Der Gewerkschaftsbund ABVV hatte zu dem Generalstreik aufgerufen. In fast allen größeren Städten fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt. Auch zahlreiche Mitglieder des (christlichen) Gewerkschaftsbundes ACV, der zu dem Streik nicht aufgerufen hatte, beteiligten sich an den Aktionen.

Drucktarifrunde in Hamburg

Kleinbetriebe brauchen mehr Unterstützung von der IG Druck

Hamburg. In Hamburg und Randgebieten gibt es über 400 Betriebe der grafischen Industrie. Davon sind vom Hamburger Statistischen Landesamt im November 1983 nur 72 als Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten aufgeführt. In ihnen waren 5615 Beschäftigte, davon 4070 Arbeiter, tätig. Die Tatsache, daß noch drei Jahre zuvor 82 Betriebe mit über 20 Beschäftigten gezählt wurden, in denen 6716 Beschäftigte (5005 Arbeiter) nur knapp 2% mehr Umsatz erarbeiteten als 1983, zeigt, welch ungeheurer Rationalisierungsschub in diesem Zeitraum stattgefunden hat. Neben Schließungen größerer Druckereien, wie der „Hanseatischen Druckanstalt“ (110 Entlassungen), wurde in fast allen Betrieben die Belegschaft kräftig reduziert. Die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit pro Arbeiter stieg, Urlaub, Krankheit und Teilzeitbeschäftigung eingerechnet, von 137,7 Std. im Nov. 1980 auf 150,9 Std. im Nov. 1983 (plus 9,6%), der Umsatz pro Arbeiterstunde stieg im gleichen Zeitraum von 96,96 DM auf 106,76 DM (plus 10%).

Mit der systematisch geschürten Angst um den Arbeitsplatz ist es den Kapitalisten vor allem in den Klein- und Mittelbetrieben gelungen, in der „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit Fortschritte zu machen, und den Anstieg der Effektivlöhne, die in den 70er Jahren den Tariflöhnen vor allem im Facharbeiterbereich um bis zu 50% vorausgeeilt waren, zu bremsen und teilweise sogar umzukehren. Der geringere gewerkschaftliche Organisationsgrad und das vielfache Fehlen von Be-

triebsräten bzw. Obleuten in den Kleinbetrieben ermöglichen es, diese Betriebe zum Stoßtrupp beim Einreißen der Tarifschränken zu machen, die der Bundesverband Druck in seinen Vorstellungen zum Manteltarif jetzt programmatisch ins Visier genommen hat.

Bisher haben Aktionen und Warnstreiks nur in den Großbetrieben „Bauer“, „Springer“, „Gruner & Jahr“, „Broschek“ sowie einigen Mittelbetrieben wie „Bergedorfer Zeitung“ und „Utesch-Satz“ stattgefunden (vgl. Nachrichtendienst Druck des BWK, Nr. 14/84). Die große Zahl der Klein- und Mittelbetriebe droht zu einer offenen Flanke im Tarifkampf zu werden. Bei „Bauer Druck“ sind bis zur geplanten Inbetriebnahme eines rechnergesteuerten Satz- und Umbruchsystems größere Teile dieser Arbeiten an kleinere und mittlere Betriebe wie „Arnholdt“, „Weissenberger“ und „Utesch“ vergeben. Diese Firmen sind in hohem Ausmaß von diesen Aufträgen abhängig. Während bei „Bauer“ der Kampf gegen die Überstunden mit einigem Erfolg geführt wird, gelingt es den kleinen Kapitalisten vielfach, unter Hinweis auf diese Abhängigkeit die Belegschaften ideologisch zu fesseln und zu enormer Verausgabung ihrer Arbeitskraft zu zwingen. Die Gewerkschaft täte gut daran, gerade in solchen Betrieben Aufklärung darüber zu leisten, daß jede Überstunde es z.B. „Bauer“ ermöglicht, sein neues System schneller einzuführen und damit den Verlust der Arbeitsplätze in diesen Firmen zu beschleunigen.

gen, wie überhaupt jeder Fortschritt bei der Intensivierung der Arbeit und der Verlängerung des Arbeitstages den finanziellen Spielraum der Kapitalisten für Rationalisierungen und damit für Freisetzung von Arbeitskräften vergrößert.

Wo in Betrieben die Demagogie der Kapitalisten systematisch angegriffen wird, können Erfolge erzielt werden. Bei „Rollenoffset Nord“ in Ellerbek haben Belegschaft und Betriebsrat seit einiger Zeit erfolgreich Widerstand gegen die Verschlechterung der Maschinenbesetzung geleistet, obwohl der Inhaber ständig mit der Betriebsschließung droht, weil angeblich die Rotation nicht mehr kostendeckend arbeite. Dies hinderte ihn jedoch nicht, im vergangenen Jahr seine Teilhaber mit hohen Beträgen auszuzahlen. Anfang des Jahres kündigte er an, eine weitere Maschine aufzustellen unter der Bedingung, daß die Arbeiter Unterbesetzung vor allem im Hilfskräftebereich zustimmen würden. Dies wurde ebenfalls abgelehnt, und nun versucht er, die Beschäftigten der ebenfalls ihm gehörenden Bogenoffsetdruckerei „Nord-Offset“ gegen die Rotationsdrucker auszuspielen. Der Aufruf der IG Druck zur Verweigerung der Überstunden wird an der Rolle seither weitestgehend befolgt. Die Beschäftigten sind bereit, im Falle des Scheiterns der Schlichtung in der ersten Aprilwoche weitergehende Aktionen durchzuführen. – (ulj)

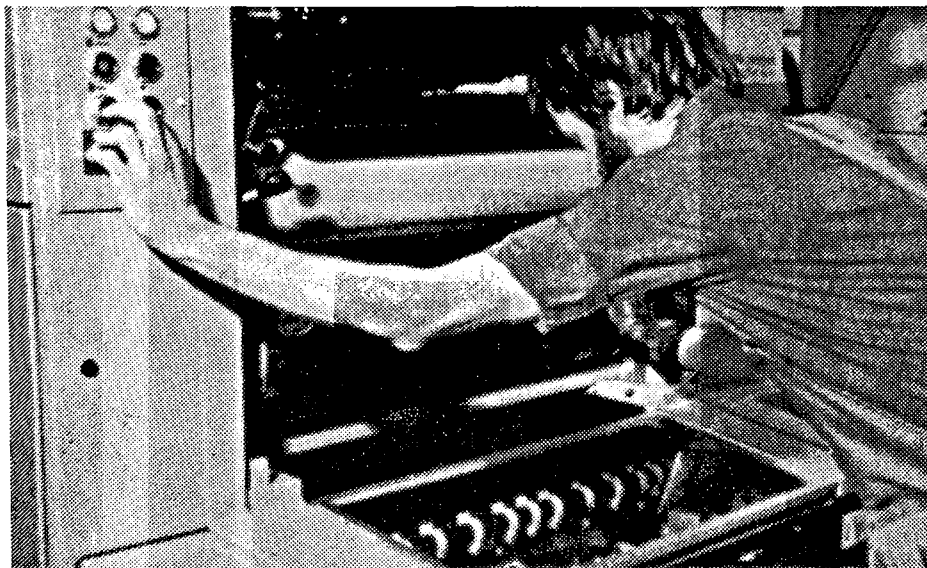
Lehrer

„Flexibler Unterrichtseinsatz“

Hannover. Zum 1.8. 1984 tritt in Niedersachsen eine neue Arbeitszeitverordnung für Lehrer in Kraft. Der Entwurf dazu wurde von der Landesregierung bereits vor einem Jahr vorgelegt, und seitdem haben sowohl die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) als auch zahlreiche Lehrerkonferenzen gegen diese Verordnung Stellung genommen.

Die neue Regelung ermöglicht es dem Dienstherrn, unter dem Motto „Flexibler Unterrichtseinsatz“ aus den Lehrern mehr Arbeitsstunden herauszuholen und sich gleichzeitig der lästigen Mitbestimmungsrechte des Personalsrates bei der Genehmigung von Mehrarbeit etc. zu entledigen. Daß Kultusminister Oschatz diese Verordnung gerade jetzt durchsetzt, da die GEW sich der Forderung nach der 35-Stunden-Woche angeschlossen hat, ist eine Provokation der Lehrer und ein Angriff auf die gesamte Bewegung für die Arbeitszeitverkürzung.

Die neue ArbZVO legt fest, daß der tatsächliche Unterricht eines Lehrers



Arbeit an Druckmaschinen: schwer und durch ständigen Umgang mit Farben und Lösungsmitteln gesundheitsschädlich

die Regelstundenzahl in der Woche bis zu vier Stunden nicht über- bzw. unterschreiten darf. So entstandene Mehr- oder Minderstunden werden in das kommende Schuljahr übernommen. Sie sollen 40 Std. nicht überschreiten. Gleichzeitig werden die Schulen (Rektoren) verpflichtet, genau über die erteilten Unterrichtsstunden jedes Lehrers Buch zu führen. Stunden, die aus anderen als Krankheitsgründen nicht erteilt werden, schlagen als Minusstunden zu Buche, und der Lehrer muß sie nacharbeiten. Beispiel: Ein Hauptschullehrer X, 28 Std. Regelunterricht wird verpflichtet, zehn Wochen lang 32 Std. zu erteilen (z.B. Schwangerschaftsvertretung).

Er leistet 40 Std. Mehrarbeit. Er unterrichtet mit acht Std. in einer 9. Klasse, die im selben Schulhalbjahr eine Klassenfahrt macht. Lehrer X erhält so

acht Minusstunden; im nächsten Halbjahr gehen die Schüler vier Wochen ins Praktikum, Lehrer X erhält $32 + 8 = 40$ Minusstunden. Seine Mehrarbeit ist so auf dem Papier ausgeglichen, obwohl er faktisch nicht eine Stunde Entlastung hatte, denn „Freistunden“ werden von den Lehrern für notwendige Arbeiten in der Schule genutzt. Der Personalrat ist bei dem Verfahren ausgeschaltet, da es rechtlich keine Mehrarbeit ist; ein Einspruchsrecht des Betroffenen gibt es nicht.

Einen besonderen Angriff ermöglicht diese Regelung auf die Teilzeitkräfte. Ihr Stundenplan läßt viel Raum für Vertretungsunterricht, verbunden mit zusätzlichen Korrekturen, Konferenzen etc. Die GEW fordert die Rücknahme der Verordnung, die Personalversammlung der Braunschweiger Lehrer hat sie ebenfalls abgelehnt. — (usm)

darf, der kleine Bauer aber bei seiner kleinen Menge bleiben soll. Entsprechend wird sich das auf den Gewinn auswirken. Im Wirtschaftsjahr 1979/80 hatten die schleswig-holsteinischen Betriebe mit bis zu 20 Kühen einen durchschnittlichen Gewinn von 16290 DM, bis 40 Kühe 36670 DM und über 50 Kühe 63000 DM. Die meisten Milchbetriebe können aufgrund der natürlichen Gegebenheiten nicht auf andere Produktionszweige umsteigen, d.h. sie müssen ihren Lebensunterhalt mit der Milchviehhaltung verdienen. Was dann die Festschreibung auf die Milchankieferungsmenge von 1980/81 für die kleinen Betriebe bedeutet, kann man leicht an den Durchschnittsgewinnen ablesen. Für viele bedeutet es den sicheren Ruin. Denn aus dem Gewinn müssen neben dem Lebensunterhalt, der vielleicht sogar noch Unterhalt des Altenteils bedeutet, auch die Tilgung der Kredite und Neuinvestitionen bezahlt werden.

Wenn ein Betrieb Milch bei der Meierei abliefern, die über sein Kontingent hinausgeht, bekommt er dafür nur noch etwa ein Drittel des normalen Milchpreises. Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein hat einmal ausgerechnet, was passiert, wenn ein Betrieb seine Milchmenge trotz Kontingentierung steigert. Der Beispielbetrieb hat 37 Kühe, sein Gewinn liegt 1982 bei etwa 30000 DM im Jahr, wenn er seine Produktion gegenüber 1981 nicht steigert. Steigert er seine Milchankieferung bei der Meierei um 3%, müßte er durch den schlechteren Preis mit einer Gewinnverminderung um 700 DM rechnen; bei einer Steigerung bis etwa 10% macht die Gewinnverminderung bereits 5000 DM aus und bei einer Steigerung seiner Milchankieferung um 20% 10000 DM. Ei-

Landjugend

Aktionen gegen die EG-Beschlüsse – Nichts gegen die Quotenregelung?

Kiel. Am 16./17. März führte die Landjugend bundesweit Aktionstage gegen die Vorschläge der EG-Kommission zur Neuordnung des Agrarmarktes durch. Die schleswig-holsteinische Landjugend beteiligte sich mit einer Demonstration in der Kieler Innenstadt, wo auch eine Kundgebung abgehalten und in der Fußgängerzone Flugblätter verteilt und Informationsgespräche geführt wurden.

Die Forderungen auf dem Flugblatt lauteten: Preisverbesserungen, die mindestens die Inflationsrate ausgleichen! Kein Abbau des Währungsausgleichs! Weg mit allen Bestimmungen, die uns einem verstärktem Preisdruck aussetzen! Die meisten der mitgeführten Transparente richteten sich ebenfalls gegen die beabsichtigten Preissenkungen; ein großer Teil hatte aber auch die Lage der Jugendlichen auf dem Land zum Thema, die sich bei zunehmendem Bauernlegen nur noch weiter verschlechtert.

Die Arbeitslosigkeit unter den schleswig-holsteinischen Landjugendlichen beträgt in einigen Gebieten schon jetzt über 20%, und mit dem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion wird auch das Angebot an Lehrstellen zurückgehen, so war es auf Stellatafeln zu lesen.

Die Aussagen zum Bereich des Agrarmarktes waren so gut wie identisch mit denen des Bauernverbands. Damit demonstriert man zwar Einigkeit, aber besser werden die Forderungen dadurch nicht. Der Bauernverband unterstützt z.B. die Einführung der Mengenkontingentierung im Bereich

der Milch. Und auch auf der Landjugenddemonstration richtete sich kein einziges Transparent dagegen. Dabei ist das neben den beabsichtigten Preissenkungen eine der einschneidendsten Maßnahmen gerade für kleine und mittlere Familienbetriebe. Milchkontingentierung oder auch Quotensystem auf Basis 1981 plus ein Prozent – das bedeutet, daß der Bauer in Zukunft nur noch die Menge zum vollen Preis bezahlt kriegt, die er 1981 abgeliefert hat, plus ein Prozent.

Damit wird für die nächste Zukunft festgeschrieben, daß der Große auch weiterhin seine große Menge abliefern



Aktion der Landjugend in Kiel am 16.3.84

ne Steigerung der Milchproduktion trotz Einführung des Quotensystems ist also völlig unsinnig. Den Betrieben, deren Produktionsumfang ein gesichertes Einkommen zuläßt, kann die Quotenregelung nicht viel anhaben. Selbst die, die nach 1981 noch einen neuen Stall gebaut haben, können mit ihrer zu erwartenden Produktionssteigerung auf Sonderregelungen rechnen. Aber bei wem die Kuhzahl und Milchleistung heute für einen ausreichenden Lebensunterhalt nicht ausreicht, für den sieht es bei Einführung des Quotensystems in Zukunft schlecht aus.

Die Einführung des Quotensystems bedeutet, den Milchmarkt auf den Schultern der kleinen Bauern zu regeln. Ein wichtiger Grund, der zur gegenwärtigen Überproduktion geführt hat, nämlich der ungehemmte Import von billigem Kraftfutter, bleibt dagegen vom Bauernverband unerwähnt. Aber dazu ist die Verfilzung zwischen Bauernverband und Futtermittelindustrie, die damit Riesenprofite macht, wohl schon zu weit fortgeschritten. – (hcl)

Kommunalwahl Augsburg CSU-Spaltung war kalkuliert

Augsburg. Nach der Kommunalwahl vom 18. März kann man mit Sicherheit sagen, daß die vor zwei Jahren erfolgte Spaltung der Augsburger CSU mit der bewußten Absicht seitens der CSU-Zentrale aufrechterhalten wurde, in den Wahlen auszutesten, ob die Wähler der CSU auch dann folgen, wenn sie sich von ihrem Honoratiorenflügel trennt und sich in Richtung eines antizözialistischen Kampfbundes bewegt.

Die CSU hatte unter Führung ihres Ortsvorsitzenden Knipfer in Augsburg den Kooperationsvertrag mit der SPD im Rathaus gekündigt und einen forschenden Oppositionskurs eingeschlagen. Die CSU-Mitgliedschaft wuchs, während sich die gesamte Lokalpresse gegen den als Scharfmacher bezeichneten Knipfer engagierte. Bis auf einen folgte keiner der CSU-Funktionsträger im Augsburger Rathaus dem Knipferkurs, sie gründeten die Christlich Soziale Mitte (CSM), wobei sie sich weiterhin auf das Grundsatzprogramm der CSU beriefen. Der Münchner Parteivorstand unterstützte Knipfer, der auch Landtagsabgeordneter ist; die CSM-ler wurden aus der CSU ausgeschlossen. In den Wahlen sollte erstens das Honoratiorenlager zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden und zweitens der SPD die Regierungsgewalt abgenommen werden.

Als OB-Kandidat der CSU trat Höpfinger auf, ein früherer Diözesansekretär und jetziger Bundestagsabgeordneter,

der noch letzten März die absolute Mehrheit holte. Das Wahlergebnis war dann deutlich anders als von der CSU erwartet. Die SPD blieb mit 44,9%, geringfügig verbessert, stärkste Fraktion und verteidigte den OB-Stuhl. Die CSU fiel von 46,8% auf 32,9%, während die CSM 15% holte. Knipfer, der dafür geworben hatte, ihm drei Stimmen zu geben, fiel auf Platz 7 der CSU-Liste zurück und hatte weniger Stimmen als der CSM-Listenführer. Ein CSU-ler hatte in Anzeigen aufgefördert, Knipfer von der Liste zu streichen.

Höpfinger ging nach verllorener OB-Wahl nach Bonn und wurde innerhalb von 10 Tagen Staatssekretär bei Blüm, was zeigt, daß bei ihm nicht ernsthaft mit Sieg gerechnet worden war. Anders sah es mit den Knipferleuten aus. Über den sofort anberaumten Gesprächstermin bei Strauß wurde nichts verlautbart. Der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann, CSU-Bezirksvorsitzender in Bayerisch-Schwaben, regte die Auflösung des Augsburger Ortsverbands an, wenn die Schwierigkeiten nicht aufhörten, die auch in den schwäbischen Bezirk hineinstrahlten. Knipfer weigerte sich, auf sein Stadtratsmandat zu verzichten, hielt sich aber im übrigen bedeckt. Überlegungen in der CSU, durch nachträglichen Zusammenschluß mit der CSM stärkste Stadtratsfraktion zu werden, scheiterten an dem Interesse der CSM, ihre von der SPD überlassenen Posten zu behalten.

Man kann demnach mit Wahrscheinlichkeit sagen, daß das Augsburger Modell der CSU-Spaltung hin zu einer antizözialistischen Kampfpartei in dieser Form nicht weiter verfolgt wird. Andernorts läuft das Testmodell „Republikaner“. – (mfr)

Kommunales Grün-Alternative Liste Essen ohne DKP

Essen. Am 10. März fand in Essen die Gründungsversammlung der Grün-Alternativen Liste (GAL) für die Kommunalwahl im Herbst statt. Auf erneuten Antrag der „Gruppe Sonderzug“ – Fürsprecher der Grünen in der GAL – wurde die DKP mit 50 zu 38 Stimmen bei sieben Enthaltungen ausgeschlossen. Für die Grünen in Essen wie überhaupt in NRW stand von Anfang an fest, daß es ein solches Bündnis auf kommunaler Ebene nur in Abgrenzung und unter Ausschluß der DKP geben würde.

Die Landesarbeitsgruppe Kommunalpolitik der Grünen legte in einem Positionspapier im Herbst 1983 eindeutig fest, daß es einen „Minimalkon-

sens“ in Bezug auf kommunalpolitische Bündnisse nicht geben wird und machte programmatische Positionen der Grünen zur Bedingung. Das hieß konkret Ausschluß der DKP, die „blockübergreifende“ Positionen wie Kritik der DDR, Unterstützung der Friedensbewegung in der DDR etc. nicht mitbetreibt. Der Ausschluß der DKP wurde in Essen dann auch mit deren „Orientierung auf den realexistierenden Sozialismus“ begründet. Viele Argumente erinnerten an den plumpen Antikommunismus der Reaktionäre.

Der Ausschluß der DKP ist Ergebnis von Bestrebungen der Grünen, ihren Parteaufbau in NRW – wo sie bisher fast nirgends in den Parlamenten vertreten sind – gegen „traditionalistische Arbeitnehmerpositionen“ zu betreiben. Sie wenden sich gegen ein „Anti-Rotstift-Bündnis“, gegen ein „Politik-Konzept“, das „auf der Hegemonie der Arbeiterbewegung beruht“, richten sich im Kern also gegen eine Vertretung von Interessen der hart arbeitenden Leute. Daß die Grünen mit ihren Positionen der Reaktion in die Hände arbeiten, sieht man deutlich am friedenspolitischen Programm der GAL in Essen. Die Grünen haben dort chauvinistische Positionen festgeschrieben, die reaktionärer Propaganda und den imperialistischen Interessen der BRD entgegenkommen.

Nicht, daß die BRD die Mittelstreckenraketen aus eigenem imperialistischem Interesse aufgestellt hat, nein, „vor allem ... Widersprüche zwischen den Großmächten USA und UdSSR“ sind dafür verantwortlich. „Weder die Bundesrepublik noch irgendein anderes Land darf ein Opfer der Macht- und Interventionspolitik der Großmächte sein“, dafür kämpfen die Grünen. Anstatt die imperialistischen Kriegsziele der BRD – und die entsprechende Propaganda – nach Einverleibung der ehemaligen Ostgebiete anzugreifen, geht der Angriff gegen die Sowjetunion und die DDR: „Die Stationierung von SS 21 und SS 22 ... trägt eindeutig mit dazu bei, die Kriegsgefahr in Mitteleuropa zu vergrößern.“

Es liegt auf der Hand, daß solche Festlegungen bei Kommunalwahlen kaum praktische Bedeutung haben werden. Vielmehr geht es dabei um die unmittelbaren Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung, um ihre Gestaltung und Bezahlung. Gerade deshalb wäre ein Bündnis aller existierenden oppositionellen Kräfte gegen die bürgerlichen Parteien möglich gewesen. In Oberhausen existiert seit über einem Jahr eine Bunte Liste, an der auch „traditionalistische Kräfte“ wie die DKP mitarbeiten. In Essen ist diese Chance vertan.

Quellenhinweis: GAL-Infos Nr. 8, 9/1; „Revier“ Nr. 11/83; Friedensprogramm der GAL Essen – (mab/wof)

Die Banken verlangen nach Erleichterungen bei Betriebsübernahmen

Heidelberg. Die Firma Graubremse GmbH Heidelberg steht vor der Alternative entweder Verkauf an Echlin Konzern oder Konkurs. Unter den Kaufbedingungen nennt der US-Konzern: 75 Entlassungen im „indirekten Bereich“ sofort. Recht auf weitere Entlassungen bei „Produktausfall“, Auslaufen aller Betriebsvereinbarungen zum 30.4.1984, Neugruppierung im gesamten „Direkten Bereich“ mit dem Ziel der Senkung der angeblich um 15% über „Ortsüblichkeit“ liegenden Löhne und Gehälter, Friedensvertrag zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat.

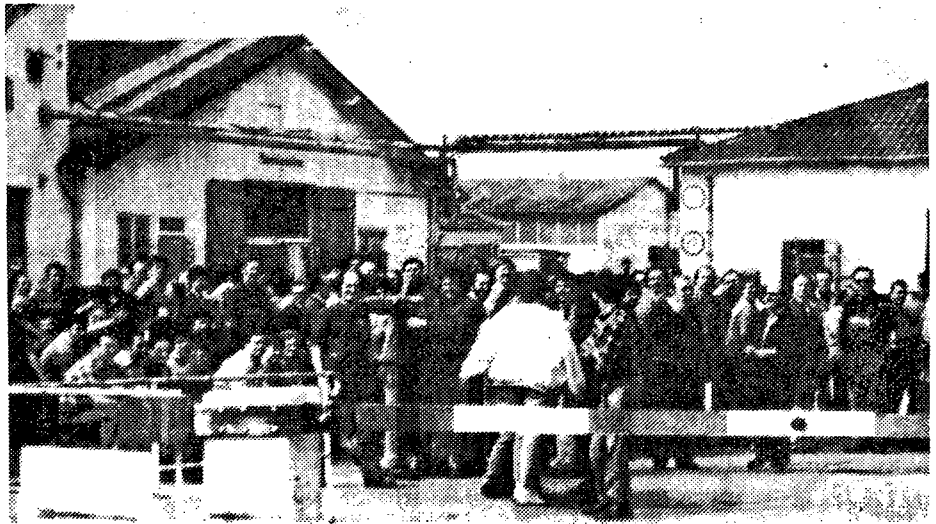
Die Bedingungen widersprechen den gesetzlichen Regelungen des § 613 a BGB, wonach Kündigungen aus Anlaß des Betriebsübergangs unzulässig sind und die Kontinuität des Betriebsrats, der Betriebsvereinbarungen und Geltung der tarifvertraglichen Regelungen geschützt sind. Trotz dieser gesetzlichen Regelung drohen die Kapitalisten mit dem Verlust sämtlicher Arbeitsplätze und können damit in einigen Fällen ihre Bedingungen erpressen. Im Werk Heidelberg der International Harvester Co (IHC) gelang es der Geschäftsleitung, gegen 70 Beschäftigte Aufhebungsverträge durchzusetzen, nachdem 250 beteiligte Gläubigerbanken den Verkauf unprofitlicher Geschäftszweige, darunter die Baumaschinenabteilung, zu der das Werk Heidelberg gehört, durchgesetzt hatten. Mit Hinweis auf Arbeitsplätze erzwang sie die Zustimmung zu Überstunden bei gleichzeitiger Kurzarbeit.

In der Öffentlichkeit werden Unternehmenskrisen immer ausschließlich unter dem Aspekt der Erhaltung von Arbeitsplätzen hochgespielt, welche vor allem in der Vernunft der Beschäftigten liege. Das ist nicht nur Teil der Erpressungskampagne gegen die Beschäftigten (klassisches Beispiel: Arbed Saarstahl), sondern auch Teil weitgehender Angriffe auf arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen. Die Krise der Firma Graubremse ist durch unfähiges Management und der Konkurrenz durch Knorr Bremse, Wabco Westinghouse und Bosch herbeigeführt worden. Bei einer Verschuldung von 20 Millionen DM liegt das weitere Schicksal des Betriebs in der Willkür der Banken. Im Falle des Konkurses sind die Banken als Kreditgläubiger grundpfandrechtlich gesichert, d.h. sie können unabhängig vom Konkursverfahren ihre Forderungen durch Verwertung der Grundstücke, Fabrikgebäude

und sämtlichen Zubehörs, eintreiben. (Die Banken beherrschen durch grundpfandrechtliche Sicherheiten 80% der gesamten Industrie als faktische Eigentümer.) Die Entscheidung über Fortführung oder Konkurs betrifft die Spekulation auf die Wertsteigerung ihrer Sicherheitsobjekte bei Fortführung. Mit weitgehenden Eingriffsbefugnissen

in die Geschäftsführung und das Recht der jederzeitigen Fälligkeitstellung ihrer Forderungen (Nr. 17,2 bzw. 13 AGB Banken/Sparkassen) können sie einen Konkurs praktisch erzwingen. Entsprechend wird Grau auch an der kurzen Leine geführt. Die Kredittilgung ist Grau bis auf die Zinsen gestundet. Die Kreditvergabe verläuft zweimonatlich.

Die Beschäftigten haben dagegen nur Einfluß auf die Bedingungen, unter denen der Betrieb liquidiert wird. Ihre einzigen Sicherheiten sind dabei die gesetzlichen Schutzvorschriften wie Konkursausfallgeld, Sozialplan, § 613 a etc. Sämtliche dieser Vorschriften sind in Gefahr, im Interesse



Graubremse-Streik, 21.3.84: Nach sechs Stunden war die androhte fristlose Entlassung eines Betriebsrates „wegen Aufrufs zur Arbeitsverweigerung aus Anlaß von Akkordkürzungen“ vom Tisch. Der Lohn wird gezahlt.

Vorstand der IG Metall zu Sanierungsverfahren

„1. Das oberste Ziel eines Sanierungsverfahrens ist die Verhütung von gesellschaftlichem Schaden. Die Verluste, die dem Staat und der Versichertengemeinschaft, den Arbeitnehmern, den Kapitaleignern und den Gläubigern durch eine Unternehmenserschlagung entstehen, sollen durch das Sanierungsverfahren weitgehend vermieden werden.

2. Durch das Sanierungsverfahren soll versucht werden, in Unternehmen . . . , die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden, die Arbeitsplätze durch Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit zu sichern. Im Wege eines gerichtlichen Zwangsvergleichs sollen die Kapital- und Finanzstrukturen des Unternehmens so verändert werden, daß der Konkurs vermieden wird.

3. Beteiligte des Sanierungsverfahrens sind das Unternehmen . . . die

Geschäftsführung, die Gesellschafter, die Gläubiger und der Betriebsrat . . .

5. Ist ein Antrag auf Einleitung eines Sanierungsverfahrens gestellt, so hat der Arbeitgeber unverzüglich mit dem Betriebsrat Verhandlungen aufzunehmen. An diesen Verhandlungen sind die Gläubiger und die Kapitaleigner zu beteiligen.

6. Zweck dieser Verhandlungen ist die Prüfung der Sanierungsfähigkeit . . .

13. Der von den Beteiligten oder der Einigungsstelle beschlossene Sanierungsplan ist dem Insolvenzgericht vorzulegen. Dieses überprüft den Sanierungsplan auf seine Durchführbarkeit und bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Bei Ablehnung des Sa-

der Kreditgläubiger und zur Beschleunigung der Konzentration abgeschafft bzw. eingeschränkt zu werden. Durch ein neues Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde die bevorrechtigte Rangstellung der Sozialplanforderung im Konkurs entsprechend der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts für verfassungswidrig erklärt und damit praktisch wertlos gemacht. Im Mittelpunkt der Angriffe steht der § 613 a als „trojanisches Pferd“ bei Sanierungen. Auf Vorlage mehrerer niederländischer Gerichte wegen „Sanierungsfeindlichkeit des § 613 a“ steht jetzt beim Europäischen Gerichtshof die Geltung des § 613 a im Konkurs zur Entscheidung. Dessen jetzt geltende Fassung geht auf das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz vom 13.1.1980 zurück, weswegen die Entscheidung des EuGH auch für die BRD verbindlich ist.

Darüberhinaus ist bei der Bundesregierung eine Insolvenzsatzkommission tätig, die wesentliche Gesetzesänderungen vorbereitet. Im Vorfeld wurde schon auf dem Deutschen Juristentag u.a. der Beschluß gefaßt, daß im Falle von Unternehmenssanierungen „über- und außertarifliche Ansprüche der im Unternehmen verbleibenden ... durch Betriebsvereinbarung herabgesetzt werden können“ (entsprechend der Kaufbedingungen von Echlin). Neben individualrechtlichen Ansprüchen wurde auch grundsätzlich die „Bestandskraft“ von Tarifverträgen in Frage gestellt und die Möglichkeit erwogen, sie zur Disposition des Gesetzgebers zu stellen. Ein gesetzliches Ver-

nierungsplans durch das Insolvenzgericht wird das Konkursverfahren eröffnet ...

16. Die arbeitsrechtlichen Vorschriften gelten auch im Sanierungsverfahren grundsätzlich weiter ...

18. Die Eröffnung des Sanierungsverfahrens ist bezüglich der betrieblichen Altersversorgung bei Pensionären und im Rahmen des Sanierungsverfahrens mit unverfallbaren Anwartschaften ausscheidenden Arbeitnehmern der Eröffnung des Konkursverfahrens gleichzustellen. Hinsichtlich der verbleibenden Arbeitnehmer richten sich deren Ansprüche gegen den Arbeitgeber und im Falle des Betriebsübergangs gem. § 613 a BGB auch gegen den Übernehmer.

19. Während des Sanierungsverfahrens darf keine Aussonderung oder Absonderung erfolgen. Ebenso sind Maßnahmen der Einzelzwangsvollstreckung, außer von Arbeitnehmern, unzulässig.“

fahren, das die Absichten mittels Firmentarifverträgen wie bei Arbed zum Zwang erhebt. Die Insolvenzsatzkommission ist noch von der alten Koalitionsregierung ins Leben gerufen worden.

Von der neuen Bundesregierung ist nach ihren Verlautbarungen zu erwarten, daß sie sich bei der Reform auf die Beseitigung arbeitsschutzrechtlicher Bestimmungen konzentrieren wird, dagegen Eingriffe in die Marktwirtschaft, wie sie insbesondere der IG Metall-Vorstand vertritt, weitgehend ablehnt.

Quellenhinweis: BVerfGE ZIP 84,78; Dr. Wolfram Timm, Die Sanierung von Unternehmen – Eine Bestandsaufnahme nach dem 54. DJT, ZIP 83, 225; NJW 82, 2548; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD über den „Stand der Insolvenzsatzreform“ Bundestags-Drucksache 9/2374 – (ter)

Asylpolitik

Lummers Legende von 90% Scheinasylanten

Westberlin. Lummer im Abgeordnetenhaus: „Wenn man das Wort Asylant davor bewahren will, daß es ein Schimpfwort wird, und wenn man das Asylrecht im Kern für diejenigen bewahren will, die es verdienen, Asyl zu bekommen, dann muß man den Mißbrauch, der über 90% beträgt, vermindern.“

Die Folgen dieser Politik der Unterdrückung des Asylrechts werden nicht nur an dem Schicksal Kemal Altuns oder in den Ereignissen der Sylvesternacht im Abschiebegefängnis am Augustaplatz deutlich. Weitere Beispiele dieses Jahres: Ein Ghanese wurde auf Anweisung Westberliner Behörden in einer Nacht- und Nebelaktion per Flugzeug nach Ghana abgeschoben. Nach seiner Ankunft wurde er sofort hingerichtet. Ein Syrer, wegen Zugehörigkeit zur Moslembruderschaft in Abwesenheit zum Tode verurteilt, wurde nach Damaskus abgeschoben, weil er die briefliche Auskunft seines Bruders nicht durch eine „Gerichtsurkunde beweisen“ konnte – Schicksal unbekannt. Obwohl es ein Urteil des OVG Münster gibt, das Tamliden einen Anspruch auf Asyl bestätigt, handelt Lummer entsprechend den Anweisungen der BRD-Botschaft in Colombo, die die Situation für die Tamliden für unbedenklich erklärt hat. Inzwischen ist der Westberliner Senat dazu übergegangen, in den dortigen Zeitungen eine Anzeigenserie abdrucken zu lassen, um den „potentiellen Scheinasylanten“ (Innensenat) damit zu drohen, was sie als Asylbewerber in Westberlin erwartet.

Palästinenser z.B., selbst wenn sie unmittelbar nach dem zionistisch vorbereiteten und von der Phalange



Großküche im Asylantenheim Friedrich-Olbrecht-Damm

durchgeführten Massaker aus den Lagern Sabra und Shatila hierher geflohen sind, werden als Flüchtlinge nicht anerkannt. Sie werden verwiesen auf „weiße Flecken“ im Nordlibanon. Damit erweist sich die Unterdrückung des Asylrechts für Angehörige der vom Imperialismus unterdrückten Völker und Staaten in diesem Beispiel als flankierende Maßnahme für die zionistische Aggression und die NATO-Vorstellungen über die „Ordnung im Nahen Osten“. Eine grundsätzlich andere Behandlung erfahren die sog. Kontingentflüchtlinge (z.B. die 26000 Vietnamesen) und die „umsiedelnden deutschen Volkszugehörigen“.

Quellenhinweis: Protokolle des Abgeordnetenhauses v. 10.01.84ff.; div. Zeitungsberichte – (haj)

Türkei Solidaritäts-Hungerstreik beendet

Stuttgart. Vom 26.2. bis 23.3. führten türkische Staatsangehörige in Stuttgart in Räumen der Arbeiterwohlfahrt einen Hungerstreik durch. Sie unterstützten damit das Todesfasten von politischen Gefangenen im Militärgefängnis von Diyarbakir. Die Forderungen des Solidaritätskomitees in Stuttgart waren:

1) Bildung einer internationalen Delegation, die die Zustände im Militärgefängnis in Diyarbakir untersucht.

2) Beendigung der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Türkei-Kurdistan.

3) Keine Aufnahme der Türkei in den Euroarat.

4) Stopp jeder Türkeihilfe der BRD. Die Öffentlichkeit wurde erreicht durch Verteilen von 30000 Flugblättern, eine Protestkundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat u.a.; zwei

Pressekonferenzen führten zu 10 bis 15 Presseveröffentlichungen und Life-Sendungen in Funk und Fernsehen über den Solidaritäts-Hungerstreik. Das Solidaritätskomitee begrüßte, daß der DGB Kreis Stuttgart, die GEW und ein ÖTV-Arbeitskreis die Forderungen unterstützen. Auch von den Grünen, Jusos, der AWO Nordwürttemberg und ihrem Betriebsrat, R. Linkohr, SPD-Europaparlamentsmitglied, und einer SPD-Landtagskandidatin kam Unterstützung, um einige zu nennen.

Zur Teilnahme an der Delegation haben sich zehn Personen, darunter Ärzte und Rechtsanwälte, bereiterklärt.

Gerade zu der Zeit, als der Hungerstreik stattfand, besuchte der türkische Landwirtschaftsminister Dogan offiziell Baden-Württemberg. Ministerpräsident Späth sagte ihm zu, „sehr rasch konkrete Kooperationsprojekte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Türkei zu verwirklichen ... Sein Bundesland könne ... beim Aufbau neuer Unternehmungen in der Türkei geeignete Hilfestellung leisten.“

Die Haltung der Bundesregierung, Folterungen und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gebe es nicht, vertritt sich mit der erneuten Bewilligung von 260 Mio DM Militär- und Wirtschaftshilfe für 1984. Vorteile aus den Zuständen in der Türkei ziehen Konzerne wie Daimler, der gegenwärtig dort ein Werk für 10000 Arbeiter bauen läßt.

Das Solidaritätskomitee sieht seine Arbeit mit dem Ende des Hungerstreiks nicht als beendet an. Als nächstes sind Aktionen gegen die Aufnahme der Türkei ins Europaparlament geplant. – (urw)

Antifaschismus Widerstand gegen Waffen-SS-Treffen

Bad Harzburg. Unter dem Decknamen „Tagung der Wirtschaftsfachleute“ ist der geplante Aufmarsch von mehreren hundert ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS im Kurhaus in Bad Harzburg vom 17. bis 20. Mai 1984 angekündigt. Die HIAG-Truppenkameradschaft „1. Panzercorps Leibstandarte Adolf Hitler und Division Hitler-Jugend“ (HIAG – Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit, heute „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V.“) hatte seit 1979 ihre Jahrestreffen in Bad Hersfeld durchgeführt und war dort durch von Jahr zu Jahr steigenden Widerstand, insbesondere auch seitens des DGB, vertrieben worden. Bei der Waffen-SS-Einheit „Leibstandarte Adolf Hitler“ handelte es sich um die erste kasernierte bewaff-

nete SS-Truppe nach 1933, woraus ihre Schlächterfunktion zu ersehen ist.

Das DGB-Ortskartell Bad Harzburg sowie der DGB-Kreisvorstand Goslar-Gandersheim haben sofort nach der Veröffentlichung im Februar den Widerstand organisiert. Die politisch Verantwortlichen (die Kurbetriebsgesellschaft verpachtet das Kurhaus, Stadt Bad Harzburg und Land Niedersachsen sind Anteilseigner daran) wurden aufgefordert, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Veranstaltung nicht stattfinden kann. Neben dem DGB protestierten insbesondere die Grünen, die VVN/BdA, die Delegiertenhauptversammlung der Verwaltungsstelle Wolfenbüttel der IG Chemie-Papier-Keramik, aber auch aus Dänemark sind Drohungen gekommen, Bad Harzburg als Urlaubsort zu boykottieren, mehrere niederländische Zeitungen hatten nachgefragt etc.

Die Stadt Bad Harzburg hat auf den massiven Widerstand mit dem Verbot des Treffens nach dem „Gesetz für Sicherheit und Ordnung“ reagiert, um zu verhindern, daß aus Bad Harzburg „ein zweites Bad Hersfeld wird“ und „ein Tummelplatz für rechts- und linksextreme Gruppierungen“. Stützen kann sich der Stadtdirektor dabei auf die Ratsfraktionen von CDU und SPD. Inzwischen hat der Kurhauspächter, dem die politisch Verantwortlichen scheinheilig die alleinige Schuld zugeschoben haben, ebenfalls den Vertrag zurückgenommen. Die niedersächsische Landesregierung, für ihren polizeilichen Schutz von Faschisten aufmärschen bekannt, mußte sich bisher noch nicht äußern.

Über die angekündigten Rechtsmittel der Faschisten beim Verwaltungsgericht Braunschweig ist noch nicht entschieden. Gegenüber allen Versuchen, die Gegner des Treffens auf das „Verbot“ und die Gerichte zu orientieren, ist auf einer Saalkundgebung des DGB (400 Teilnehmer) und am Aktionstag am 31.3. mit Rednern des DGB-Landesbezirks und der VVN/BdA der Widerstand ausgeweitet worden. – (mio)



Aktionstag mit anschließender Kundgebung (300 Teilnehmer) am 31.3.

NPD-Parteitag Großdeutsche Propaganda zur Europawahl

Hamburg. Die NPD konnte ihren Landesparteitag in Stade am 24./25.3. nur halten, weil die grundgesetzliche Rechtsstaatlichkeit das ermöglicht. Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff sorgte für Polizeischutz; Gerichte und Ordnungsämter besorgten die Räume; bürgerliche Politiker und Presse hetzten gegen jene, die diese Versammlung verhindern wollten.

Aufgerufen zur Verhinderung des NPD-Parteitages hatten neben der Volksfront und der Antifaschistischen Aktion Hamburg auch der DGB, der am Freitagabend eine Kundgebung mit 200 Personen gegen Faschismus und Neonazismus durchführte. Am Samstag versammelten sich 300 Antifaschisten in der Stader Innenstadt, um die angekündigten Stände der Jungen Nationaldemokraten und der NPD zu verhindern. Die Faschisten zeigten sich nicht, bis auf wenige Flugblattverteiler, denen das Propagandamaterial aus den Händen gerissen und verbrannt wurde. Zwei Faschisten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Propaganda der NPD zu den Europawahlen mit der Parole „Ein Herz für Deutschland“ heißt nichts anderes als eine „Neuordnung Europas“ unter großdeutscher Führung in seinen historischen Grenzen von 1937. Um dieses neuentstandene Reich herum und unter seiner Kontrolle soll dann ein neues Europa aufgebaut werden. Das ist nichts anderes als die Neuauflage der Pläne, mit denen die Hitlerfaschisten im zweiten Weltkrieg gescheitert sind. Um diese Pläne zu verwirklichen, will die NPD die Stellung der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die jetzt schon die größte Industrieproduktion in der EG besitzt, weiter ausgebaut sehen. Für die Stahlarbeiter brachte dies bisher nur eine Steigerung der Arbeitsintensität, Verschleiß der Gesundheit, Frühinvalidität und eingeplante Massenarbeitslosigkeit durch Rationalisierung.

Auch um nationalistische Hetze geht es, wenn die NPD behauptet: „Durch die EG kommen immer mehr Ausländer nach Westdeutschland. Wir Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land.“ Schon 1933 ging es den Nazis wie heute der NPD darum, durch Volksverhetzung Aggressionen gegen Minderheiten zu schüren, um das Aufspalten der Arbeiterklasse in „Deutsche“ und „Nichtdeutsche“ zu fördern, um eine gemeinsame Kampffront gegen das Kapital zu verhindern. Dagegen müssen sich alle antifaschistischen Kräfte zur Wehr setzen. – (aru/sip)

„Ostpreußisches Landesmuseum“: Kein Neubau! Schließung! Die CDU fördert faschistische und revanchistische „Kultur“

Lüneburg. Am 15. Oktober 1983 wurde in Lüneburg der Grundstein für den Neubau des bestehenden „Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseum“ gelegt. Es soll erheblich erweitert und in zentraler Lage auf dem Gelände der ehemaligen Moraviabrauerei entstehen. 5,2 Mio. DM sind für den Neubau veranschlagt. Davon trägt der Bund 2,5 Mio. DM, das Land Niedersachsen etwa 750 000 DM und die Bundesanstalt für Arbeit ist ebenfalls mit 1,2 Mio. DM beteiligt!

Am 8. Dezember 1983 wollte die SPD im niedersächsischen Landtag von der Regierung wissen: „1. Warum hält die Landesregierung es für sinnvoll, ein eigenständiges ostpreußisches Landesmuseum zu gründen? 2. Ist gewährleistet, daß das bereits gesammelte Material für die Einrichtung eines eigenständigen und fachlich qualifizierten ausgestatteten Museums ausreicht?“

Aus der Antwort der Landesregierung wird ersichtlich, warum sich die SPD um jede Kritik des bestehenden

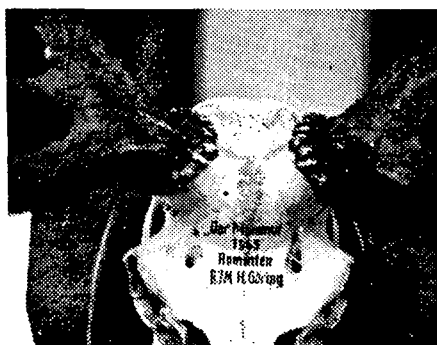
und ja öffentlich zugänglichen Museums herumgedrückt hat. Minister Cassens (CDU) „beantwortete die Fragen wie folgt: Zu 1: § 96 des Bundesvertriebenengesetzes hat die Pflege und Erhaltung des ostdeutschen Kulturerbes zur staatlichen Aufgabe gemacht. Diese Vorschrift verpflichtet Bund und Länder u.a., das Kulturgut der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volks und des Auslands zu erhalten und Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten.“ Genüßlich verwies er auf eine im April 1982 von der damaligen SPD/FDP-Bundesregierung dem Bundestag vorgelegte „Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit“, in der als eines der „Hauptdefizite“ der „Mangel an leistungsfähigen Einrichtungen, in denen sich die großen Kulturlandschaften des deutschen Ostens präsentieren“, bezeichnet wurde. „Ich finde“, so Cassens, „wir alle sollten stolz darauf sein, daß es eine Kontinuität auf diesem Gebiet gibt“.

Die Frage nach dem ausreichenden und qualifizierten Material beantwortete Cassens schlicht mit „ja“. Döhning (CDU) ergänzte: „Ich stelle fest, daß es ein gutes, breit gefächertes Museum ist!“ und: „Wir können doch auch einmal Vorbild sein!“, weswegen Hildesheim auch wenige Wochen später als Standort für ein „schlesisches Landesmuseum“ festgelegt wurde.

Auch die Grünen standen in der Landtagsdebatte einem „ostpreußischen Landesmuseum“ keineswegs feindlich gegenüber, wenngleich sie die Schwerpunkte anders gesetzt sehen wollen. Der Abgeordnete Dr. Rohloff fragte: „Sind Sie mit mir der Auffassung, daß Ostpreußen nicht nur aus Jagdgründen besteht, wo schon die Wilhelms, die Görings und die Chruschtschows gejagt haben, sondern daß es weit sinnvoller wäre, intensiv das kulturelle Erbe von Leuten wie Kopernikus, Kant, Herder und Hamann zu fördern?“ Cassens: „Selbstverständlich wird in diesem Museum das ostpreußische Kulturwerk in aller Breite gezeigt werden.“

Minister Cassens hat die Schirmherrschaft für den Neubau übernommen. Seine Antwort zeigt jedoch, daß er das Museum gar nicht kennt. Denn schon heute beansprucht es, „viel mehr zu sein, als sein Name andeutet“. Und in der Tat: die Ortsgruppe Lüneburg der Volksfront hat in einer Dokumenta-

Wandtafeln aus dem Museum:



„Generalkonsul von Saucken zur Erinnerung an den gemeinsamen Kampf für die Rückgliederung des Memellandes an das Reich

Führung der Memeldeutschen

Dr. Neumann

Direktorium Bertuleit,

Memel im März 1939“

„Zum Faktor Raum: Die Wirkung der Lebensraumgröße

In Rominten stiegen die Kälbergewichte, sobald der Rotwildbestand durch Abschluß vermindert wurde. Das Ansteigen der Wildbretgewichte hielt sogar bei verstärktem Abschluß auch dann an, wenn die intensive Fütterung (Sesamkuchen!) eingestellt wurde.

Tierversuche (u.a. Ratten) zeigen, daß bei steigender Individuenzahl (also bei starker Vermehrung) pro Flächeneinheit das Gewicht trotz überreichlich gebotener Nahrung zurückgeht, nervöse Disharmonien, Kreislaufstörungen und schließlich Herzinfarkte auftreten.

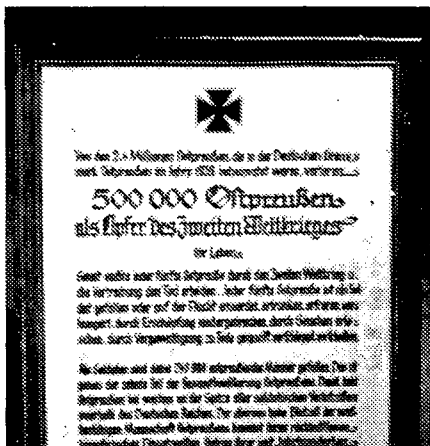
Man ist versucht, das Problem des überbevölkerten Raums auf den Menschen in der Bundesrepublik zu übertragen: Hetztempo, seelisch-nervöse Überreiztheit, Herzinfarkt. Dagegen das mehr patriarchalisch-geruhssame Leben, die sprichwörtliche Gastlichkeit und körperli-

che Zähigkeit im naturhaft, „menschenarmen“ Lebensraum Ostpreußen.“

„Der Elch als ostpreußisch-heimatliches Symbol durch die Jahrhunderte

... unter dem Zeichen der neunendigen Elchschaufel führt die Landsmannschaft Ostpreußen seit ihrer Gründung im Jahre 1948 den Kampf um die Rückgewinnung der ostpreußischen Heimat.

— Wieder unter dem Sinnbild des Elchschaufelers bewahrte auch im Exil die ostpreußische Jägerschaft ihre stolze Tradition und kämpft seit 1950, gestützt auf die grüne Dokumentation des ostpreußischen Jagdmuseums — Wild, Wald und Pferde Ostpreußens für das deutsche Elch- und Pferdeland Ostpreußen.“



„Von den 2,4 Millionen Ostpreußen, die in der Deutschen Grenzmark Ostpreußen im Jahre 1939 beheimatet waren, verloren 500 000 Ostpreußen als Opfer des Zweiten Weltkriegs ihr Leben ...

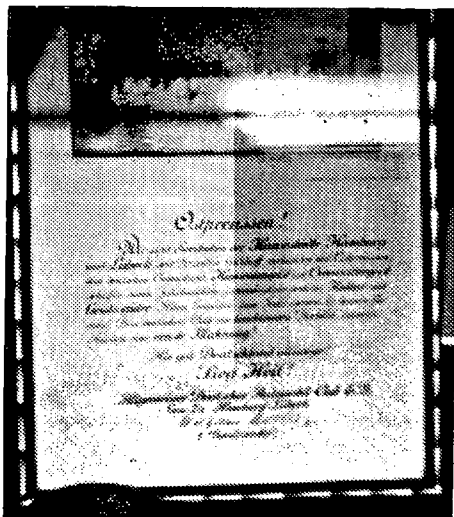
Der überaus hohe Blutzzoll der waffenfähigen Mannschaft Ostpreußens beweist ihren rückhaltlosen kämpferischen Einsatzwillen. Getreu ihrer seit Jahrhunderten überkommenen Tradition als geborene Verteidiger an den Grenzen Deutschlands und Europas gegenüber den Gefahren aus dem Osten haben ostpreußische Soldaten sich heldenhaft aufgeopfert.“

Deutschlands, ja, zu einem Teil des christlichen Abendlandes, und zu welcher Blüte es gebracht wurde, bis Gewalt uns gezwungen hat, es auf Zeit zu verlassen“.

Dies schrieb Otto Freiherr von Fircks, der Vorsitzende des Vereins

A black and white photograph of a large, multi-story building with a central tower and many windows, likely a school or institutional building, surrounded by trees and a fence.

„ostpreußisches Jagdmuseum“ im „Ostpreußenblatt“ 42/83. Dieser Verein ist die „kulturpolitische Initiative vor Ort“, die Cassens „zum Leben erwecken“ will. Der Freiherr selbst war lange Jahre CDU-MdB und MdB. Und nicht nur das: „Er war vom Herbst 1939 an im besetzten Polen, und zwar



Text des Bildes:

Ostpreussen!

Wir sind Sendboten der Hansestädte Hamburg und Lübeck, seit Urzeiten volkhaft verbunden mit Ostpreußen, dem deutschen Ordensland. Hanseatengeist und Ordensrittergeist schufen durch Jahrhunderte unvergängliche deutsche Kultur- und Geistesgüter. Allen Gewalten zum Trotz werden sie dauern für ewig. Dem deutschen Volk ein leuchtendes Vorbild, unseren Feinden eine ernste Mahnung!

Hie gut Deutschland allewege!

Sieg Heil

Allgemeiner Deutscher Automobilclub e.v.
Gau 7a Hamburg-Lübeck

als SS-Obersturmführer und Leiter eines SS-Arbeitsstabes, der zuständig war für die gewaltsame Aussiedlung von Juden und Polen sowie die Ansiedlung von Deutschen, u. a. im Raum von Lodz, dann auch Besitzer eines 247 ha Landguts im Kreis Kutno, dessen polnische Eigentümer ausgesiedelt waren.“ Die Absichten sind deutlich. Man muß es ernst nehmen, daß Cassens das Museum zu „einer Bereicherung für die gesamte Region“ ausbauen will.

Quellenhinweis: Landtagsdrucksache vom 8.12.83; Dokumentation der Volksfront; Engemann, Großes Bundesverdienstkreuz. – (thr)

Anzeige

Dokumentation über das „ostpreußische Jagd- und Landesmuseum“ in Lüneburg
Hrsg.: Volksfront, Ortsgruppe Lüneburg

zu beziehen über:

Bundesgeschäftsstelle der Volksfront
Mariahilfstr. 31
5100 Aachen
Tel.: 0241 / 36362

„Deutschlandpolitische Bildungszentren“ in Niedersachsen: „Über Europa nach Deutschland“

In den letzten Jahren ist die „Deutschlandpolitische Bildungsarbeit“ der niedersächsischen Landesregierung stark ausgeweitet worden. Das zuständige Ministerium für Bundesangelegenheiten versucht, insbesondere Schüler und Wehrpflichtige zu bearbeiten.

„Über Europa nach Deutschland“ hieß das Motto der „Deutschlandpolitischen Woche“ in Nordhorn. Diese Wochen werden in jedem Jahr durchgeführt, „um eine eher nach Westen als nach Osten schauende Öffentlichkeit behutsam an die Auseinandersetzung mit der deutschen Frage (heranzuführen)“. Zwecks kontinuierlicher Verbreitung dieser Gedanken bestehen in Niedersachsen mittlerweile sechs „Deutschlandpolitische Bildungseinrichtungen“. Als eine der letzten wurde 1982 in Duderstadt das „Europa- und Deutschlandpolitische Bildungsinstitut“ eröffnet. Es ist „die erste und bisher einzige Bildungseinrichtung in der Bundesrepublik Deutschland, die Europa und Deutschland in engem Verbund in ihrem Namen führt. Dies ist nicht zufällig geschehen. Diese Namensgebung ist politisches Programm, Auftrag und Verpflichtung.“ Bereits im Eröffnungsjahr wurden über 1000 Teilnehmer durch die Wochen- und Wochenendseminare geschleust.

Die meisten dieser Einrichtungen liegen in unmittelbarer Nähe zur DDR-Grenze. Das Programm umfaßt – wie z.B. im Deutschlandpolitischen Bildungszentrum Schnackenburg (ebenfalls 1982 eröffnet) – eine „Wanderung entlang der Demarkationslinie“. Die Teilnehmer – in Schnackenburg meist Einheiten der Bundeswehr – sollen „den Wunsch und die Verpflichtung spüren, diesen Zustand (der unnormalen Teilung Deutschlands) zu beenden“. Die Bildungszentren sind mit 28 Grenzinformationszentren und ca. 500 Betreuern und Referenten zu einem Grenzinformationsdienst zusammengefaßt. Jugendgruppen bekommen für Grenzbesichtigungen Fahrtkosten und Übernachtungsgeld, soweit sie ein „sachgemäßes Informationsprogramm“ nachweisen, wofür der Grenzinformationsdienst zuständig ist.

Neben Schulklassen bearbeiten die Bildungszentren hauptsächlich Lehrer. Die sollen mit ihren Klassen in die DDR fahren und die Schüler entsprechend vorbereiten. Die Zahl der

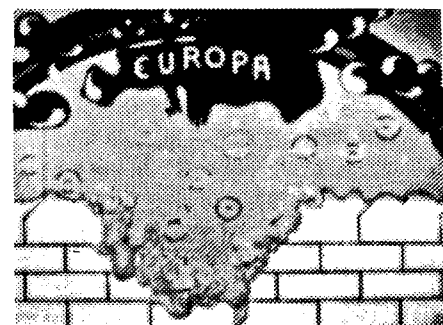
geförderten Klassenreisen in die DDR ist stark angestiegen. Während 1974 nur zwei Gruppen mit 72 Teilnehmern registriert wurden, waren es 1982 bereits 151 Gruppen mit 5285 Jugendlichen.

Sinn und Zweck dieser Reisen verdeutlicht ein Reisebericht, den Lehrer der Carl-Friedrich-Gauss-Schule Friedland verfaßt haben. Die Schüler „lernten“, „daß das Warenangebot im Vergleich zu unserem dürftig ist, die Menschen schlechter gekleidet sind und die Hausfassaden dringend einer Pflege bedürfen ... Bei den Getränken hatten sie sich mittlerweile daran gewöhnt, daß alles künstlich und fad schmeckte. Aber sie nahmen es hin, weil wir sie entsprechend vorbereitet hatten.“ Fazit des Berichts: „Hat es sich gelohnt? Ich meine schon. Besser als jeder Unterricht zeigte diese kurze Reise, daß das sozialistische System längst nicht so leistungsfähig ist wie das unsere.“

Über Grenzfahrten und DDR-Reisen hinaus veranstaltet das Ministerium jedes Jahr „Deutschlandpolitische“ Wettbewerbe an den Schulen. Ein Ergebnis ist hier abgebildet. Ein zweites Beispiel: In einem „Gesamtdeutschen Quiz“ soll der Schüler die Frage beantworten: „Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wird in der DDR das Kfz.-Kennzeichensystem der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Was bedeuten dann folgende Kfz.-Kennzeichen: EF, DD, EI, RK?“

Man muß damit rechnen, daß im Rahmen der Europa-Wahlen diese „Bildungsarbeit“ noch verstärkt wird.

Quellenhinweis: Grenzreport, Informationsschrift des Niedersächsischen Ministeriums für Bundesangelegenheiten; Deutschland diesseits und jenseits der Grenze, Hrsg: Minister für Bundesangelegenheiten.



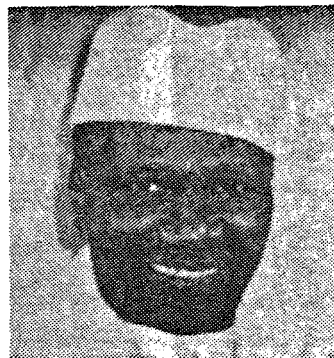
„Deutschlandpolitische“ Arbeit der Abraham-Lincoln-Realschule Bad Münde. Auf den Tropfen steht u.a. „Westliches Fernsehen“, „Ausbau der Handelsbeziehungen“, „KSZE ernstgenommen“.

Libanon: Abzug der „Friedenstruppe“

Als letzter Staat hat Frankreich seine Soldaten aus dem Libanon abgezogen. Die USA hatten zuvor ihre 10000 auf Schiffen vor der libanesischen Küste liegenden Soldaten aus der sog. „multinationalen Friedenstruppe“ entlassen. Ein mögliches erneutes Eingreifen mit militärischen Mitteln von Seiten der Imperialisten ist mit beiden Maßnahmen nicht ausgeschlossen. Die USA hatten im Verlauf des Einsatzes im Libanon ihre im Mittelmeerraum stationierten Truppen und Schiffe um gut ein Drittel verstärkt. Diese Verstärkung soll derzeit nicht abgezogen werden. US-Außenminister Shultz erklärte am 2.4. auf einer Pressekonferenz, die USA hätten „wichtige Interessen im Nahen Osten“, die gewahrt werden müßten – weshalb die Truppenverstärkung nicht abgezogen werden, sondern weiter im Mittelmeer kreuzen soll. Die Imperialisten haben eines ihrer wichtigsten Ziele erreicht: Die PLO ist im Libanon keine bedeutende politische Kraft mehr, und eine Einigung aller oppositionellen Kräfte zu einer gemeinsam gegen die regieren-

Sekou Touré: Gegen koloniale Abhängigkeit

Die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nahm den Tod des Staatspräsidenten von Guinea, Sekou Touré, zum Anlaß wütender Hetze: „Einer der übelsten zeitgenössischen Diktatoren überhaupt.“ Die ZDF-Nachrichten wußten gar von „Deutschen“ zu berichten, die in den 70er Jahren in Guinea „gefoltert“ worden seien. Der Anlaß für diese Hetze: 1970 hatten einige portugiesische und westdeutsche Söldner versucht, mittels einer Blitzinvasion die Regierung Guineas zu stürzen, als diese die mit BRD-„Ausbildungshilfe“ aufgebaute Armee in eine Volksmiliz



umgewandelt hatte. Die Waffen der Invasoren stammten aus der BRD. Die Volksmiliz von Guinea konnte die Aggressoren besiegen und gefangen nehmen. Die Bundesregierung lehnte jede Verantwortung für

den Putsch ab und forderte die Übergabe der gefangenen westdeutschen Söldner an die BRD. Die Volksrepublik Guinea brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zur BRD ab, sie wurden erst 1976 wieder aufgenommen. – Sekou Touré hatte sich seit Anfang der 50er Jahre am Kampf um die Unabhängigkeit der ehemals französischen Kolonie beteiligt und insbesondere die Gewerkschaftsbewegung unterstützt. Er gehörte zu den Gründern der Gewerkschaft der Post- und Telefonarbeiter in Guinea 1956, am 24.3.84 war er Vorsitzender der Gründungskonferenz eines Dachverbandes der westafrikanischen Gewerkschaften.

den Falangisten wirkenden Kraft konnten sie ebenfalls bislang verhindern. Mit dem Abzug der Truppen ist auch die Falange an keine „Friedenspflicht“ mehr gebunden.

Südafrika/Azania: Erfolg der NUM

Die unabhängige Gewerkschaft der azanischen Bergarbeiter, die National Union of Mineworkers (NUM), hat gegen die staatseigene Bergbau-

gesellschaft Vryheid Coal an Iron Railway Company ein Gerichtsurteil erwirkt. In diesem Urteil ist festgestellt, daß die Gesellschaft die volle Verantwortung für das Grubenunglück in Natal im letzten September trägt, weil sie grundlegende Sicherheitsbestimmungen nicht befolgt hat. Sie muß den Angehörigen der 60 getöteten schwarzen Arbeiter Entschädigung zahlen. Die NUM ist dem Gewerkschaftsbund CUSA angeschlossen.

Frankreich: CGT gegen Stahlrationalisierungsplan

In Befolgung der Beschlüsse der Wirtschaftsminister der EG-Mitgliedstaaten vom 31. Januar zur Stahlpolitik in der EG hat die französische Regierung einen Rationalisierungsplan für die Stahlindustrie Frankreichs beschlossen. Die BRD-Imperialisten haben sich mit 31,6% den Hauptanteil an der EG-Stahlproduktion gesichert, Frankreichs Anteil soll

in Zukunft nur noch 15,9% betragen. Zu diesem Zweck will die französische Regierung nun die Produktionskapazitäten reduzieren und eine beträchtliche Intensivierung der Arbeit in der Stahlindustrie durchsetzen. Die Produktionskapazitäten sollen um 16,5% reduziert werden, ein Viertel der gut 80000 Stahlarbeiter sollen entlassen werden. Gegen



diesen Beschluß der Regierung demonstrierten auf Aufruf der von der KPF unterstützten CGT am 30. und 31. März die Stahlarbeiter in mehreren Städten Frankreichs, in Marseille (Bild) 10000, in Metz 15000, in Longwy über 10000. In allen Städten ließ die Regierung Polizei gegen die Demonstranten vorgehen, die die Büros der staatlich kontrollierten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor, staatlicher Behörden und der Sozialistischen Partei besetzen wollten. In Longwy fordern die Stahlarbeiter die vollständige Rücknahme des Regierungsbeschlusses. Für Mittwoch, den 4.4., ruft die CGT in der Region Lorraine zu einem Generalstreik auf. Die KPF, mit vier Ministern in der Regierung, hat sich gegen den Stahlplan ausgesprochen, will aber auf keinen Fall die Regierung verlassen. Vier Abgeordnete der Sozialistischen Partei sind nach den Demonstrationen der Stahlarbeiter aus der Parlamentsfraktion ausgetreten, sie wollen als Unabhängige im Parlament verbleiben.

Zimbabwe: Schranken gegen Kapitalabzug

Die Regierung hat gegen die Politik der ausländischen Kapitalisten, in Zimbabwe erzielte Profite in hohem Maße ins Ausland zu überweisen, Schranken errichtet. Einzelkapitalisten und Kapitalgesellschaften aus dem Ausland, die vor 1979 Kapital in Zimbabwe investiert hatten, können nicht mehr wie bisher Profite und Mieten ins Ausland überweisen, sondern müssen diese zu 4% Zinsen auf 12 bzw. 20 Jahre in Regierungsanleihen anlegen. Der Staat von Zimbabwe übernimmt die Beteiligungen, die jetzige und frühere Bürger an ausländischen Firmen in Zimbabwe halten. Die Kapitaleigner erhalten eine Entschädigung in nicht überweisbaren Zimbabwe-Dollar. Das Zahlungsbilanzdefizit Zimbabwes ist auf etwa 1,17 Mrd. DM angestiegen. Die Regierung erwartet, daß Zimbabwe durch diese Maßnahmen 560 Mio. DM im Jahr an Devisen einsparen kann.

Chile: Junta droht den Gewerkschaften

Die Militärjunta hat angekündigt, daß sie alle Gewerkschaftsfunktionäre, die zum achten nationalen Protesttag aufgerufen haben, absetzen und ihnen jegliche Betätigung verbieten will. Am 28.3., dem Protesttag, verhängte die Junta den Ausnahmezustand über Santiago und fünf weitere Städte. Der Internationale Metallarbeiterbund hat gegen die Amtsenthebung der Gewerkschaftsfunktionäre protestiert.

Italien

Demonstration in Rom – der Kampf gegen das Lohnkürzungsdekret geht weiter

Ob es nun über 700 000 waren, wie die bürgerliche Presse schreibt, oder mehr als eine Million, wie die Veranstalter gezählt haben – die Demonstration gegen Craxis Lohnkürzungsdekret am 24. März in Rom war sicher die größte Massenkundgebung der italienischen Nachkriegsgeschichte. Dabei hatte nur der größte der drei Gewerkschaftsbünde, die CGIL, aufgerufen (s. Kasten), und zwar gegen die Stimmen der sozialistischen Gewerkschafter. Diese und die beiden anderen Bünde hatten sich von der Aktion distanziert. Trotzdem: unter den Hunderttausenden, die für die Rücknahme des Dekrets demonstrierten, mit dem die Regierung Craxi die tariflich vereinbarten Inflationszuschläge gekürzt hat, waren auch viele Mitglieder der anderen Gewerkschaften. Auf der Kundgebung sprach u.a. ein Vertrauensmann der katholischen Metallgewerkschaft. Und immer wieder hallten über die riesige Piazza San Giovanni die Sprechchöre: „Einheit! Einheit!“

Noch 36 Stunden vor der Demonstration hatte Craxi das Dekret durch den Senat gepeitscht, indem er die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verband, womit alle Änderungsanträge hinfällig werden. Auch dahin war die Regierungsmehrheit nur durch ein Fülle von Verstößen gegen die Geschäftsordnung gelangt, was einmal zu einer Schlägerei zwischen sozialistischen und

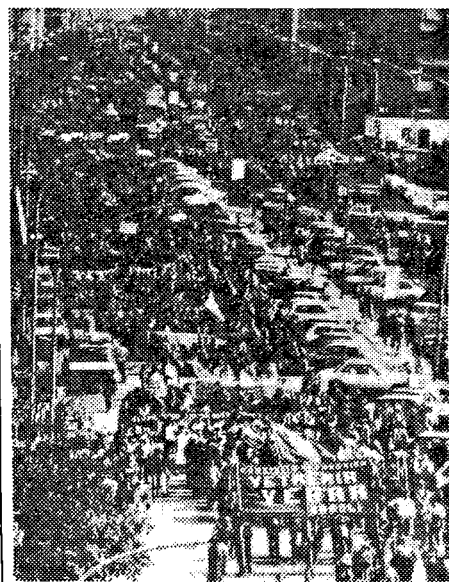
kommunistischen Senatoren führte. Bis zum 15. April muß jetzt auch die Abgeordnetenkammer zustimmen, sonst verfällt das Dekret.

Durch die Demonstration haben die Versuche der Reaktion, den Kern des Industrieproletariats und politisch die Kommunisten zu isolieren (vergl. Pol. Ber. 5/84), einen herben Rückschlag erlitten. Führende Christdemokraten und Republikaner sind vorsichtig von dem Dekret abgerückt. Die Polemik zwischen den Gewerkschaftsbünden hat an Schärfe nachgelassen. Die lombardische Regionalkonferenz der CGIL hat am 28. März mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen, „die typischen Gegenstände der gewerkschaftlichen Tarifpolitik für freie Verhandlungen zwischen den Tarifparteien zurückzugewinnen“.

Die Auseinandersetzung um das Dekret hat eine Grundsatzfrage gewerkschaftlicher Politik aufgerissen: Soll die Lohnpolitik vollständig in Spitzengesprächen zentralisiert werden, um damit „Einfluß“ auf die Wirtschaftspolitik der Regierung zu erkaufen? Oder erfordert der gewaltige Rationalisierungsprozeß nicht gerade, Raum für die Initiative der Einzelgewerkschaften und der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation zurück zu gewinnen? Zu letzterer Einsicht ringt sich die Mehrheit der CGIL – nicht ohne Selbstkri-

tik – jetzt durch. Die in den großen Kämpfen Ende der 60er Jahre entstandenen Fabrikräte – von allen Lohnabhängigen ohne Rücksicht auf die Gewerkschaftszugehörigkeit gewählte Vertrauensleutekörper, die zugleich die Funktion Betriebsräte wie in der BRD wahrnehmen – haben dabei besondere Bedeutung. Sie waren Initiatoren und Rückgrat der Streikbewegung der letzten anderthalb Monate; von einer landesweiten Versammlung von Fabrikräten ging auch die Initiative zur Demonstration am 24. März aus.

Die einheitlichen Fabrikräte waren die organisatorische Basis der Aktionseinheit der Richtungsgewerkschaften und des angestrebten, aber nie verwirklichten Zusammenschlusses in einer Einheitsgewerkschaft. Um so bedrohli-



Massendemonstration am 24. März in Rom: eine der vier Marschsäulen.

Aufruf der CGIL zur Demonstration in Rom

Das Sekretariat der CGIL hat Aufforderungen und Vorschläge aus der laufenden Kampfbewegung aufgegriffen und beschlossen, für den 24. März zu einer nationalen Demonstration in Rom zur Unterstützung ihrer Initiativen aufzurufen, die darauf gerichtet sind, die Rücknahme oder eine radikale Änderung des Gesetzes-Dekrets über die Einschränkung der *scala mobile* zu erreichen und eine effektive Wende in der Wirtschaftspolitik der Regierung zu den vorrangigen Zielen der Beschäftigung und des Kampfes gegen die Inflation herbeizuführen. Die CGIL bringt damit den Willen eines sehr großen Teils der italienischen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck, in den demokratischsten Formen der endgültigen Verabschiedung eines Gesetzes-Dekrets entgegenzutreten, das prinzipiell unakzeptabel ist, weil es sich an die Stelle freier Ver-

handlungen und der Regeln des sozialen Konsens in einer Frage setzt, die immer ausschließlich der gewerkschaftlichen Tarifpolitik vorbehalten gewesen ist. Die Vorschriften des Dekrets zum Lohn sind in der Sache unakzeptabel, da sie nicht nur die *scala mobile* auf Dauer verstümmeln und eine Reform dieser Einrichtung unmöglich machen, sondern auch eine wirtschaftspolitische Linie sanktionieren würden, die die Senkung der Arbeitskosten und des Reallohns zum einzigen Mittel der Eindämmung der Inflation macht.

Um für dieses grundlegende Ziel einzutreten, auf erste konkrete Resultate im Kampf für beschäftigungspolitische Sondermaßnahmen, Kontrolle und Eindämmung der Preise und eine gerechtere Steuerpolitik zu drängen und den Weg zu einer Reform der Arbeitskosten und der Lohnstruktur offenzuhalten, ruft die CGIL alle Werktätigen auf, der Demonstration breiteste Unterstützung und Beteiligung zu geben und ihren strikt konstruktiven und gewerkschaftlichen Charakter zu gewährleisten ...

Die Demonstration ist ein freier Ausdruck des Willens und des Kampfes, zu dem die CGIL alle Werktätigen, Gewerkschaftsmitglieder und Vertrauensleute einlädt, wobei sie jedoch nicht zu förmlichen Unterstützungsbeschlüssen einheitlicher Gewerkschaftskörper auffordert und Gewaltstreiche in diese Richtung ausschließt, um die Rolle des einheitlichen Charakters der Räte, dieses großen demokratischen demokratischen Guts der italienischen Gewerkschaftsbewegung, zu wahren. Das Sekretariat verpflichtet die Gliederungen der CGIL auf allen Ebenen, die breiteste Beteiligung an der Demonstration zu fördern und zu organisieren, und ruft die einzelnen Werktätigen, Vertrauensleute und Gewerkschaftsmitglieder in der Gewißheit zur Unterstützung auf, daß ihre massenhafte Beteiligung den zuverlässigsten Ausdruck ihres Willens darstellen wird, in einem so schwierigen Moment die Perspektive der Gewerkschaftseinheit zu verteidigen.

eigene Übersetzung nach: l'Unità v. 7.3. 1984

cher ist es, daß in einigen, auch größeren Betrieben, Mitglieder der beiden kleineren Gewerkschaftsbünde aus den Fabrikräten ausgezogen sind. Die sozialistisch-republikanische UIL scheint sogar systematisch wieder eigene betriebliches Vertretungskörper bilden zu wollen. Die Gefahr einer dauerhaften Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ist noch keineswegs gebannt.

Um eine Vertiefung der Spaltung zu vermeiden, will die Mehrheit der CGIL vorerst nicht zu einem Generalstreik aufrufen. Problematischer ist, daß sie gleichzeitig Angebote zu einer „akzeptablen“ Kürzung der Inflationszuschläge macht: eine auf dieses Jahr beschränkte Kürzung sei annehmbar, wenn die 1984 verlorenen Zuschläge wenigstens in kommenden Jahren gezahlt würden. Da die Inflation weiterhin schneller läuft als von der Regierung „geplant“, verliert nach dem Dekret jeder Lohnabhängige allein in diesem Jahr wahrscheinlich 282000 Lire (460 DM).

Die Nationale Koordination der Fabrikräte hat für die nächsten zwei Wochen beschlossen, örtlich und regional zu weiteren Streiks aufzurufen. Wenn das Dekret nicht in der Abgeordnetenkammer zu Fall gebracht wird, will die Koordination nach dem 15. April über weitere Kampfmaßnahmen, z.B. auch einen landesweiten Generalstreik, beraten.

Quellenhinweis: l'Unità, März 1984; Corriere della Sera, 24 Ore, 25.3.84 – (ulg)

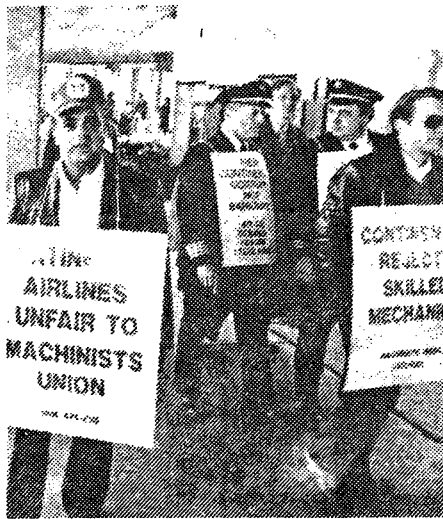
US-Gewerkschaften Gesetzesänderung gegen Tarifbruch gefordert

Der Oberste Gerichtshof der USA hat den Kapitalisten in einem Gerichtsurteil Mitte Februar den Bruch der Tarife abgesichert. Wenn ein Kapitalist im Rahmen des Konkursgesetzes einen Vergleich beantragt, hat er nach dem bestehenden Gesetz das Recht, sämtliche Tarifverträge aufzukündigen. Laut Gericht muß er nur darauf verweisen, daß die Höhe der Löhne sein Geschäft belastet und für eine Rekonstruktion der Firma hinderlich sei. Zuvor muß der Kapitalist die Gewerkschaften aufgefordert haben, der geforderten Lohnsenkung zuzustimmen. Das Gericht befand weiter, daß der Kapitalist die Tarifverträge einseitig aufheben kann, ohne eine beantragte Gerichtsentscheidung abwarten zu müssen.

Dieses Gerichtsurteil bezieht sich zwar auf den Tarifbruch eines Baukapitalisten aus dem Jahr 1980. Im letzten Jahr hatten aber die Kapitalisten der Fluggesellschaft Continental Airlines ebenfalls unter Berufung auf das Konkursgesetz die Firma für drei Tage

stillgelegt, die Tarife aufgekündigt und nach Wiedereröffnung nur ein Drittel der bisherigen Belegschaft von 12000 zu weniger als der Hälfte des bisherigen Gehaltes einstellen wollen. Gegen diesen Tarifbruch organisierten die Gewerkschaften der Piloten, der Flugbegleiter, der Mechaniker und der Büroangestellten Ende September den Streik. Die Kapitalisten stellten Streikbrecher ein, von denen sie zuvor einen Teil für den Streikbruch ausgebildet hatten, und erklärten, daß sie die Gewerkschaften aus dem Betrieb vertreiben wollten. Die Gewerkschaften haben bis heute den Streik aufrechterhalten. Andere Fluggesellschaften haben unter Hinweis auf diesen Tarifbruch mit einem ähnlichem Vorgehen gedroht und so die Gewerkschaften in mehreren Fällen gezwungen, Lohnkürzungen hinzunehmen.

Nach dem Urteil stellte der Vorsitzende der Pilotengewerkschaft fest: „Wir haben keine Möglichkeit, mit der Firma (Continental) zu verhandeln, wenn diese Gesetzesauslegung beste-



Protestdemonstration der Piloten- und der Mechanikergewerkschaft auf dem Washingtoner Flughafen am 27.1.1984

hen bleibt.“ Die Gewerkschaften drängen auf eine Änderung des Konkursgesetz. Der AFL-CIO und die betroffenen Einzelgewerkschaften setzten durch, daß am Tag der Urteilsverkündung im Parlament ein Antrag auf Änderung des Konkursgesetzes eingebracht wurde, mit dem Angriffe auf die Gewerkschaften eingeschränkt werden können. In den bisher vorliegenden Anträgen haben die Kapitalisten aber weiterhin die Möglichkeit, nach einem Gerichtsspruch auf Vergleichseinleitung die Tarifverträge aufzukündigen, wenn sie auf einen angeblich sonst bevorstehenden Konkurs verweisen. Kapitalistenverbände und die Regierung haben sich gegen jegliche Einschränkung dieses Rechtes auf Tarifbruch ausgesprochen.

Quellenhinweis: Wall Street Journal 23.3., 3.4.84; Facts on File 24.2.84; Congressional Quarterly 3.3.84 – (gba)

VR Polen

Ergebnis des Zwischenparteitags der PVAP

Die Delegierten des 9. Parteitags der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei traten am 17./18.3. 1984 nochmals zusammen zu einem Zwischenparteitag. Eine Reihe von Funktionären, die aufgrund ihrer Unterstützung der Gewerkschaft „Solidarität“ erst zu Delegierten gewählt worden waren, waren nicht anwesend, da sie in der Zwischenzeit auf Posten im Ausland versetzt wurden und das ZK ihre Anreise als zu teuer erklärte.

Aktuell notwendig war das Zusammentreten der Delegierten, um die Wahlen zu den Volksräten, die im Juli stattfinden sollen, vorzubereiten. In größter Sorge ist die PVAP, die im letzten Jahr weiter an Mitgliedern verloren hat, wegen ihres schwindenden Einflusses auf die Jugend. Das geht aus der vom Parteitag verabschiedeten Resolution zur Vorbereitung der Wahlen hervor, in die als Punkt aufgenommen wurde: „Eine wichtige Aufgabe der Parteimitglieder ist die Vorbereitung der Teilnahme der jungen Generation an den Wahlen, besonders der Bürger, die sich zum erstenmal an die Wahlurnen begeben.“ Die PVAP befürchtet, daß große Teile der Jugend keinen Anlaß sehen, durch den Wahlgang die Politik der Partei zu legitimieren, und daß sie eher Parteigänger der katholischen Kirche wählen.

Das Verhältnis zur Kirche erneut festzulegen, ist u.a. das Bestreben der Delegierten in einer Stellungnahme zum Projekt eines neuen Parteiprogramms der PVAP. Sie erklärten die Anerkennung der Bekenntnisfreiheit und der Trennung von Kirche und Staat zur Vorbedingung für eine „konstruktive Zusammenarbeit von Staat und Kirche“. Man kann vorerst nur vermuten, daß die Führung der PVAP nicht ernstlich daran denkt, die Kirche samt ihren Emblemen aus den Schulen zu setzen, sondern daß sie einen weiteren, für die ideologische Entwicklung der Arbeiterklasse hemmenden Kompromiß mit der Kirche anstrebt.

Laut Darstellung der Parteizeitung Trybuna Ludu soll das neue Programm von dem kommenden 10. Parteitag, der in etwa zwei Jahren stattfindet, verabschiedet werden. Zu den vom ZK vorbereiteten „Materialien zur Diskussion über das Programm der PVAP“ stellte die Konferenz fest: „In allen Teilen des Programms muß die Idee der Befestigung der Hauptrolle der Arbeiterklasse im Leben der Nation und des Staates hervorgehoben werden. Dazu gehört ebenfalls die Präzisierung der Haupttendenzen der Ent-

wicklung des Staates und der sozialistischen Demokratie. Eine großzügige Interpretation und eine Konkretisierung erfordert die Frage der führenden und leitenden Rolle der Partei in der Gesellschaft und im Staat.“ Was an wirklichen Änderungen herauskommen wird, wird sich erst im Verlauf der allgemeinen Parteidiskussion, die vor Annahme des Programmwerfs geführt werden soll, deutlicher abzeichnen.

Quellenhinweis: Trybuna ludu vom 19.3. 1984; FAZ vom 19. u. 21.3. 1984 – (anl)

Türkei Regierung in den Kommunalwahlen gefestigt

Am Sonntag, den 25.3.84 haben in der Türkei die Kommunalwahlen stattgefunden. Die rechte Regierungspartei, die Mutterlandpartei ANAP unter Ministerpräsident Özal, konnte dabei mit einem Stimmanteil von 41,56% die meisten Wahlkreise gewinnen. Die sozialdemokratische SODEP, die bei den Parlamentswahlen 1983 von Juntachef Evren verboten worden war, erzielte 23,6% der Stimmen und ist damit zweitstärkste Partei. In den Großstädten Ankara und Istanbul kam der Stimmanteil der ANAP auf fast 50%, in den ländlichen Regionen gab es auch Zugewinne. In den kurdischen Wahlkreisen erhielten die Sozialdemokraten in der Regel einen höheren Stimmanteil als im Durchschnitt, oft hat hier auch die MDP, die von Evren favorisierte Partei, auch einen höheren Stimmanteil als durchschnittlich (6,9%).

Sicherlich ist der Ausgang dieser Wahl schon ein Ergebnis der Zerschlagung aller kollektiven Organe des Volkes und der Arbeiterklasse und nicht, wie das „Handelsblatt“ wertet, ein „Plebizit gegen die Militärs“, das türkische Volk beginne, dem Militär die Macht auf demokratischem Wege aus der Hand zu nehmen. Der Vorgang ist umgekehrt. Und an den Ergebnissen der imperialistischen Politik gegenüber der türkischen Bourgeoisie und dem Volk läßt sich das leicht ablesen.

Gegenwärtig findet in Cesme bei Izmir in der Türkei die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO statt. Für die BRD ist Verteidigungsminister Wörner angereist. Beschlossen werden soll, daß in der Türkei Cruise Missiles stationiert werden. Regierungschef Özal ist nicht abgeneigt. Im Gegensatz zu früheren Regierungen, die vorsichtig zwischen den westlichen imperialistischen Ländern und den Ländern des Warschauer Paktes operierten, erklärte Özal gleich nach der Kommunalwahl, daß die Türkei mehr Militärlhilfe von der BRD erwarte, da sich

die Ausrüstung der türkischen Streitkräfte mit der Ausrüstung der bulgarischen, sowjetischen und syrischen Armeen nicht messen könne. Das ist doch eine leichte Kursänderung, hatte doch die sozialdemokratische Regierung Ecevit noch die Militärlhilfe zum Aufbau einer unabhängigen Armee verlangt, was nicht besser, weil gegen Zy-



Gegensatz zwischen Evren und Özal? Der Militärapparat sichert die imperialistischen Profite.

pern gerichtet, war, aber doch nicht so ganz dem NATO-Standpunkt folgte, der die türkische Armee in der Hauptsache an der Grenze zur Sowjetunion stationiert haben wollte.

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat, statt gegen die Reise von Minister Wörner zu protestieren, die Entsendung einer Bundestagsdelegation in die türkischen Gefängnisse durchgesetzt. Das wundert uns nicht, denn die BRD ist eifrig dabei, der türkischen Regierung die Vorteile der politischen Psychiatrie beizubringen. Ziel: Die blutige Folter soll durch die weiße, in der BRD praktizierte, ersetzt werden.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 26.3. bis 30.3. – (eve)

Indien 300000 Hafenarbeiter im Streik

Mit äußerster Härte ist die Regierung Gandhi jetzt gegen den seit dem 16. März 1984 andauernden Streik der indischen Hafenarbeiter vorgegangen. Der Streik wurde von Anfang an in allen zehn Hafenstädten Indiens vollständig durchgeführt. Insbesondere die wichtigsten Häfen in Bombay – Indiens größtem Hafen –, Kalkutta und Madras sind stillgelegt. Am 16.3. wurden überall in großen Demonstrationen die Forderungen der Hafenarbeiter erhoben. Der Streik wird von den vier wichtigsten Gewerkschaften getragen. Die Forderungen sind auf eine 32%ige

Erhöhung der Sozialzulagen und Löhne gerichtet (ca. 45,- DM). Die Regierung hatte sich nach über einjähriger Verhandlung zu einem 16%-Angebot durchgerungen. Eine Aufforderung der Regierung, den Streik um eine Woche aufzuschieben, lehnten die Dockarbeiter ab.

Drei Tage nach der Ausrufung des Streiks, am 19.3., erließ die indische Regierung ein Verbot des Streiks und drohte den Einsatz von Militär und Polizei zur Entladung der knapp 300 vor den Häfen liegenden Schiffe an. Die Regierung beruft sich dabei auf ein 1982 erlassenes Gesetz, nach dem Streiks in Schlüsselindustrien und „lebenswichtigen Bereichen“ (öffentlicher Dienst, Nahrungsmittelindustrie etc.) verboten werden können, wenn sie gegen „Belange von nationaler Bedeutung“ gerichtet sind. Somit sei auch dieses Verbot verfassungsgemäß und rechens, betonte ein Sprecher des Ministeriums für Seefahrt und Verkehr. Die große Mehrzahl der Schiffe, die zu entladen sind, haben Rohöl, Getreide, Stahl und andere Rohstoffe geladen. Empfindlich trifft der Streik die indische Regierung auch deshalb, weil sie gerade in größerem Umfang Lieferverträge für Maschinenbauteile abgeschlossen hatte und versucht, insbesondere mit imperialistischen Ländern ins Geschäft zu kommen (z.B. bei der Hannover-Messe im April 1984).

Offensichtlich um einen Durchbruch gegen den Streik zu erzielen, wurden am 20.3. Truppen in der kleineren Hafenstadt Paradip eingesetzt. Dabei kam es zu heftigen Kämpfen zwischen Streikenden und bewaffneten Polizei- und Militäreinheiten, bei denen mehrere Streikende und ihre Familien getötet wurden (die „Tageszeitung“ meldet 1200 Tote, 29.3.). Ein ganzes Stadtviertel wurde von Militäreinheiten in Brand gesteckt.

Die Heftigkeit, mit der die Tarifaussinandersetzungen in einigen wichtigen Bereichen der indischen Industrie geführt werden (Jutearbeiterstreik, Textilarbeiterstreik) und die massenhafte Beteiligung rühren vor allem daher, daß die Preise für Grundnahrungsmittel bis zu 30% gestiegen sind. Die indische Regierung hat entsprechend einer Auflage des Internationalen Währungsfonds (IWF) Subventionen für Reis und andere Grundnahrungsmittel gekürzt bzw. gestrichen. Gleichzeitig wurden Tarifverhandlungen hinausgezögert.

Gegen die Illegalisierung des Streiks und den Einsatz von Truppen hat der Internationale Transportarbeiterverband (London) Protest eingelegt und gedroht, alle in Indien be- und entladenen Schiffe weltweit zu boykottieren.

Quellenhinweis: Times of India, Bombay, 26.3.84; Guardian, Großbrit., 17.3.84; Tageszeitung, 29.3.84; Handelsblatt, 20.3.84 – (cog)

Fehler in der Wirtschaftsentwicklung zwingen die Frelimo zu Zugeständnissen

Die Frelimo-Regierung Mosambiks sei jetzt nach Jahren „marxistischer Mißwirtschaft“ und dem vergeblichen Versuch, gestützt auf die Länder des RGW die Wirtschaft zu entwickeln, gezwungen, bei Südafrika und den westlichen Ländern vorstellig zu werden, um ein Verhungern von Hunderttausenden zu verhindern. Dafür müsse sie eben auch den politischen Preis in Form der Anerkennung der Republik Südafrika und des Abschlusses eines Abkommens gegen den Befreiungskampf in Südafrika zahlen. Das sind die gängigen Behauptungen in der Presse der imperialistischen Länder.

Tatsächlich jedoch konnte Mosambik trotz der Versuche der Frelimo, eine eigenständige Wirtschaft aufzubauen, auch nach dem Sturz der portugiesischen Kolonialherrschaft seine weitgehende Abhängigkeit vom imperialistischen Weltmarkt nicht beseitigen.

Deutlichstes Anzeichen für diese Abhängigkeit ist die Auslandsverschuldung Mosambiks. Anfang Februar wandte sich die Regierung Mosambiks an die französische Regierung mit der Bitte, eine Gläubigerkonferenz unter Führung der Bank der Europäischen Gemeinschaft einzuberufen, um eine Umschuldung der rund 1,4 Mrd. \$ Schulden Mosambiks gegenüber westlichen Ländern zu beraten. Dies mag von der Summe her vergleichsweise gering erscheinen, bei einem Exporterlös von insgesamt nur knapp 0,4 Mrd. \$ (1981) ist die Schuldenlast aber beträchtlich. Die Banco de Mosambique hat bereits bekannt gegeben, daß sie Schwierigkeiten habe, die Termine für die Rückzahlung von (meist hochverzinslichen) Handelskrediten einzuhalten. Hauptgläubiger, so meldet die britische „Financial Times“, sind französische und italienische Banken.

Die Regierung Mosambiks begründet in einem Dokument an die Botschafter der Gläubigerländer ihren Umschuldungswunsch mit den Einnahmeverlusten, die Mosambik in den acht Jahren seit der Unabhängigkeit durch den „unerklärten Krieg“ seitens Südafrika erlitt. Neben der Zerstörung von 900 Geschäften auf dem Land, 490 Schulen, 86 Gesundheitsstationen und den Verwüstungen in 140 Dörfern allein 1982 und 1983 durch die RNM bzw. die südafrikanische Armee, führt sie allerdings auch Verluste an, die als Folgen der Beseitigung der Kolonialherrschaft in Mosambik entstanden, etwa den Wegfall von Goldzahlungen Südafrikas an das damalige Regime für

die Überlassung mosambikischer Wanderarbeiter in die südafrikanischen Bergwerke.

So sehr also der Terror der Republik Südafrikas die wirtschaftliche Entwicklung Mosambiks seit der Unabhängigkeit beeinträchtigt hat, kann allein damit die gegenwärtige Krise (1983 fehlten grob geschätzt 670000 Tonnen Getreide) und die drohende Zahlungsunfähigkeit gegenüber den imperialistischen Gläubigern nicht erklärt werden.

Die Kolonialwirtschaft Mosambiks bestand zum einen in großen Siedlerfarmen, auf denen Landarbeiter hauptsächlich für den Export (Cashewnüsse, Zuckerrohr, Tee und Baum-

wolle) produzierten. Die Hälfte der Außenhandelseinnahmen vor 1975 stammten aus der Verschiffung südafrikanischer Waren über den Hafen von Maputo. Die 250000 portugiesischen Siedler waren, abgesehen von den großen Farmern, kleineren Fabrikbesitzern, Vorarbeitern und dem Unterdrückungsapparat, oft Händler, nahezu alle Läden auf den Dörfern gehörten Portugiesen. Bei einer Bevölkerung von rund 12 Mio. waren 1975 rund 127000 Schwarze Wanderarbeiter in den Bergwerken Südafrikas, mehrere tausend als Farmarbeiter im östlichen Transvaal.

Die Frelimo verfolgte nach der Befreiung und der schlagartigen Flucht der portugiesischen Siedler zunächst folgende Politik: Weiterführung der verlassenen Siedlerfarmen und Plantagen als Staatsfarmen, um neben wichtigen Exportprodukten vor allem die Ernährung der Stadtbevölkerung sicherzustellen und einen Akkumulations-

	Wichtige Handelsbeziehungen (Mio. \$)				Handelsprodukte (Mio. \$)			
	Ausfuhr n.		Einfuhr v.		Import v.		Export v.	
	1981	1982	1981	1982	Prod.	1981	Prod.	1981
USA	50,9	83,1	26,5	35,0	Maschinen u.ä.		Cashew	55,3
DDR	35,0	23,0	60,0	80,0	Ersatzteile	131,0	Garne	
Frankreich	8,4	9,9	64,3	65,1	Rohstoffe Halbf.	99,4	Zucker	53,3
Niederlande	12,5	14,6	41,4	13,8	Konsum	308,8	Tee	41,7
Großbrit.	9,4	17,2	35,3	23,5	Gesamt	139,3	Baumw.	31,9
Brasilien	0,3	—	36,9	76,1		678,5	Übrige	25,8
BRD	12,9	12,0	21,4	28,4				137,2
Portugal	12,0	—	20,0	—			Gesamt	345,1

Südafrika und UdSSR fehlen, da keine Angaben veröffentlicht.
Quelle: African Business, Dez. 1983, nach UN-Statistiken

Internationale Presse: Ein Sieg Südafrikas, der nur der Anfang sein soll

Die internationale Presse beurteilt das Abkommen zwischen Südafrika und Mosambik einhellig als einen Erfolg der Republik Südafrika. Diesen Erfolg wollen die westlichen Imperialisten nutzen, um mit Hilfe der RSA ihren Einfluß in der Region zu stärken. Die französische Zeitung „Le Figaro“ hebt hervor:

„Der erste ‚Pax Pretoriana‘, wie die südafrikanische Presse das Abkommen nennt, stellt einen vollständigen Sieg für die Südafrikaner dar, die auch noch gemischte Patrouillen an der Grenze erreichen haben, um die Undurchlässigkeit sicherzustellen ...

Herr Botha unterstrich gegenüber seinem Gewährsmann, daß Südafrika die ökonomischen Kapazitäten habe, „um seinen Nachbarn zu helfen ... um die gegenseitigen Beziehungen zu festigen.“ (Le Figaro v. 18.3.84)

Die britische Zeitung „The Guardian“ weist auf die Gründe der Re-

gierung Mosambiks für das Abkommen und die Interessen Südafrikas am Abkommen hin:

„Vor dem Hintergrund der von Südafrika unterstützten Rebellen, der lähmenden Dürre und dem ökonomischen Chaos, waren einige Beobachter wenig mitfühlend in ihrer Sicht von Präsident Samora Machel's Zustimmung, das Abkommen zu unterzeichnen.

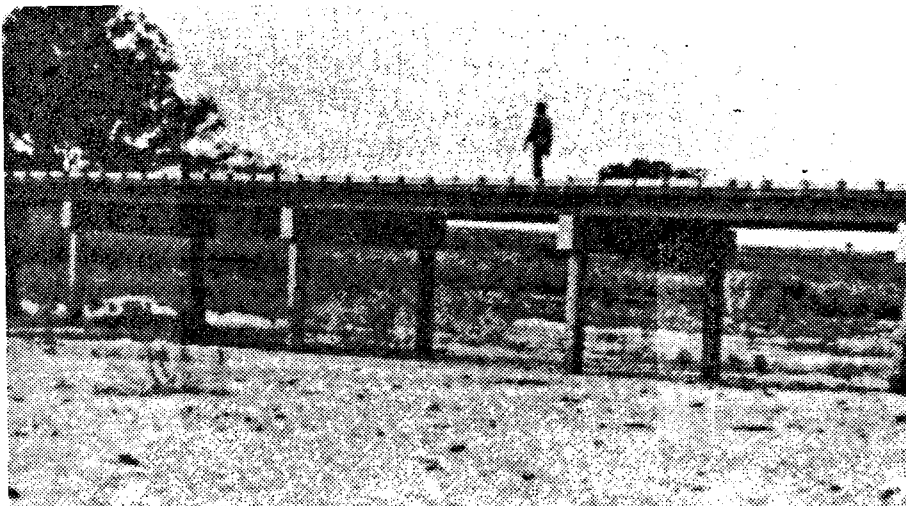
Privat wird hinzugefügt, daß Mosambiks ökonomische Schwierigkeiten ebensoviel mit der gestrigen Unterzeichnung zu tun haben wie die von Südafrika.“ (The Guardian, 17.3.84)

Die „ökonomischen Schwierigkeiten Südafrikas“ in Afrika rühren aus dem Wirtschaftsboykott, den die OAU gegenüber dem rassistischen Siedlerregime beschlossen hat, und der den südafrikanischen und den in Südafrika tätigen imperialistischen Konzernen erschwert, auf dem ganzen Kontinent tätig zu werden. Die „Frankfurter Allge-

fonds zur industriellen Entwicklung vorgesehen war der Aufbau einer Grundstoffindustrie – zu schaffen. Die große Masse der Kleinbauern sollte zunächst ihre Subsistenzwirtschaft fortführen und allmählich durch das Beispiel der Staatsfarmen und freiwilliger genossenschaftlicher Zusammenschlüsse von den Vorteilen kollektiver Produktion überzeugt werden.

Die Frelimo kritisierte diese Politik auf ihrem vierten Parteikongreß im April 1983 als Fehler: Der innere landwirtschaftliche Markt brach weitgehend zusammen, nicht nur, weil die portugiesischen Händler geflohen waren. Die Kleinbauern verringerten ihre Produktion wegen niedriger Erzeugerpreise, fehlenden Konsumgütern zum Austausch gegen Agrarprodukte (die eigene Produktion ist gering, die Einfuhr aufgrund sinkender Deviseneinnahmen aus den Geschäften mit Südafrika rückläufig) sowie aufgrund der Notwendigkeit für viele, jetzt zusätzliche Nahrung erzeugen zu müssen für die Familienmitglieder, die vormals als Wanderarbeiter in Südafrika ihre Arbeitskraft verkauften. So brachten die kleinen, im Familienverband produzierenden Bauern, die rund 70 – 80% des gesamten Agrarprodukts schufen, 1982 nur 10% ihrer Produktion zum Verkauf.

Die Folgen: Die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung verschlechterte sich, Mosambik ist in wachsendem Maße auf Nahrungsmiteleinfuhren angewiesen. Die Industrieproduktion stagnierte ebenfalls. Der größte Teil der Betriebe verarbeitet



Die seit zwei Jahren anhaltende Dürre (im Bild ein ausgetrocknetes Flußbett) zwingt die Regierung zu raschen Notmaßnahmen.

die landwirtschaftlichen Exportprodukte weiter und so sank deren Produktion im selben Maße wie die Kleinbauern die Produktion z.B. von Cashew-Nüssen einschränkten. Der Aufbau von z.B. Traktorenfabriken war dann mangels ausreichender Akkumulation nicht möglich.

Die Frelimo beschloß daraufhin auf ihrem Parteikongreß die Förderung der Nahrungsmittelproduktion durch Erhöhung der Erzeugerpreise für die Kleinbauern und eine Entwicklung des Handels mit diesen Familienwirtschaften durch einen Ausbau der Konsum- und Produktionsmittelindustrie auf kleinindustrieller und lokale Ressourcen nutzender Basis. Zugleich will die Frelimo die landwirtschaftliche Produktion durch die Umsiedlung von

rund 40000 Arbeitslosen aus den Städten in die fruchtbaren aber nur wenig besiedelten Gebieten im Norden sowie auf Staatsfarmen steigern.

Ob damit das Bündnis der Kleinbauern, Arbeiter und der sich langsam entwickelnden städtischen Intelligenz gefestigt werden kann, muß ebenso bezweifelt werden wie die Hoffnung der Frelimo, die Öffnung des Landes für imperialistisches Kapital – Ölprospektion durch Esso und Shell, Wiederöffnung des Hafens von Maputo für Südafrika, Hotelbetrieb für weiße Touristen – zur Verbesserung der Devisenlage und Entwicklung des inneren Marktes zwar nutzen aber doch auf wenige Jahre begrenzen zu können.

Quellenhinweis: Facts and Reports, versch. Ausg.; Informationsdienst südliches afrika 10/11 1983 – (alk, uld)

meine Zeitung“ bemängelt, daß das Abkommen unter Druck von Mosambik geschlossen wurde und bezweifelt seinen Wert für weiteres Vorgehen gegenüber anderen Staaten im südlichen Afrika:

„Der Wert des Abkommens wird dadurch gemindert, daß der Frelimo-Regierung in Maputo kaum eine andere Wahl blieb, als auf die südafrikanischen Bedingungen einzugehen, weil ihr das Wasser bis zum Hals steht ...“

Die vor kurzem noch erstarrten Fronten im südlichen Afrika sind jedenfalls erheblich in Bewegung geraten, und niemand kann zur Stunde noch vorausagen, wohin das noch führen wird. Das Echo in der näheren und fernerer Nachbarschaft jener Staaten, die sich jetzt von der südafrikanischen ‚Friedensoffensive‘ überwältigen ließen, ist verdächtig kühl.“ (FAZ v. 17.3.84)

Die US-Zeitung „Wall Street Journal“ geht davon aus, daß das Abkommen Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen den Imperialisten und den unabhängigen Staaten im südlichen Afrika haben wird und kündigt weiteres Vorrücken der RSA an:

„Der Nichtangriffspakt, der am Freitag zwischen Südafrika und Mosambik abgeschlossen wurde, verspricht eine neue Ära der Kooperation im südlichen Afrika ... Zum ersten Mal hat einer aus dem Kreis der feindlichen Staaten, die Südafrika umringen, formell die Legitimität eines Landes anerkannt, dessen Politik der Rassentrennung es zu einem Verstoßen in Afrika gemacht hat und ihm weltweite Verdammung eingebracht hat ... Es (das Abkommen, d. Übers.) verspricht den Beginn eines Sicherheitsgürtels für Pretoria.“

Südafrikas Existenzrecht ist von der OAU niemals anerkannt worden ... Das Abkommen wird als ein Vorspiel für umfangreichere Kooperation zwischen Südafrika und seinen Nachbarn angesehen.“ (Wall Street Journal v. 19.3.84)

Die Imperialisten hoffen, ihre Bastion im südlichen Afrika mit Hilfe eines Bündnissystems mit den angrenzenden Staaten zu stabilisieren, dem Befreiungskampf der azanischen Arbeiter und Bauern die Unterstützung zu entziehen und diese zu isolieren. Die Bemühungen ehemaligen Kolonien im südlichen Afrika, eine unabhängige

Wirtschaft aufzubauen, sollen zu nichte gemacht und deren politische Bündnisse mit der UdSSR rückgängig gemacht werden. Die sowjetische Zeitschrift „Neue Zeit“ kritisiert die Stabilisierung des südafrikanischen Regimes durch das Abkommen mit Mosambik und ein ähnliches, noch nicht ratifiziertes Abkommen zwischen Angola und der RSA, greift aber die Absichten der Imperialisten gegenüber beiden Staaten nicht an:

„Angola und Mosambik ließen sich auf Verhandlungen mit der RSA ein. Das war ihrerseits möglicherweise ein logischer Schritt ... Bei den Verhandlungen mit der RSA wollen Mosambik und Angola vor allem die Beendigung der Aggression der RSA und deren Verzicht auf Unterstützung der Banden der MNR und der UNITA erreichen.“

Völlig andere Ziele verfolgen die RSA und die USA. Sie wollen das Apartheidsystem in der RSA bewahren, das Rassistenregime entgegen den Beschlüssen der UNO und der OAU der internationalen Isolierung entreißen ...“ (Neue Zeit Nr. 12/84)



Hitchcocks „Fenster zum Hof“

Wer sich anomal verhält, ist verdächtig – Zuschauer mit dem Voyeur auf Verbrecherjagd

Alte Filme von Alfred Hitchcock stehen nach dem Tode des Meisters wieder auf dem Programm der großen Kinos in der BRD. Die Spekulation der Filmindustrie war richtig: Die Häuser sind gut gefüllt, denn der Name Hitchcock steht für spannende, raffiniert gemachte Unterhaltung. Als erstes Hitchcock-Produkt aus den fünfziger Jahren ist in den meisten Städten der Film „Das Fenster zum Hof“ angelaufen.

Einziger Schauplatz des Films ist der Hinterhof einer New Yorker Vorstadtstraße. In einem Hinterhofgebäude haust ein Illustriertenfotograf, der durch einen komplizierten Knochenbruch an den Rollstuhl gefesselt ist und dessen wesentlicher Zeitvertreib darin besteht, den Mietern in den gegenüberliegenden Wohnungen in die Fenster zu schauen – wenn nötig, mittels Fernglas und Teleobjektiv. Zu sehen gibt es genug: eine Balletteuse, die ständig übt, wenn sie nicht gerade Männerbesuch hat; ein Schlagerkomponist, der laufend Feste feiert; eine ältere, schrullig wirkende Bildhauerin, die den Hinterhof zu ihrem Atelier gemacht hat; eine vereinsamte Dame, die auf die große Liebe wartet; ein junges Paar, das allerdings die Jalousien meist geschlossen hat; ein Vertreter mit seiner Frau, die ständig im Bett liegt und ihn tyrannisiert. Die Kameraeinstellungen wechseln nur zwischen dem Hinterhof, den Fenstern der gegenüberliegenden Wohnungen und der

Wohnung des Illustriertenfotografen, der ab und zu von einer Krankenschwester oder seiner mondänen Freundin aus der Modebranche besucht wird. Obwohl für eine ganze Weile nichts passiert, wird der Film nicht langweilig; denn der Zuschauer wird zum interessierten Komplizen gemacht bei der Einmischung des Fotografen in die Privatangelegenheiten anderer. Da dieser Fotograf nicht als spießiger neugieriger Nachbar dargestellt ist, gelingt das auch ganz gut.

Schließlich ereignet sich doch etwas. Der Fotograf stellt fest, daß der schon genannte Vertreter mehrmals nachts mit seinem Vertreterkoffer das Haus verläßt und daß am nächsten Morgen die bettlägerige Frau des Vertreters, die ihn ständig tyrannisierte, nicht mehr da ist. Die Vermutung des Fotografen: Mord. Als er dann noch bemerkt, daß der Vertreter Fleischermesser und Säge putzt und das Badezimmer gründlich reinigt, wird aus seinem passiven Voyeurismus aktive Einmischung in die Privatsphäre des Vertreters. Der Fotograf verständigt seinen Bekannten bei der Kripo. Als der sich weigert, den Spekulationen nachzugehen, versucht der Fotograf die Aufklärung auf eigene Faust. Erst schickt er dem Vertreter einen ungezeichneten Drohbrief und beobachtet dessen Reaktion auf den Brief durch das Fernglas. Anschließend schickt er Freundin und Krankenschwester auf

Erkundung in die Vertreterwohnung.

Dann das Finale: Der Vertreter hat inzwischen gemerkt, wer ihn beobachtet und verfolgt hat. Aus dem Jäger, dem Fotografen, wird der Gejagte. Der Vertreter dringt in seine Wohnung ein und versucht, den an den Rollstuhl gefesselten Fotografen aus dem Fenster zu stürzen. In dem Moment erscheint die Polizei und rettet den Fotografen. Der Vertreter ist geständig, daß er seine Frau umgebracht hat.

Der Film erfüllt die Ansprüche an gehobene Abendunterhaltung, indem er neben Nervenkitzel eine gute, sparsame Kameraführung bietet und den Zuschauer zumindest eine Zeitlang im Zweifel läßt, ob an den Spekulationen des Fotografen etwas dran ist. Trotz der wenigen Akteure und des einzigen Schauplatzes der Handlung ist der Film fesselnd. Die reaktionäre Philosophie Hitchcocks ist also bestens verpackt. Denn was ist es anderes als reaktionär, wenn in diesem Film – wie auch in Hitchcocks „Frenzy“ z.B. – das Verbrechen losgelöst von seinen gesellschaftlichen Ursachen behandelt und die verbreitete Anschauung bekräftigt wird, daß jeder zu jedem Verbrechen fähig ist, eben wie der Vertreter oder sonst irgendeiner? Außerdem verkauft der Film die Einmischung in die Privatsphäre anderer als durchaus legitim, sozusagen im gesellschaftlichen Interesse. – (wom)

„Positive Utopie“: Alles bleibt, wie es war

Der in der Reihe „positive Utopien“ erschienene Roman „Die Parzelle“ des westdeutschen Autors W. Zillig ist von den Herausgebern als Gegenbeispiel zur pessimistischen Kritik Orwells an der Zukunft veröffentlicht worden. Die darin beschriebene Gesellschaftsentwicklung mutet an wie die Perfektion des preussischen Grundsatzes, nach dem jeder nach seiner „Fasson selig werden kann“ – solange davon die Eigentumsverhältnisse und die Staatsgewalt nicht bedroht sind. Wer will, kann sich mit staatlicher Genehmigung in eine „Parzelle“ zurückziehen und dort seinen Utopien anhängen, hermetisch von der übrigen Gesellschaft abriegelt. „Deutschland“ befindet sich auch im Jahre 2021 nach wie vor im Stadium des fortgeschrittenen Kapitalismus, soziale und politische Unruhen sind durch die „Parzellen“ befriedet. Die scheinbar einzige Möglichkeit für einen Fortschritt dieser Gesellschaft entsteht, als einer außerhalb, aber mit Hilfe einer Parzelle entdeckt, daß bei ausreichendem Training jeder, der will, seine eigene Welt erschaffen kann – in Gedanken, die dann zur Wirklichkeit werden, in der er sich bewegen kann. Der Unterschied zwischen Wirklichkeit und Schein löst sich auf in die Ideen der einzelnen, bis nicht mehr unterscheidbar ist, ob die Ideen ohne die Menschen nicht ebenso existieren wie die Materie oder ob nicht die Materie die Idee ist. Dadurch, daß in der Idee alles veränderbar wird, ändert sich in den realen Verhältnissen nichts.

Werner Zillig, Die Parzelle, Goldmann-Verlag, Edition 84, Nr. 8402, 9,80 DM – (uld)

Leiden an „Deutschland“

Als eine Journalistin von dem Tod einer früheren Mitschülerin, mit der sie Ende der dreißiger Jahre in der Oberstufe des Gymnasiums in Berlin zusammen war, erfährt, macht sie sich daran, die Lebensgeschichte dieser Katrin Lambert kennenzulernen. Ingeborg Drewitz läßt in ihrem Roman die Journalistin mit Verwandten und Bekannten der Toten sprechen. Die Nachspürkonstruktion des Romans macht es I. Drewitz möglich, die Geschichte dieser Mitschülerin und ihrer Stationen mit der Geschichte des Deutschen Reiches, der BRD und Westberlins zu verbinden.

Die verschiedenen Berichte über die Verstorbene bleiben Bruchstücke. Eine endgültige Klärung, ob Selbstmord oder Unglücksfall, wer die „Schuldigen“ oder die „Opfer“ sind, läßt die Ich-Erzählerin ausdrücklich offen: „So schwierig ist das: ein Kalkül ohne Spielregeln.“ Die Verfasserin I. Drewitz hat sicherlich Recht damit, daß die Entscheidungen der Menschen in bestimmten Situationen, ihr Nichthandeln, ihr Versagen sich nicht ableiten lassen als mechanische Auswirkungen von bestimmten „Spielregeln“ – vielleicht kann man auch sagen, von bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen. Aber die Verfasserin stellt keine Überlegungen an, ob die persönlichen Handlungen mit historischen und materiellen Verhältnissen begründbar und erklärbar sind. Bei der Suche nach den Gründen für den Tod der Mitschülerin deutet die Erzählerin dennoch ein bestimmtes Geschichtsverständnis an. Sie läßt den Sohn der Toten sagen, daß die Verstorbene an dem litt, „was mit Deutschland los war“. Wäre die Unverständlichkeit der Lebensgeschichte behoben, wenn das Leiden an „Deutschland“ vorbei wäre oder wenn es kein solches Leiden gäbe? Identitätsfindung also in der heilen Gemeinschaft der Nation? Zumindest ein solcher Wunsch klingt in dem 1974 zum ersten Mal veröffentlichten Roman an. I. Drewitz hätte aus der Geschichte des deutschen Imperialismus lernen können, daß diese Lösung keine Möglichkeit der freien Bestimmung der Menschen über die Geschichte der Einzelnen und der Gesellschaft ist.

I. Drewitz, Wer verteidigt Katrin Lambert?, Fischer Taschenbuch Nr. 1734, 5,80 DM – (gba)

Aus dem Leben einer Kärntner Partisanin

Die Erinnerung der Kärntner Slowenin Helena Kuchar, die während des zweiten Weltkrieges als Partisanin „Jelka“ gegen die Hitler-Faschisten kämpfte, gibt ein anschauliches Bild von einem Teil des antifaschistischen Widerstandskampfes in Österreich, der bislang kaum öffentliche Beachtung gefunden hat. Die beiden Autoren stellen nach Tonbandaufzeichnungen dar, wie Helena Kuchar, zunächst Magd auf einem Bauernhof, dann Frau eines armen Arbeiters, nach der Besetzung Österreichs durch die deutschen Faschisten für die slowenische Befreiungsfront Osvobodilna

Fronta (OF) tätig war. Der Leser erhält einen recht genauen Eindruck von dem Verhalten der verschiedenen Klassen und Schichten gegenüber den Faschisten. Die meist deutschsprachige Beamenschaft, die Händler, Wirte begrüßten zum überwiegenden Teil die Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich und beteiligten sich an der Verfolgung der Slowenen durch Gestapo und SS. Die größeren slowenischen Bauern verhielten sich abwartend, sie standen stark unter dem Einfluß der katholischen Kirche, die gegen die „Tito-Partisanen“ agitierte und den Kampf der Weißgardisten in Jugoslawien gegen die Partisanen unterstützte. Die armen Schichten, Arbeiter, Landarbeiter und Häusler dagegen unterstützten die Partisanen, zahlreiche Slowenen gingen in „den Wald“, um sich der Einberufung in die Deutsche Wehrmacht zu entziehen. Die Biographie ergibt ein Bild von der Brutalität, mit der die Faschisten durch Verschleppen von Hunderttausenden Slowenen Kärnten „deutsch machen“ wollten, das ihnen als Sprungbrett zum Balkan von besonderer strategischer Bedeutung war – ein Plan, den sie durch den heftigen Widerstand nicht im vorgesehenen Umfang verwirklichen konnten. Helena Kuchar selbst war in einem der berüchtigten Gestapo-Gefängnisse. Der antifaschistische Widerstand der OF war mit der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht 1945 nicht beendet. Unter dem Schutz der englischen Besatzungsmacht waren aus Jugoslawien 56000 Kollaborateure, sogenannte Volksdeutsche, Weißgardisten usw. nach Kärnten geflüchtet. Sie terrorisierten gemeinsam mit ehemaligen Nazis die slowenischen Widerstandskämpfer. 1946 überfielen Polizei und faschistische Gruppen in Klagenfurt eine Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus. Das Buch gibt einen Eindruck davon, daß der Kampf der Slowenen in Österreich in erster Linie ein Kampf der ärmsten Schichten für ihre sozialen Interessen ist. Die Abschilderung der Erlebnisse von Helena Kuchar haben die Autoren durch eine nützliche Zeittafel ergänzt, die knapp die historischen Ereignisse in Kärnten seit dem zweiten Weltkrieg enthält. Ein empfehlenswertes Buch!

Thomas Busch, Brigitte Windhab, nach Tonbandaufzeichnung von Helena Kuchar, Jelka – aus dem Leben einer Kärntner Partisanin, 12,50 DM. Zu beziehen über SCOP Joli Mas, CH-2126 Les Verrières (Schweiz) – (alk)

Verband deutscher Schriftsteller Vorstandswahlen machen zwei politische Lager deutlich

Der Verband deutscher Schriftsteller hat Glück gehabt. Auf seinem vorgezogenen Kongreß, der wegen des Rücktritts des Vorstandes unter Vorsitz von Bernt Engelmann im November 1983 nötig wurde, wählten die Delegierten am 1.4. 1984 mit einer Stimme Mehrheit den Sachbuchautor Peter Bleuel zum neuen Vorsitzenden. Ingeborg Drewitz unterlag. Für die bürgerliche Presse ist klar, daß Günter Grass die öffentliche Meinung darstellt. Ohne Zögern klemmt sich der Kölner Stadtanzeiger hinter dessen Urteil: „Zum Ergebnis äußerte Günter Grass zunächst nur allgemeine Enttäuschung.“ Wie kann die Enttäuschung, die sich gegen die Mehrheitsentscheidung der dazu befugten Delegierten richtet, allgemein sein? Ein Glück ist, daß Bleuel die Linie Engelmanns fortzusetzen verspricht, der das Verdienst hat, dagegen gekämpft zu haben, daß der Schriftstellerverband zum ideologischen Instrument der westdeutschen Bourgeoisie verkommt, geeignet, unter Intellektuellen eine Meinung dafür zu schaffen, daß die Grenzen in Europa verändert werden müssen und die Verteidigung der osteuropäischen Länder aufgeweicht werden muß.

Grass und Konsorten haben ihre Absichten zuletzt in größerem Rahmen überprüfbar dargelegt auf dem zweiten Berliner Schriftstellertreffen, das im April 1983 auf Einladung der Akademie der Künste in Westberlin stattfand und der Friedensbewegung in Ost und West gewidmet war. Das erste Treffen dieser Art hatte 1981 in Berlin, Hauptstadt der DDR, auf Einladung von Stefan Hermlin stattgefunden.

Ausschließlich von Schriftstellern der DDR wurde zur Frage der Teilung Deutschlands in unterstützenswerter Weise Stellung genommen. Die Konfrontation leitete Hans Christoph Buch aus Westberlin mit einer Stellungnahme zum Vertrag von Jalta ein: „Die Folgen dieser Ordnung in Europa sind die beschränkte Souveränität der Völker auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs.“ Sie lebten nämlich in einer „ständigen und schlecht verhohlenen Konfrontation zwischen zwei Supermächten und deren Stellvertretern“. Die Schriftsteller stachelte er zum Handeln auf: „Intellektuelle, die sonst keine Angst haben, kein Blatt vor den Mund zu nehmen, haben den status quo offenbar in ihrem Bewußtsein so zementiert, daß sie ihn nicht mal mehr in Gedanken aufzuweichen versuchen.“ Stefan Hermlin war genötigt, ihn darauf hinzuweisen, daß die Ordnung von Jalta eine Folge der Verbrechen des deutschen Faschismus ist, und entgegnete: „Wir können nicht einfach die Geschichte zurückdrehen ... in irgendein gewünschtes Europa. Es haben sich neue Tatsachen ergeben, und wer z.B. über Krieg und Frieden nachdenkt, der weiß, daß etwa – darüber sind sich fast alle vernünftigen Leute einig – das Aufwerfen der sogenannten deutschen Frage, Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, katastrophal für ganz Europa wäre. Von niemandem gewünscht, und nicht einmal von den Deutschen.“ Buch wurde offen: „Daß der Vertrag von Jalta eine Folge von Hitlers Krieg ist, das ist in der Tat, falls ich das vergessen habe zu sagen, sehr wichtig ... Aber heißt das, daß der Vertrag von Jalta sakrosankt ist für alle Zukunft?“

Also Beseitigung der Ordnung von Jalta, dafür treten Leute dieser Richtung ein, und sie ernten Unterstützung von jüngeren hirnlosen Leuten. Z.B. Eva Demski, die sich der westdeutschen Friedensbewegung verpflichtet fühlt und ihre Bekanntschaft mit vielen jungen Leuten ins Feld führt, behauptete, man müsse es dabei lassen, daß diese in den Schulen an Erkenntnissen über den Faschismus und die Folgen gehindert werden: „Und ich glaube, das ist einfach die Forderung an diese Bewegung: Phantasie einzusetzen, die Betonierung dieser Grenzen aufzuweichen ... Ich kann diesen Zwanzigjährigen nicht mit Jalta kommen, die werden mich nicht verstehen.“

Günter Gaus erklärte, ein Abfinden mit dem Jaltavertrag sei ihm „auf längere Sicht zu wenig“. Man müsse „eine Perspektive haben, in der Jalta überwunden wird“. Über diese Perspektive mit Hilfe des „Bündnisses von unten“ erklärte sich Robert Jungk genauer: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die Friedensbewegung ja nicht allein in der Bundesrepublik präsent ist, oder in Holland, oder in England ... Wenn wir nämlich 10, 15, 20 Jahr weiterdenken, ist meiner Ansicht nach Grund für die Hoffnung auf Bildung

eines schließlich dann auch blockübergreifenden Bündnisses der Betroffenen.“ Direkte Einmischung praktizierte Günter Grass, indem er die osteuropäischen Völker aufforderte, bei der Aufweichung voranzugehen, mit der perfiden Begründung, sie seien ja nicht schuld am Faschismus: „Nur wenn man alttestamentlich urteilen wollte, könnte man sagen, die Deutschen haben sich damit abzufinden ... Aber für die Völker Polens, für die Ungarn, für die Tschechen besteht doch nun überhaupt kein Zwang, die Folgen des Krieges, den Hitler angefangen hat und den die Deutschen angefangen haben, heute noch tragen zu müssen.“

Den von allen diesen Rednern verfochtenen Interessenpunkt griff Hermlin an: „Die große Friedensbewegung der Bundesrepublik und die, sagen wir, weniger ... spektakuläre Friedensbewegung der DDR veranlaßt nicht nur die französische Regierung, sondern die große Mehrheit der französischen Bevölkerung, die Friedensbewegung als eine Gefahr anzusehen, weil für sie in der deutschen Friedensbewegung, beider deutscher Staaten, die Gefahr einer deutschen Wiedervereinigung steckt.“ Unumgänglich ist, daß die Kräfte im Verband deutscher Schriftsteller, die nicht bereit sind, sich zum trojanischen Pferd der westdeutschen Expansionsabsichten machen zu lassen, die Absichten von Grass und Anhängern bekämpfen.

Quellenhinweis: Zweite Berliner Begegnung, Den Frieden erklären, Protokolle des zweiten Berliner Schriftstellertreffens am 22./23. April 1983, Sammlung Luchterhand 503; Kölner Stadtanzeiger vom 2.4. 1984 - (anl)

EG

Ein Bündnis der Kapitalisten gegen die Kämpfe der Arbeiter

Die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom mußten 1957 von den Parlamenten der beteiligten Staaten ratifiziert werden. In allen Staaten, außer in der BRD, wo die KPD bereits verboten war, stimmten die Kommunistischen Parteien gegen die Römischen Verträge. Sie waren übereinstimmend der Auffassung, die Gründung der EWG diene, wie schon die Montan-Union, dazu, den europäischen NATO-Mitgliedern eine stabile ökonomische Basis zu verschaffen und damit eine Grundlage für die Revision der revolutionären Veränderungen in Osteuropa zu errichten. Die Kritik, die Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer der DDR (s. Kasten) abgab, gibt einen Ausschnitt dieser Ablehnungsgründe wieder.

Die Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern des Kontinents hatte sich während des Krieges als die Hauptkraft des antifaschistischen Widerstandes erwiesen und kämpfte, ermutigt durch die Erfolge der Roten Armee während des Krieges und die revolutionären Veränderungen in Osteuropa, für die Beseitigung der Kapitalistenherrschaft. Die Gründung der NATO war eine der ersten Maßnahmen der europäischen Bourgeoisien, um sich gemeinsam mit den USA und Kanada gegen eine revolutionäre Entwicklung in Westeuropa abzusichern. Der zeitweilige Vorsitzende der Westeuropäischen Union, der Brite Arthur Conte, faßt dieses Bestreben so zusammen (1):

„Das atlantische Bündnis ist sozusagen ein Erzeugnis des europäischen Problems, so wie es sich 1949 stellte, d.h. in Form eines abgerüsteten Europas, das unfähig war, sich zu einem Zeitpunkt, in dem der stalinistische Imperialismus seinen Höhepunkt erreichte, selbst zu verteidigen.“

Einer dieser „Höhepunkte des stalinistischen Imperialismus“ war die erfolgreiche Revolution in der Tschechoslowakei, auf deren Einbindung in ein kapitalistisch orientiertes Europa die westlichen Regierungen bis dahin gehofft hatten, war doch die bürgerliche tschechoslowakische Regierung noch dem von den Vereinten Nationen auf Antrag der USA errichteten Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) beigetreten. Die Bemühungen der französischen Regierung um die Einbeziehung Westdeutschlands in ein europäisches Bündnis waren zumindest zum Teil von ähnlichen Erwägungen bestimmt.

So begründete der französische Ministerpräsident Mollet während der Debatte in der Nationalversammlung über die Pariser Verträge, mit denen die Bundesrepublik Deutschland und Italien in die NATO aufgenommen und ein rüstungspolitischer Zusammenschluß der europäischen NATO-Staaten, die WEU, gegründet wurde, die Notwendigkeit der westdeutschen Beteiligung damit, daß auf jeden Fall verhindert werden müsse, daß Deutsch-

land im Falle einer Wiedervereinigung zum östlichen Lager gehöre. Dieses Interesse teilte die französische Bourgeoisie mit der westdeutschen Bourgeoisie. Die französische Bourgeoisie hatte alle Gründe anzunehmen, daß eine revolutionäre Entwicklung in einem wiedervereinigten Deutschland ihre Herrschaft ernsthaft in Frage stellen würde. Sie hatte bereits in der Verfassung von 1948 Zugeständnisse an die Arbeiterklasse machen müssen. 1955 klagte der damalige Präsident Faure, Frankreich wäre „ein Kampffeld regelloser Forderungen an den Staat“ geworden. Die französische Bourgeoisie nutzte den Krieg gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung für eine reaktionäre Sammlungsbewegung in Algerien zwecks Vorbereitung des Sturzes der IV. Republik. Dabei hatte sie zumindest die stillschweigende Billigung der in der NATO und WEU zusammengeschlossenen europäischen Bourgeoisien: Sie erhoben keinerlei Widerspruch gegen die Verlegung der gesamten in Frankreich stehenden Teile der französischen Armee nach Algerien, die belgische Regierung unterstützte das Vorgehen der französischen Regierung ausdrücklich. Der damalige Bundeskanzler Adenauer brachte seine Befriedigung über den Putsch, mit dessen Hilfe de Gaulle an die Macht kam, in seinen Memoiren deutlich zum Ausdruck (2):

„Das Schicksal und die Haltung Frankreichs sind entscheidend für das Schicksal aller europäischen Einigungsbestrebungen. In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg gab Frankreich oft Anlaß zur Sorge ...

Die Regierung Gaillard schien mir eine Gewähr dafür zu sein, daß die europäischen Einigungsbestrebungen zu einem guten Abschluß geführt werden konnten und daß in der Bildung einer wirksamen Abwehrfront des Westens gegenüber dem Kommunismus nunmehr im Sinne der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, d. Verf.) Fortschritte erzielt würden. Doch die politische Situation in Frankreich trieb Ende 1957, Anfang 1958 einer verhängnisvollen Entwicklung zu, die das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen drohte.

Es war schwierig, ein Land wie Frankreich, in dem es etwa 150 kommunistische Abgeordnete gab, ruhig und stetig zu regieren ...

Die Regierungsübernahme durch de Gaulle war in der gegebenen Situation unumgänglich und notwendig. Es war die einzig mögliche Lösung.“

Die italienische Bourgeoisie hatte ähnliche Beweggründe für das Vorantreiben der europäischen Einigung. Die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ beschrieb in ihrem Jahrbuch „Die internationale Politik 1956 – 1957“ die Entwicklung in Italien folgendermaßen: (3)

„Ein Faktum, das in Frankreich zu den Ursachen der Staatskrisis zählte, war auch in Italien schon seit Kriegsende bedrohlich: Die Parlamentswahlen von 1953 hatten wiederum mit 22,7 v.H. Kommunisten und 12,7 v.H. Nenni-Sozialisten eine Linksoption ... erbracht, die ... die bestehende Staatsordnung verneinte. Die den Staat tragende Koalition der Democrazia Christiana (40,8 v.H.) mit den kleinen Mittelparteien der Liberalen, der Republikaner ... hatte, gegen die die bestehende Staatsordnung verneinende Opposition um europäische Rückendeckung bemüht, stets mit besonderem Nachdruck die Bestrebungen zur europäischen Integration unterstützt.“

Diesen Bestrebungen, sich gegenseitig Rückendeckung gegenüber inneren revolutionären Veränderungen zu verschaffen, haben die beteiligten Bourgeoisien in den entsprechenden Verträgen Rechnung getragen durch Klauseln, die ihnen die Unterstützung einer gefährdeten Bourgeoisie im Zweifelsfall möglich machen.

Die kommunistischen Parteien hofften unterdes, die 1952 mit dem EGKS-Vertrag eingeleitete und 1957 mit Euratom- und EWG-Vertrag weitergeführte Bildung eines Bündnisses europäischer Bourgeoisien sei nur von kurzer Dauer, die Widersprüche zwischen den verschiedenen Bourgeoisien würden sich als stärker erweisen als ihre gemeinsamen Interessen (s. Kasten). In verschiedenen theoretischen Erörterungen kam v.a. die französische Kommunistische Partei zu dem Schluß, daß erstens die Ursache für den enormen Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaften in Europa nicht in der Bildung des „Gemeinsamen Marktes“ lagen – wie dies die bürgerlichen und auch die sozialdemokratischen Propagandisten der EWG behaupteten –, sondern diese Wirtschaftsentwicklung auf die speziellen Bedingungen des Nachkriegseuropas zurückzuführen sei und auch Japan z.B. ähnliche Entwicklungstendenzen aufzeige. Das gemeinsame Interesse der

europäischen Monopolkapitalisten, mit der EWG ihre strategische Basis für eine Großproduktion, wie sie in den Einzelstaaten kaum möglich war, zu erweitern, um auf dem europäischen und dem Weltmarkt mit den anderen großen Monopolen konkurrieren zu können, kritisierten vor allem die italienischen und belgischen Kommunisten. Sie griffen die europäischen Einigungspläne als „Europa der Monopole“ an, in dem die Stimme der Arbeiterklasse kein Gewicht haben sollte.

1962 erörterte die italienische Kommunistische Partei auf ihrem 10. Parteitag, daß der Fortschritt der EWG nicht mehr aufgehalten werden könne, denn die Grundlage der EWG sei die „Internationalisierung der kapitalistischen Produktion“. Die praktische Konsequenz, die die KPI daraus zog, war, daß sie ihre Bemühungen verstärkte, in den Organen der EG vertreten zu sein, und die von der KPI unterstützte Gewerkschaft CGIL ein eigenes Gewerkschaftsbüro in Brüssel einrichtete. Diese Bestrebungen hatten aber mehr mit der Tatsache zu tun, daß 1,5 Mio. italienische Arbeiter in anderen europäischen Staaten, vor allem in der BRD, arbeiteten und die KPI deren Interessen gewahrt sehen wollte, als mit der theoretisch angeführten „Internationalisierung der Produktion“. So erklärte sie beispielsweise in einem Artikel ihrer Parteizeitung L'Unità: (4)

„Wir Kommunisten kämpfen in Italien darum, daß diesem Drama der Emigration ein Ende gemacht wird: damit man zwar Arbeit in anderen Ländern finden kann, aber sie nicht finden muß, weil zu Hause die Arbeitsmöglichkeiten fehlen. Wir wissen jedoch, daß die europäische Einheit den im Ausland tätigen italienischen Arbeitern einen viel wirksameren Schutz ihrer eigenen Rechte gewährleisten würden.“

Die Formulierung drückt eine Hoffnung aus, die nicht erfüllt wurde. Die Wahrung der Interessen der ausländischen Arbeiter in

den europäischen Staaten hing in viel bedeutenderem Ausmaß von den Kämpfen der Arbeiter in diesen Staaten selbst ab, als von den wenigen Bestimmungen, die die EWG-Verträge für Wanderarbeiter vorsahen.

Die KPF lehnte zwar die EWG als Institution bis 1975 grundsätzlich ab, hatte jedoch seit Gründung die Forderung erhoben, daß die Arbeiterbewegung in den Institutionen vertreten sein müsse, um „gemeinsam gegen die antisoziale und antidemokratische Politik der Monopole zu kämpfen, die den Gemeinsamen Markt beherrschen ...“ (5)

Die beiden größten kommunistischen Parteien in den EWG-Mitgliedstaaten hatten damit zwar nicht ihre Kritik an den Zielen, die die jeweiligen Bourgeoisien mit ihren europäischen Einigungsplänen verfolgten, aufgegeben, aber wohl eine Haltung gegenüber der EG eingenommen, die ihnen schwer machte, diese Ziele zu bekämpfen. Statt das Anliegen zu verfolgen, die europaweite Tätigkeit der großen Konzerne zu bekämpfen, indem sie für eine Beschränkung dieser Konzerntätigkeit mindestens auf den jeweiligen Staat eintraten, kämpften beide Parteien und die von ihnen unterstützten Gewerkschaften nun für die europaweite Kontrolle dieser Monopole. Die Europäische Kommission der EWG zeigte sich erfreut über die 1965 erfolgten Anträge der italienischen Gewerkschaft CGIL und der französischen CGT, in den EG-Institutionen gemäß den Römischen Verträgen vertreten zu sein. Sie begriff diese Anträge sofort als eine Möglichkeit, das Ansehen der EWG-Institutionen in der Arbeiterbewegung der jeweiligen Staaten zu stärken.

(1) Versammlung der Westeuropäischen Union, Zehn Jahre Europa zu sieben, Paris 1964, S. 65 f.; (2) Konrad Adenauer, Memoiren 1955 – 1959, Stuttgart 1967, S. 392 ff.; (3) Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Die Internationale Politik, 1956 – 1957, Abschnitt Italien; (4) L'Unità v. 3.2. 1963, zitiert nach: Rainer Klaus, Die Gründe für das veränderte Verhalten des Partito Comunista Italiano gegenüber der Europäischen Gemeinschaft, Diss., Berlin 1974; (5) Die Kommunisten und der Gemeinsame Markt, Europäische Schriften des Bildungswerks Europäische Politik, Köln 1968 – (uld, rül)

Dokumente kommunistischer Parteien zu EWG und EURATOM, 1956 – 1963

Otto Grotewohl, Regierungserklärung vor der Volkskammer der DDR, 3. April 1957:

„Der Zollpakt soll die westeuropäische Wirtschaftsbasis des Nordatlantikpaktes werden und dem amerikanischen und westdeutschen Imperialismus günstige Voraussetzungen für seine europäischen Hegemoniebestrebungen schaffen. Kein Zweifel, daß damit die Gefahr eines neuen Krieges steigt ... Die erneute Bindung Westdeutschlands an exklusive Gruppierungen ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Adenauer-Regierung sich vollkommen auf die kriegerische ‚Lösung‘ der Deutschlandfrage orientiert hat und daß sie Pläne schmiedet, die Deutsche Demokratische Republik mit Hilfe solcher Kriegspakte ‚anzugliedern‘ ... Nicht genug damit, daß die herrschenden Kreise der USA Westdeutschland zur stärksten Militärmacht in Westeuropa auserkoren haben, werden den deutschen Monopolen durch den Atompakt faktisch alle Möglichkeiten gegeben, eine eigene Produktion von Kernwaffen zu betreiben ... Der Zollpakt entpuppt sich also ganz klar als ein Generalangriff der größten westeuropäischen Monopole auf die soziale Lage der Werktätigen in Westeuropa und als Instrument zur enormen Steigerung ihrer Profite. Seine Spitze richtet sich nicht nur gegen den friedlichen Aufbau in den sozialistischen Staaten, sondern auch gegen die Arbeiterklasse in den eigenen Ländern. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ferner darauf, daß die deutschen Imperialisten offen als Hauptverfechter der Einbeziehung der kolonialen Gebiete der Teilnehmerstaaten in den Zollpakt aufgetreten sind und damit eindeutig unter Beweis gestellt haben, daß sie wiederum offen an der kolonialen Unterdrückung anderer Völker teilzunehmen bereit sind ... Die Völker Frankreichs, Italiens und der anderen beteiligten Staaten dürfen niemals vergessen, daß es die deutschen Imperialisten in den vergangenen Jahrzehnten schon zweimal versucht haben, ihre Länder zu unterjochen ... Was der kaiserlichen Regierung und den Hitlerfaschisten mit den Mitteln der militärischen Gewalt dank dem aufopferungsvollen Kampf der westeuropäischen Völker nicht gelungen ist, wollen die in Westdeutschland wieder zur Macht gekommenen Militaristen und Monopolisten heute auf dem Wege der sogenannten Integrationspläne erreichen.“

Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1960:

„Die neuen zwischenstaatlichen Organisationen, die unter der Devise der ‚Integration‘ auftauchen, führen in Wirklichkeit zur Verstärkung der Gegensätze und des Kampfes zwischen den imperialistischen Ländern; sie stellen neue Formen der Aufteilung des kapitalistischen Weltmarktes unter den größten Kapitalistenvereinigungen dar, neue Formen für das Eindringen der stärkeren imperialistischen Staaten in die Wirtschaft ihrer schwachen Partner ...“

Kommunistische Partei Italiens, Thesen für den X. Parteitag: l'Unità, 13.9.1962:

„Die Mitgliedschaft in der EWG kann und darf kein Hindernis sein für eine Friedenskampagne. Im Gegenteil, wir müssen dafür sorgen, daß auch innerhalb dieser internationalen Organisation ein offener Kampf gegen extremistische Positionen geführt wird ... Man muß davon ausgehen, daß die EWG jetzt eine wirtschaftliche und politische Realität ist, mit der man sich abfinden muß. Um diese Realität zu verwandeln, müssen die werktätigen Massen der EWG-Länder eine koordinierte gemeinsame Aktion gegen den gemeinsamen Feind unternehmen – gegen die großen europäischen monopolistischen Gruppen, die jetzt die EWG beherrschen ...“

Kommunistische Partei Frankreichs, Aufsatz von F. Billoux in „Cahiers du Communisme“, Januar 1963:

„Der gemeinsame Markt ist lediglich jenes Europa der großen Monopole, das Millionen und Abermillionen Arbeiter ausbeutet ... Die Tatsachen zeigen deutlich die üblen Folgen des Gemeinsamen Marktes auf die gesamte Wirtschaft des Landes und auf den Lebensstandard des Arbeiters (Konzentration und Zentralisation, die das innerstaatliche Ungleichgewicht zwischen normal entwickelten und unterentwickelten Landesteilen verschärfen, Enteignung kleiner und mittlerer Bauern usw.). Der Gemeinsame Markt, der Wesen und Charakter des Monopolkapitalismus nicht ändert, drängt zur äußersten Konzentration und kapitalistischen Akkumulation. Er führt konkrete Verelendungerscheinungen herbei, die nicht einfach bei niedrigen Löhnen stehenbleiben ...“

Quellenhinweis: Otto Grotewohl, Im Kampf um die Deutsche Demokratische Republik, Reden und Aufsätze, Auswahl aus den Jahren 1956–1958, Berlin (DDR), 1959; J.F. Brown, Die Kommunisten und der Gemeinsame Markt, übersetzt von I. Kutscher, Köln, 1968; SED (Hrsg.), Einheit, Heft 12/1960

Hoesch: Mit Massenentlassungen, Kurzarbeit und Intensivierung saniert

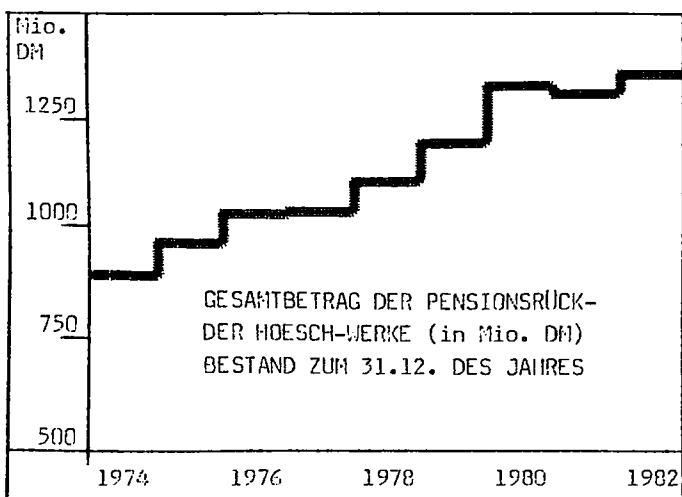
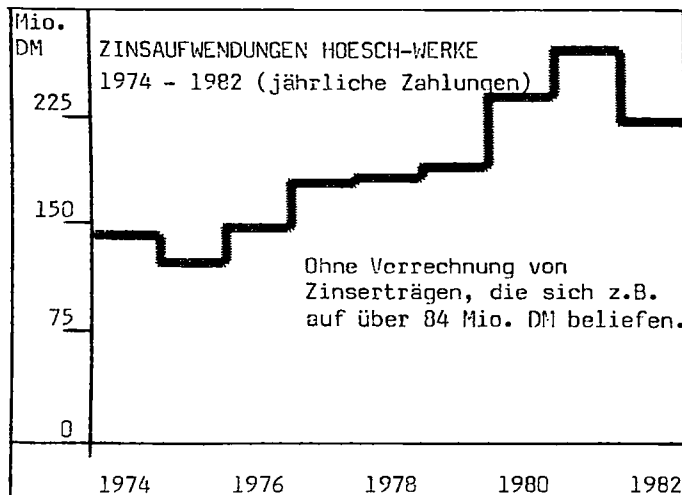
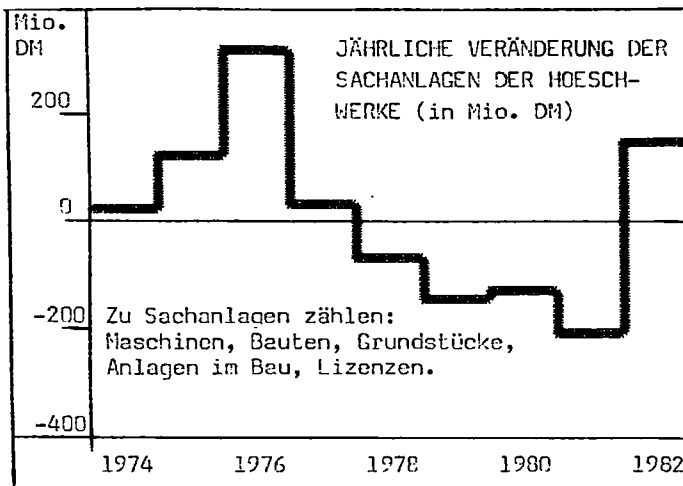
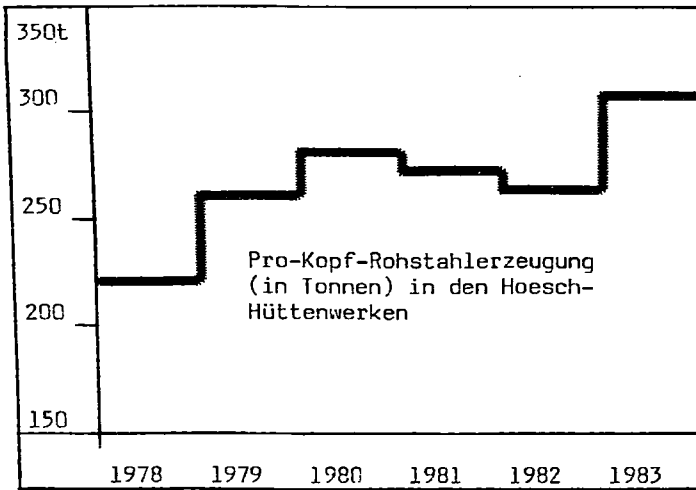
Unter den westdeutschen Finanzbourgeois gilt der Hoesch-Konzern inzwischen wieder als vorbildlich geführt, nachdem er Ende der 70er Jahre in dem Ruf eines Pleiteunternehmens gestanden hatte. Was diesen Stahlkonzern vor anderen auszeichnet, hob das "Industriemagazin" im letzten Herbst hervor: Ohne um Zuschüsse zu betteln, habe das Management die Belegschaft in der Stahlproduktion binnen fünf Jahren von 23 000 auf 13 000 reduziert, und das ohne größere Widerstände; in der Pro-Kopf-Produktion wie auch im Pro-Kopf-Umsatz rangiert Hoesch an der Spitze der westdeutschen Stahlmonopole und damit vermutlich an der Spitze in der EG; zudem habe die Konzern-Leitung es verstanden, für die planmäßig durchgezogenen Massenentlassungen auch noch Staatszuschüsse zu kassieren; und schließlich hat der Hoesch-Konzern sich der Verbindung mit dem niederländischen Stahlmonopol ESTEL entledigt, damit die BRD-Stellung auf dem EG-Stahlmarkt gefestigt und dabei noch einen großen Teil der aufgelaufenen Verbindlichkeiten ESTEL überlassen.

In den Schaubildern sind die Umstände dieser Entwicklung des Hoesch-Konzerns teilweise dargestellt.

Anhand der vorliegenden Daten konnte die Entwicklung der Pro-Kopf-Stahlerzeugung bis 1978 zurückverfolgt werden. Zu beachten ist dabei, daß die Rohstahlerzeugung des Konzerns seit 1980 mengenmäßig drastisch zurückgegangen ist. Dennoch konnten die Konzernherrn – durch Massenentlassungen auf der einen und gesteigerte Arbeitshetze auf der anderen Seite – einen erheblichen Produktivitätsgewinn verbuchen. Dieser Produktivitätsgewinn ist nicht einmal teilweise durch verbesserte Anlagen erzielt, sondern ausschließlich durch intensivere Ausbeutung der Stahlarbeiter. De facto ist der Produktivitätsanstieg viel höher als dargestellt, weil die Kurzarbeit der letzten Jahre nicht berücksichtigt ist. Das belegen jedenfalls konzerninterne Daten über das Produktionsergebnis bezogen auf die geleisteten Arbeitsstunden.

In der Zeit seit 1976 haben die Hoesch-Kapitalisten in der Stahlerzeugung keine größeren Investitionen mehr vorgenommen. Der Bestand an Sachanlagen – die in einer Größenordnung von über 2 Mrd. DM bilanziert sind – ist ständig geschrumpft. Hinter dieser Entwicklung verbergen sich mehrere Vorgänge: Zum ersten sind jahrelang hohe Abschreibungen, aber nicht entsprechend den Abschreibungen neue Investitionen getätigt worden. Zum anderen sind erhebliche Sachwerte wie Grundstücke etc. verflüssigt worden, nicht nur, um die zeitweiligen Verluste in der Stahlproduktion auszugleichen oder die Zinsforderungen der Banken zu begleichen, sondern auch, um profitable Finanzanlagen vorzunehmen.

Das liefert einen Beleg dafür, daß die Kapitalistenpropaganda von der bevorstehenden Hoesch-Pleite erfunden war zu dem – wie sich gezeigt hat – letztlich erfolgreich verwirklichten Ziel, die Forderungen der Konzern-Belegschaften abzuwehren und Intensivierung der Arbeit, neue Schichtregelungen und Lohnrückerei durchzusetzen. Indizien dafür liefert auch das Schaubild über die Entwicklung der Pensionsrückstellungen, die inzwischen eine enorme Höhe erreicht haben. Es handelt sich dabei vor allem um Rücklagen für Betriebsrenten, mit denen die Kapitalisten – unter bestimmten Einschränkungen – nach Gutdünken verfahren können. Diese Rückstellungen sind die ganze Zeit



über gewachsen und haben die Liquidität des Konzerns verbessert. Daß die Kapitalisten die Pensionsrückstellungen als Eigenkapital behandeln und auch verwirtschaften, haben die AEG-Beschäftigten in den letzten Jahren schmerzlich erfahren müssen. Es weist also viel darauf hin, daß die Hoesch-Kapitalisten auch zu Zeiten großer Verluste über genügend liquide oder schnell mobilisierbare Kapitalreserven verfügten, daß die Belegschaften mit der Pleite-Drohung systematisch getäuscht und erpreßt worden sind.

Die Belegschaften mußten dafür teuer zahlen. Ein Indiz dafür ist die Entwicklung der Lohnsumme seit 1974, die sich nur wenig bewegt hat aufgrund der massenhaften Entlassungen, ständiger Kurzarbeit, der Verallgemeinerung der Schichtarbeit und damit einhergehend des Absinkens der Grundlöhne. Die Tabelle über die Veränderung der Belegschaftsstruktur in den Hoesch-Hüttenwerken zeigt, daß vor allem ungelernte Arbeitskräfte entlassen worden sind.

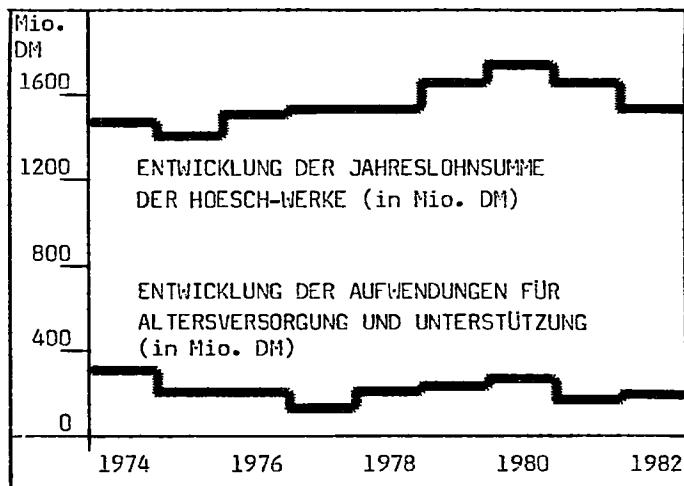
Quellenhinweis: Hoesch-Geschäftsberichte; Manager-Magazin 12/83; Aktionsprogramm Ruhr der Landesregierung NRW (wom/has/wof)

Steuern gegen Null, Subventionen in Milliardenhöhe

Ca. 76,5 Mrd. DM weisen die Gewinn- und Verlustrechnungen der Hoesch-Werke für die Jahre 1974 bis 1982 an Umsatz aus. Die Zahlungen an Einkommens- und Vermögenssteuern betrugen im gleichen Zeitraum ganze 511,3 Mio. DM. Hatte Hoesch aufgrund der ausgewiesenen Verluste 1980 und 1981 die Steuern auf 16 bzw. 12 Mio. DM drücken können, so sind sie erst im Geschäftsjahr 1982 wieder gestiegen – der ausgewiesene Gewinn nach Steuern betrug immerhin 20 Mio. DM. Rechnet man die Steuerzahlungen jedoch gegen die verschiedensten an die Stahlkonzerne gezahlten Subventionen auf, so ergibt sich ein anderes Bild.

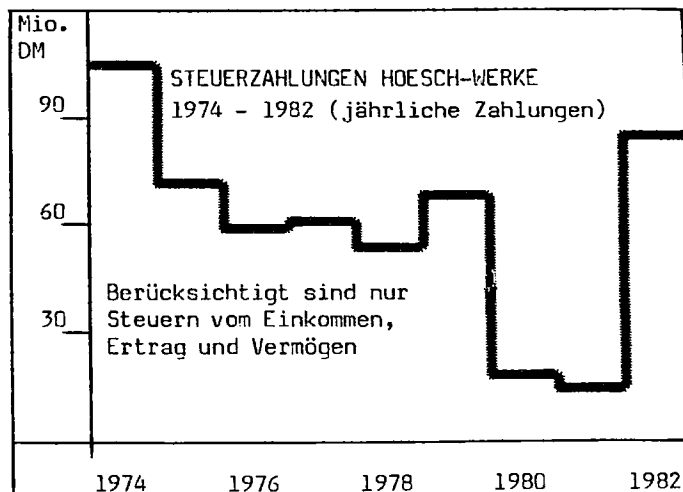
Allein für 1974 weisen die Hoesch-Werke Investitionsprämien gemäß Kohleanpassungsgesetz – Hoesch war bis zur Bildung der Ruhrkohle AG Zechenbesitzer – von über 28,4 Mio. DM. Einen weiteren großen Brocken stellen indirekt die Kokskohlebeihilfen dar, mit deren Hilfe die Bundesregierung den Preis für Ruhrkohlenkoks auf den Weltmarktpreis senkt. Die westdeutschen Stahlkonzerne sind Hauptabnehmer der Ruhrkohle AG, die Kokskohlebeihilfe garantiert ihnen niedrige und weitgehend von Schwankungen freie Preise.

An speziellen Subventionen für die Stahlindustrie gibt es die unterschiedlichsten Quellen. Im Juli 1981 beschloß die Bundesregierung die Bereitstellung von 600 Mio. DM für 1982 bis 1985 im Rahmen des Forschungsprogrammes Stahl und 200 Mio. DM Sozialplanbeihilfen für entlassene Stahlarbeiter. Die Landesregierung NRW hatte bereits 1979 im Rahmen des Aktionsprogramms Ruhr für 1980 bis 1984 250 Mio. DM als Technologieprogramm, Teil Stahl, vorgesehen. 705 Mio. veranschlagt das Aktionsprogramm Ruhr für Lärm- und Umweltschutzmaßnahmen im Bergbau-, Hütten- und Stahlbereich, die großenteils gesetzlich verpflichtend vorgenommen werden müssen. Zu dieser unvollständigen Liste gehören weitere indirekte Subventionen wie der von der Bundesregierung und Landesregierung NRW finanzierte Ausbau des Wesel-Datteln-Kanals für große Schubschiffverbände und der



Beschäftigte Hoesch

	1973	1978	1980
Hoesch gesamt	50 562	49 347	36 486
davon Angestellte	13 195	13 644	11 605
Hüttenwerke	26 528	23 809	16 039
darunter fachliche Gliederung:			
Facharbeiter	25,7%	28,9%	30,2%
angelernete Arbeiter	49,5%	51,6%	52,0%
ungelernte Arbeiter	22,1%	14,5%	17,8%
kaufm. Angestellte	50,5%	51,9%	52,1%
techn. Angestellte	43,3%	35,6%	34,2%
Meister	o.A.	9,5%	9,0%
Sonstige	o.A.	3,0%	4,7%



Ausbau des Schiffshebewerks Henrichenburg; Von beidem profitiert vor allem Hoesch.

Der mit Abstand größte Posten sind jedoch die jetzt von der EG bewilligten Subventionen zur Umstrukturierung und Rationalisierung der westdeutschen Stahlkonzerne. Für Hoesch allein sind 868 Mio. DM zugesichert, u.a. eine Investitionszulage von 20% der vorgesehenen Investitionen. Im Endeffekt hat Hoesch in den letzten 10 Jahren nicht nur keine Steuern gezahlt, sondern noch von den Lohnabhängigen abgepreßte Steuergelder kassiert. Bemerkenswert ist dabei, daß die Subventionen im Rahmen des EG-Kodex ausdrücklich wegen des Umfangs der Rationalisierungsmaßnahmen überdurchschnittlich hoch ausfallen.



Steuerreform: Für wen?

Eine rege Debatte im Regierungslager: "Tabak- und Benzinsteuern dürfen auf keinen Fall erhöht werden" – "Die Mehrwertsteuer allenfalls auf 15%" – das dem Unionsanhang als Entschädigung für drastische Kürzungen von Sozialausgaben angekündigte Steuerreformwerk erhält seinen Schliff. Auch wenn die Bun-

desregierung die indirekten Steuern nicht erhöht, die angekündigte Entlastung von 25 Mrd. DM bei der Einkommensteuer beträgt jedenfalls weniger als die durch Progression gestiegenen Einnahmen. Eine Änderung im Progressionsverlauf bei Facharbeitern und Angestellten erleichtert den Kapitalisten Lohnsen-

Unionspläne gegen die Lohnabhängigen in der BRD

Vom 9. bis 11. Mai will die CDU auf ihrem 32. Bundesparteitag "Leitsätze für die 80er Jahre" beschließen. "Zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren gehört eine Neugestaltung des Arbeitsmarktes", insbesondere durch "individuellere Arbeitszeiten und Arbeitsstrukturen", heißt es darin u.a. Ein "neues Verständnis von Arbeit" soll bei dem Versuch helfen, weiteren Anhang um die Union zu scharen und so rasch wie möglich weitere Schutzrechte und jegliche Versicherungsansprüche insbesondere der Teile der Lohnabhängigen zu beseitigen, die die schwerste und schlechtest bezahlte Arbeit leisten müssen.



Christliche Demagogie

"Nein zur 35-Stunden-Woche: Sollte die Aussage des IGM-Vorsitzenden zutreffen – 'Das, was für die Arbeitszeitverkürzung aufgewendet wird, steht für Lohnerhöhungen nicht mehr zur Verfügung!' – dann müßten die Arbeitnehmer bei Einführung der 35-Stunden-Woche wohl oder übel auf Lohn- und Gehaltser-

höhungen verzichten. Der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands (CMV) hält das für eine unververtretbare Zumutung." (CMV-Info 1/84) Der CMV nutzt den falschen Kurs der IG Metall für seine Propaganda. Bei den Betriebsratswahlen bei FAG Kugelfischer in Schweinfurt erreichten CMV, DAG und KAB 15 der 33 Betriebsratssitze.

Stahlarbeiter in Belgien und Frankreich

Die belgischen und französischen Stahlarbeiter kämpfen gegen die von den jeweiligen Regierungen und Kapitalisten vorgelegten Pläne zur Rationalisierung in der Stahlindustrie. Die in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und dem Stahlkartell "Eurofer" zusammengeschlossenen Stahlkapitalisten haben ein europäisches "Sanierungskonzept" festgelegt, das sie nun mit Unterstützung der jeweiligen Regierungen durchsetzen wollen. Die Stahlkapitalisten wollen Lohnsenkungen und Arbeitsintensivierung in großem Umfang erreichen. Die Regierungsbeschlüsse entsprechen diesen Planungen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13–17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18–27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28–33): Ulrike Detjen; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34–37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.